

**Sonderthema:**  
**EUROPAWAHLEN 2014**  
Themen, Köpfe, Ausblicke SEITE 1-15

**UKRAINE-KRISE**  
Eskalation im Osten zwingt EU und Nato  
zu einer neuen Russland-Politik **SEITE 3**

**WAHLKAMPF**  
Unterwegs mit den Spitzenkandidaten der  
europäischen Parteien **SEITE 7**

# Das Parlament

**KOPF DER WOCHE**

## Doppelbesuch in Krisenstaaten

**Laurent Fabius** Mit seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat Frankreichs sozialistischer Außenminister Laurent Fabius vergangene Woche Moldau, Georgien und Tunesien besucht. Zu Jahresbeginn hatten beide Ressortchefs vereinbart, mit gemeinsamen Dienstreisen etwas für die Beziehungen zu tun. Die erste Doppelreise sollte schon Anfang März nach Moldau und Georgien – beide mit starker russischer Minderheit auf ihrem Territorium – gehen, wurde aber wegen der Krimkrise verschoben. Jetzt wurde die Aktion nachgeholt und mit der Tunesien-Reise zusammengelegt. Fabius drohte Moskau mit stärkeren Sanktionen wegen der Ukraine-Krise: „Wenn auf russischer Seite weitere Maßnahmen ergriffen werden, kann man in den Sanktionen einen Schritt weitergehen.“ *kru*

**ZAHLE DER WOCHE**

**17**  
Millionen Russen beziehungsweise russischsprachige Bürger leben heute außerhalb Russlands in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Zahlenmäßig die meisten – 3,9 Millionen – wohnen in Kasachstan, wo rund 24 Prozent der Einwohner russischstämmig sind. Mit rund 28 Prozent relativ die meisten Russen (380.000) gibt es in Estland und mit 27 Prozent (610.000) in Lettland.

**ZITAT DER WOCHE**

»Ich wüsste nicht, wie die Lage schlechter werden könnte.«

**Iurie Leanca**, Premier der Republik Moldau, mit Blick auf das abtrünnige Transnistrien beim Besuch der Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Laurent Fabius

**IN DIESER WOCHE**

- THEMA**  
**Interview** Wie Theo Waigel (CSU) über die EU-Skeptiker und Euro-Krise denkt **Seite 2**
- Wahlrecht** Wie die 28 EU-Länder im Mai eine neue Volksvertretung wählen **Seite 6**
- Bundestag** Wie die 631 Abgeordneten heute in der EU-Politik mitmischen **Seite 9**
- Kritiker** Wie Europaskeptiker und Nationalisten an Einfluss gewinnen **Seite 14**
- KEHRSEITE**  
**Schulbesuch** Die Junge Europäische Bewegung stellt sich vor **Seite 16**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Der gelähmte Kontinent

**EUROPA** Die EU muss als Idee wieder stark werden. Sonst wird sie vom Sog des Globalismus verschlungen

Seit Jahr und Tag wurde im öffentlichen Raum die immer gleiche, wohlfeile Bekundung in Umlauf gehalten: Die EU sei zwar in der Krise, als Modell aber nach wie vor alternativlos, ebenso zukunftsweisend wie tatsächlich zukunftsfruchtig. Haben wir uns da etwa unisono Mut zugepfeifen? Wir in unsrem politisch handlungsunfähigen, militärisch ungeschützten, wirtschaftlich prekären, an seinen Rändern schwächelnden, inzwischen selbst in seiner Mitte schwankenden Hort der Aufklärung, umbrandet von Gegenauflärung aller Art?



Europa nahm schon in der griechischen Mythologie Gestalt an: Als schöne Königstochter, in die sich Zeus verliebte und die er der Sage nach in Stiergestalt durchs Meer entführte.

Die Annexion der Krim durch Russland hat uns auf den Boden der Tatsachen zurückgebracht. Putin hat einmal mehr gezeigt, dass seine entblößte Männerbrust in Russland weit mehr bedeutet als die vom Westen so gepriesene Dialogbereitschaft. Er pfeift auf die „entschlossenen“ Sanktionen der EU. Was, wenn sich Russland als nächstes die Ostukraine – und als übermächtigste vielleicht Armenien oder gar Lettland einverleibt? Müssten es dann wieder die Amerikaner für uns richten? Die Europäische Union, die dieser Tage angeblich näher zusammenrückt, hat es bisher jedenfalls nicht geschafft, eine funktionierende Drohkulisse aufzubauen. Und das traut ihr auch kaum noch jemand zu.

Den kursierenden Bekenntnissen zur EU fehlt etwas Entscheidendes: Begeisterung. Die Vereinigten Staaten von Europa! Wenn es aber nicht gelingt, das utopische Potenzial des Europagedankens emotional neu zu beleben, wird er vom Primat wirtschaftlicher Überlegungen und dem blanken Pragmatismus der Faktenhuber bald vollständig ausgehöhlt sein. Dann werden Europagegner und -kritiker weiter zulegen, wird die Wahlbeteiligung bei Europawahlen weiter zurückgehen. Denn das europäische Projekt ist keine Selbstverständlichkeit. Es muss von jeder Generation aufs Neue gedacht und erarbeitet werden. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs haben wir keine neue Vision der Europäischen Union entwickelt außer derjenigen, möglichst viele an der alten Vision teilhaben zu lassen. Der europäische Gedanke ist damit, als Vision, de facto tot.

Kein Sieger des Herzens Europa, ein Übernahmekandidat? Einen Sieger des Herzens kennt die Geschichtsschreibung jedenfalls nicht. Wenn Europa weder vom Sog des Globalismus verschlungen werden will noch im zunehmend aggressiven „Aneinandergeraten der Kulturen“, muss es wieder stark werden, und zwar als Idee. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es die stärkste Idee, die überhaupt gedacht werden konnte; welche eine großartige Vision noch heute,

prozesst. Ein Zusammenwachsen der Nationen zu einer europäischen Nation kann nur gelingen, wenn sich alle Beteiligten mit ähnlichem Stolz aufs Eigene und entsprechender Hochachtung vor den Anderen begegnen würden. Europapatriotismus wird nicht funktionieren, wenn man gerade mal Lokalpatriot ist; er wird nur aus einer Verwurzelung hervorwachsen, die von der Stadt über die Region auch die Nation beinhaltet, selbst wenn diese Verwurzelung – im Falle Deutschlands – mit ambivalenten Gefühlen einhergeht.

Der Knackpunkt der EU liegt eben nicht an ihrem südlichen oder östlichen Rand, sondern in ihrem Zentrum. Die Deutschen sind ihren europäischen Partnern nach wie vor obskur, weil sie keine vernünftige Einstellung zu sich selbst gefunden haben. Denn nur wer auf eine besonnene Weise in seiner Nationalkultur zu Hause ist, kann auch auf andere zugehen. Der Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa führt über ein Europa der Vaterländer, wie es Charles de Gaulle vertrat.

Klare emotionale Signale Dieses Konzept aber hat in seiner Mitte eine Leerstelle. Dabei bräuchten unsere europäischen Nachbarn ein stabil mit sich selbst im Reinen UND Unreinen stehendes Deutschland, bräuchten regional verortete und damit klare emotionale Signale, auf deren Basis ein neues Kapitel der europäischen Erzählung überhaupt erst gemeinsam erwogen werden



Ohne Besinnung auf die eigene Nation kann Europa nicht funktionieren: schwarz-rot-gold geschminkte deutsche Fans bei der Frauen-Fußball-WM in Deutschland 2011

könnte. Vor der Wiedervereinigung gab es diese klaren Signale auch. Der weltpolitische Druck, der damals auf der Bundesrepublik lastete, war größer und führte zu einer hoch emotionalen Einbindung ins europäische Konzept, die auch von der Bevölkerung als Segen empfunden wurde. Empfinden! Seitdem klang alles, was wir von offizieller Seite zu Europa hörten, wie Rollenprosa. Begeisterung ließ sich damit weder in der eigenen Bevölkerung wecken noch bei anderen europäischen Regierungen. Wieder einmal in ihrer Geschichte wollten die Deutschen nämlich höher hinaus und nicht erst lange Europäer werden, sondern Weltbürger. Nationen wie die französische, die bis heute selbst-bewusst geblieben sind und entsprechend gegen die Vereinnahmung durch Amerikanisierung gesteuert haben, sind die wahren Verfechter eines patriotischen, sprich, kosmopolitischen Europas. Die bittere Wahrheit ist, dass sie dazu den Vereinigten Staaten als wir.

Seitdem ein neuer Kalter Krieg herrscht, werden die eingefahrenen Selbstgerechtigkeiten zumindest neu überdacht. Mit einem wie auch immer befolkselten Weltbürgertum kann man keinen (europäischen) Staat machen. Der Weg zum geeinten Europa führt eben nicht direkt über die intellektuelle Überwindung der eigenen Nationalgeschichte und -kulturen. Sondern über deren sukzessives Verschmelzen zu einer gemeinsamen europäischen Geschichte und Kultur, deren Vitalität in der Vielfalt ihrer lebendigen Wurzeln zu spüren ist. Nur das ergäbe ein weiterhin kosmopolitisches, ein europäisches Europa.

Gelänge es, wäre jeder plötzlich stolz, Europäer zu sein. Und anderswo auf der Welt würde man staunend zur Kenntnis nehmen, dass es nicht nur einen amerikanischen, sondern auch einen europäischen Traum gibt, den es zu leben – und zu verteidigen – lohnt. *Matthias Politycki*

Der Autor (Jahrgang 1955) lebt in Hamburg und München. Er gehört zu den renommiertesten Vertretern der deutschen Gegenwartsliteratur. In seinem jüngsten Roman „Samarkand Samarkand“ entwirft er ein düsteres Zukunftsszenario von Europa.

**EDITORIAL**

## Ein Kreuz, das formt

VON JÖRG BIALLAS

Wenn die Menschen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in vier Wochen an die Wahlurnen gehen, geschieht das im Zeichen internationaler Krisen. An den Rändern der Gemeinschaft blühen besorgniserregende Konflikte. In der Ukraine haben russische Territorialansprüche eine überwunden geglaubte Atmosphäre des Kalten Krieges in atemberaubender Geschwindigkeit wiederbelebt. In Nordafrika hat das, was die Welt einst so euphorisch „Arabischer Frühling“ nannte, vielerorts fundamentalistischere Strukturen als vor dem ersehnten Aufbruch in die Demokratie hervorgebracht. Selbst in der Türkei, seit Jahren potenzieller EU-Kandidat, sind Tendenzen eines totalitären Staatsverständnisses unübersehbarer denn je. Um diesen Entwicklungen effektiv entgegenzutreten zu können, muss Europa mit einer einheitlichen diplomatischen Stimme auftreten. Nicht als unüberwindbares machtpolitisches Bollwerk. Wohl aber als feste Gemeinschaft mit Prinzipien, die auf in internationalen Abmachungen definierten Werten und Gesetzen fußen. Das gelingt ganz überwiegend auf bemerkenswerte Weise. Aber: Zwischen der hohen Bedeutung eines grenzüberschreitend organisierten und gemeinsam handelnden Europas und der Akzeptanz ebendieses Gebildes in den Bevölkerungen der einzelnen Nationalstaaten gibt es offensichtlich eine Diskrepanz. In Deutschland beispielsweise haben bei den vergangenen zwei Wahlgängen jeweils nur gut 40 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimmen abgegeben. Es bleibt abzuwarten, ob in diesem Jahr die erstmals ausgerufenen gesamteuropäischen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten die erhoffte Personalisierung abstrakter Wahlprogramme und damit eine höhere Wahlbeteiligung zeitigen.

Die immer wieder vernehmbare Frage, ob Europa mehr Zentralismus oder mehr nationalstaatliche Souveränität braucht, ist falsch gestellt. Denn das eine bedingt das andere. Wenn Nationen die eigenen Aufgaben entschlossen angehen, wird die Gemeinschaft durch Entlastung gestärkt. Umgekehrt gibt es Aufgaben, die von der Union sinnvollerweise federführend für alle Mitglieder gelöst werden. Es kommt also darauf an, das rechte Maß zu finden. Nur starke Partner können eine selbstbewusste Gemeinschaft bilden. Europa bleibt im Wandel und formbar. Zum Beispiel mit einem Kreuz am 25. Mai.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

GASTKOMMENTARE

IST EU-KRISENMANAGEMENT ZUR UKRAINE EFFEKTIV?

Keine andere Wahl

PRO



Robert Birnbaum
»Der Tagesspiegel«

Am Tag, als Wladimir Putin die Annexion der Krim verkündete, machte sich der russische Präsident öffentlich über die Sanktionen des Westens lustig. Er verzichtete „fürs Erste“ auf Schritte gegen die USA, spöttelte der Kreml-Herrscher, und kündigte eine Kontoeröffnung bei der gebannten Rossija-Bank an.

Es fehlt eine Strategie

CONTRA



Eric Bonse
Freier EU-Korrespondent in Brüssel

Die europäische Ukraine-Politik ist eine Geschichte des Scheiterns. Was auch immer die EU anpackte – das Assoziierungs-Abkommen 2013, die Maidan-Vereinbarung am 21. Februar, die Genfer Gespräche vor Ostern – es ging schief. Vordergründig waren daran immer andere schuld: Ex-Präsident Janukowitsch, Russlands Staatschef Putin oder die pro-russischen Milizen in der Ostukraine.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 15
Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Waigel, seit 1979 sinkt bei den Europawahlen die Beteiligung, hierzu lande lag sie zuletzt 2009 bei rund 43 Prozent. Fürchten Sie, dass es im Mai weiter bergab geht?

Das kann sein. Dennoch wäre dies kein Misstrauen gegenüber Europa, weil es das gleiche Phänomen auch bei Kommunal- oder Landtagswahlen gibt. Ein Problem sehe ich aber darin, dass viele Politiker skeptisch über Europa reden. Man kritisiert gerne das anonyme Brüssel oder die EU-Bürokratie.

Viele Bürger liegeln derzeit mit europakritischen oder populistischen Parteien. Bekommen wir im Mai das anti-europäischste EU-Parlament aller Zeiten?

Das glaube ich nicht. Die europäischen Völker und Staaten sind damit immer wieder fertig geworden. In Deutschland ist das deshalb problematisch, weil wir weltweit beobachtet werden. Wenn bei uns eine rechtspopulistische Partei fünf Prozent bekommt, bringt das Schlagzeilen bis nach Asien.

Erstmals gibt es gesamteuropäische Spitzenkandidaten, es spitzt sich auf den Kampf Juncker gegen Schulz zu. Könnte das belebend sein für die Wählermotivation?

Teilweise. Jean-Claude Juncker wie Martin Schulz sind ja überzeugte Europäer und haben in Europa Profil gewonnen. Trotzdem werden auch diesmal nationale Matadore eine wichtige Rolle spielen.

Sollte der nächste Kommissionspräsident nach einem halben Jahrhundert, nach Walter Hallstein, nicht mal wieder ein Deutscher sein, also Martin Schulz?

Es kann auch jemand anderes sein. Es wäre aber gut, wenn die großen Länder den Verantwortungsbereich, den sie automatisch abdecken, auch stärker repräsentativ erfüllen. Da ist Deutschland in den vergangenen 20 Jahren durch zu viel Bescheidenheit aufgefallen.

Laut Lissabon-Vertrag soll der nächste Kommissionspräsident „im Licht des Ergebnisses der Europawahl“ bestimmt werden. Aber nach wie vor schlagen die Regierungschefs den Kommissionspräsidenten vor. Wie sehen Sie das?

„Im Licht der Europawahl“ heißt ja „im Licht der Mehrheitsverhältnisse im Parlament“. Das bedeutet aber nicht, dass der Spitzenkandidat automatisch Kommissionspräsident wird. Es bedarf der Entscheidung durch die Regierungschefs.

Ein Aufregertema bei uns ist der Sozialtourismus von Bürgern aus ärmeren Ländern in reichere Staaten. Derzeit liegen die Fälle beim Europäischen Gerichtshof, wo es um eingereiste EU-Bürger geht, die hier nie Beiträge eingezahlt oder gearbeitet haben, aber Hartz-IV-Leistungen wollen. Ist das ein Sprengsatz für die europäische Idee?

»Die große Linie sehen«

THEO WAIGEL Der langjährige Finanzminister und Gründervater der Währungsunion kritisiert die Europaskepsis von Politikern. Die EU müsse aber mehr Subsidiarität praktizieren



Nein. Auf der einen Seite sind wir froh über vernünftige Zuwanderung qualifizierter, notwendiger Kräfte. Wenn die Demografie in Deutschland nicht ausreicht, um unser Sozialsystem und Wirtschaftswachstum zu sichern, muss geordnete Zuwanderung stattfinden.

Eine Frage zur europäischen Währungsunion: Für die Rettung kriselnder Euro-Staaten sind inzwischen wesentliche Prinzipien der Maastricht-Verträge über Bord geworfen, so die no-bail-out-Regel. Wie traurig sind Sie darüber als einer der Maastricht-Architekten?

Ich bin traurig darüber, dass ein Land wie Griechenland aufgenommen wurde, das

nach den Kriterien nicht die Voraussetzungen für den Euro-Beitritt erbracht hatte. Wenn ein Land drin ist, kann man es nicht ohne weiteres wieder herauswerfen. Deshalb halte ich das, was inzwischen für gefährdete Länder getan wurde, insgesamt für richtig.

Wo sehen Sie noch Reformbedarf in der Europäischen Union?

Die EU müsste eine große Aktion starten zur „gelebten Subsidiarität“. Die Solidarität für kriselnde Länder hat Brüssel in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt.

Wie muss die EU in der Ukraine-Russland-Krise reagieren?

Die EU hat richtig reagiert, als sie bei der Krim-Annexion auf das Völkerrecht und die Londoner Vereinbarungen von 1994 hingewiesen hat und dass Russland diese Vereinbarungen gebrochen hat.

Sollte die Ukraine eine EU-Beitrittsperspektive haben?

Das sehe ich in absehbarer Zeit nicht. Man sollte Partnerschaftsbeziehungen pflegen und Kiew helfen. Man darf das Land aber nicht vor eine Entweder-Oder-Situation stellen.

Das Gespräch führte Hans Krump. ||

Theo Waigel, 75, war von 1989 bis 1998 Bundesfinanzminister und zusammen mit Kanzler Helmut Kohl (CDU) einer der Architekten der europäischen Währungsunion und des Euros. 1988 bis 1999 war er CSU-Vorsitzender, von 1972 bis 2002 saß Waigel im Bundestag.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Teamplayer: Reinhard Bütikofer

Die Begeisterung für Europa sei keine Nuance geringer geworden, sagt Reinhard Bütikofer am Ende seines ersten Mandats als Europaabgeordneter. „Die Erwartung, dass ich im EU-Parlament konkrete Dinge in Bewegung bringen kann, hat nicht getrogen.“



»Wenn Martin Schulz unsere Stimmen haben will, dann wird er mit uns über politische Inhalte reden müssen.«

von insgesamt 751 EU-Abgeordneten sein. 2009 wurde der am längsten amtierende Vorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen gleich zum Sprecher der Europagruppe der deutschen Grünen in der Grünen/EFA-Fraktion gewählt.

Ein Amt, das es für Bütikofer offenbar ausschließt, auch noch etwa den Fraktionsvorsitz in Straßburg, anzustreben. Der weltläufige, weithin geschätzte und perfekt Englisch sprechende Vollblutpolitiker hat das Format für politische Spitzenämter.

Der Autor ist freier Journalist in Brüssel.

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte
Anschrift der Redaktion
Chefredakteur Jörg Biallas
Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode
Claudia Heine
Alexander Heinrich
Michael Klein
Claus Peter Kosfeld
Hans Krump
Hans-Jürgen Leersch
Johanna Metz
Helmut Stoltenberg
Alexander Weinlein



Gewalt und Gespräche: Während in einigen Teilen der östlichen Ukraine bereits bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen, gibt der Westen den Dialog mit Russland noch nicht verloren, wie die jüngsten Gespräche in Genf zeigen.

# Die Macht des Faktischen

**UKRAINE I** Europäische Konzepte für den Osten des Kontinents wurden nie erstellt. Das rächt sich jetzt

Welches Ausmaß die Proteste auf dem Maidan für die Ukraine und mit ihr für Europa haben, ist noch lange nicht abzusehen. Klar ist aber, dass Russlands Präsident Wladimir Putin auf das Kiewer Machtvakuum mit der Macht des Faktischen antwortet und seine postsowjetischen Großmachtsprüche gnadenlos umsetzt. Die Krim hatte sich bereits abgespalten, da war in der ukrainischen Hauptstadt kaum eine Übergangsregierung gefunden. Zur gleichen Zeit stürzte der Osten des Landes ins Chaos. Die Parallele, die Russlands Außenminister Lawrow dieser Tage zum Georgienkrieg zieht, lässt das Schlimmste befürchten.

**Ohnmächtig** Die Europäische Union und die Nato sehen den sich überschlagenden Ereignissen vor ihrer Haustür ohnmächtig zu, erst recht nach dem offensichtlich nutzlosen Gipfel in Genf. Die EU-Außenminister wie auch die US-Regierung verhängen Sanktionen, doch eine Eskalation auf ukrainischem Boden können diese nicht verhindern. Und obwohl die Nato und zuvorderst die USA mit einer massiven Verstärkung ihrer Präsenz an den Nato-Außengrenzen klare Zeichen setzen, steht ein militärisches Eingreifen des Westens außer Frage. Am Vorabend der Europawahlen Ende Mai und des Nato-Gipfels im Frühjahr stehen die beiden wichtigsten Bündnisse des Westens vor einer immensen Herausforderung: Wie gehen sie in Zukunft mit Russland um? „Das Vorgehen Moskaus wird seinen Preis haben“, lässt US-Präsident Barack Obama wiederholt verlauten. „Wenn Russland sich noch weiter in der Ukraine einmischt, würde ich nicht zögern, dies einen historischen Fehler zu nennen“, warnt Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen. Der historische Fehler wurde aber schon weit früher gemacht – vom Westen selbst. In Brüssel und anderswo steht man ein, dass es für die Region zu lange keine echten Konzepte gab. Nach dem Ende des Kalten Krieges erschien eine geschlossene Haltung gegenüber dem Kreml überflüssig. Die Osterweiterung von EU und Nato in den 2000er Jahren hat daran nichts geändert, im Gegenteil: Die gegensätzlichen Interessen im westlichen Bündnis haben sich nur verschärft.

„Außenpolitik ist die Kunst, Prioritäten zu setzen“, mahnt der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger. Aus „bürokratischem Zaudern und der Unterordnung aller strategischer Elemente unter innenpolitische Erwägungen“ sei jetzt eine kapitale Krise geworden. Viel zu wenig haben sich die EU-Verantwortlichen in Brüssel Gedanken gemacht, wie eine Antwort auf die Herausforderungen einer unreifen Demokratie wie in der Ukraine mit ihren machtvollen Oligarchen und einer anhaltenden Spannung zwischen West, Süd und Ost aussehen könnten. Und wie oder überhaupt die europäischen Pläne mit den Interessen Russlands zu vereinbaren sind. Im Nato-Hauptquartier dominierte beim Thema Russland und Ukraine ebenfalls über Jahrzehnte Ratlosigkeit. Das Verhältnis zu Moskau glich von jeher einer Achterbahn. Nach dem Georgienkrieg und dem bitteren Streit um die von den USA geplante Raketenabwehr in Europa herrschte Eiseszeit im Nato-Russland-Rat. Dann wieder folgten Versöhnungsgipfel, bei denen beide Seiten enge Kooperation für die gemeinsame Sicherheit versprochen. Am 1. April nun haben die Nato-Außenminister jegliche Zusammenarbeit mit Moskau bis auf Weiteres ausgesetzt. Auch in Hinsicht auf jene Staaten, die aus der Einflusszone Moskaus heraus und in die westliche hinein wollen oder vielmehr wollten, gab es niemals eine klare Linie. Während sich vor allem die osteuropäischen Mitglieder und mit ihnen zumindest zeitweise die USA für eine Aufnahme der Ukraine und Georgiens stark machten, traten Briten, Deutsche und Franzosen auf die Bremse.

**Europa uneins** Die Uneinigkeit der 28 Mitglieder setzt sich in der aktuellen Krise anfangs fort: Polen, Balten und Rumänien drängen darauf, die Präsenz der Nato an der Grenze zu Russland massiv zu verstärken. Da aber wollten die Partner, allen voran Deutschland, nur sehr bedingt mitmachen. Eine solche Abschreckung sei nichts als Eskalation, fürchtet man in Berlin. Die Russen reagierten auf den üblichen Schlingerkurs in gewohnter Manier: mit Zynismus. Das sei der Versuch, das Bündnis aus seinem Zustand als „halbe Leiche“ zu erwecken, kommentierte Alexej Puschkow, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma.

Die Ukraine ist ein Land im Osten Europas mit einer langen Grenze zu Russland. Das Land ist fast doppelt so groß wie Deutschland. Es hat aber nur 45 Millionen Einwohner. Das ist etwas mehr als Hälfte der Menschen, die in Deutschland leben. Die meisten Menschen in der Ukraine wollen enger zu Europa gehören. Sie versprechen sich davon mehr Mitbestimmung in der Politik. Und mehr Sicherheit und mehr Wohlstand. Aber es gibt auch viele Einwohner in der Ukraine, die Russisch sprechen. Sie wollen lieber zu Russland gehören. Obwohl es verboten war, hat Russland schon ein Stück der Ukraine besetzt, die Halbinsel Krim.

**Parlamännchen**  
Politik für Kinder

**Ukraine**

Die Ukraine ist ein Land im Osten Europas mit einer langen Grenze zu Russland. Das Land ist fast doppelt so groß wie Deutschland. Es hat aber nur 45 Millionen Einwohner. Das ist etwas mehr als Hälfte der Menschen, die in Deutschland leben. Die meisten Menschen in der Ukraine wollen enger zu Europa gehören. Sie versprechen sich davon mehr Mitbestimmung in der Politik. Und mehr Sicherheit und mehr Wohlstand. Aber es gibt auch viele Einwohner in der Ukraine, die Russisch sprechen. Sie wollen lieber zu Russland gehören. Obwohl es verboten war, hat Russland schon ein Stück der Ukraine besetzt, die Halbinsel Krim.

Und wie oder überhaupt die europäischen Pläne mit den Interessen Russlands zu vereinbaren sind. Im Nato-Hauptquartier dominierte beim Thema Russland und Ukraine ebenfalls über Jahrzehnte Ratlosigkeit. Das Verhältnis zu Moskau glich von jeher einer Achterbahn. Nach dem Georgienkrieg und dem bitteren Streit um die von den USA geplante Raketenabwehr in Europa herrschte Eiseszeit im Nato-Russland-Rat. Dann wieder folgten Versöhnungsgipfel, bei denen beide Seiten enge Kooperation für die gemeinsame Sicherheit versprochen. Am 1. April nun haben die Nato-Außenminister jegliche Zusammenarbeit mit Moskau bis auf Weiteres ausgesetzt. Auch in Hinsicht auf jene Staaten, die aus der Einflusszone Moskaus heraus und in die westliche hinein wollen oder vielmehr wollten, gab es niemals eine klare Linie. Während sich vor allem die osteuropäischen Mitglieder und mit ihnen zumindest zeitweise die USA für eine Aufnahme der Ukraine und Georgiens stark machten, traten Briten, Deutsche und Franzosen auf die Bremse.

Doch die Eskalation im Osten der Ukraine hat die Nato jetzt doch zu einer klaren und harten Haltung gebracht, wie man sie seit Afghanistan 2001 nicht mehr gesehen hat: Demonstrativ erhöht die Allianz ihre Präsenz an der Grenze zu Russland, See-, Luft- und Landstreitkräfte in der Region werden verstärkt. Das ist ein klares Zeichen an die Partner aus dem ehemaligen Warschauer Pakt – und an Putin.

**»Kalter Kieg light«** Dieser „Kalte Krieg light“ hat die Relevanz der Allianz auf neue Höhen katapultiert. Was sie daraus macht, muss sie im September beim nächsten Gipfel in walisches Cardiff zeigen. Beobachter sind sich sicher, dass die Krise „der Beginn einer lang anhaltenden, zutiefst gegenläufigen Beziehung mit Russland ist. Putins Eurasische Union der postsowjetischen Staaten ist sein neues Empire. Der Osten der Ukraine kann kein Teil des Westens werden, weil es ohne ihn keinen Eurasischen Raum gibt“, ist der Sicherheitsexperte Francois Heisbourg überzeugt. Putin sei kein Partner mehr, sondern Gegner, heißt es jetzt klar seitens der Nato. In der EU mahlen die Mühlen langsamer – was mit dazu geführt hat, dass das jahrelange „Tauziehen um das Assoziierungsabkommen mit Kiew vor Weihnachten 2013 als Farce endete. Nun jedoch hat sich Brüssel klar positioniert, man will den pro-westlichen Kräften mit dem helfen, was Europa am Besten kann: Finanzhilfen bis zu einer Milliarde Euro und Aufbauprogrammen,

die der lange vernachlässigten, unreifen Demokratie dringend fehlen. Während die EU-Hauptstädte Sanktionen eingangs nur sehr punktuell verhängten, forderte das Europaparlament derweil fraktionsübergreifend, umgehend ein komplettes Waffen- und Technologieembargo gegen Moskau durchzusetzen.

**Putins Weltsicht** Diese Forderungen nach Embargo-Maßnahmen dürften vermutlich an den Interessen ganzer Wirtschaftszweige scheitern. Die Forderung aber, sich endlich vom russischen Gas unabhängig zu machen, könnte durch die Ukraine-Krise Wirklichkeit werden. Die G-7-Staaten wollen bei ihrem nächsten Treffen Anfang Mai den Ausbau von Speicherkapazitäten und Netzen wie auch alternative Versorgung zum russischen Gas anschieben. Polen fordert eine Energie-Union, um machtvoller gegenüber Gazprom auftreten zu können. Zwar ist die Diversifizierung der Energieversorgung langwierig. Doch der Energieexport in die EU macht 50 Prozent des Kreml-Haushalts aus – Druckmittel halten mithin auch die Europäer in der Hand. EU und NATO haben zu lange keine Antwort darauf gesucht, dass Putins Weltsicht nicht mit der des Westens vereinbar ist. Die Ukraine-Krise, von der wir möglicherweise erst den Anfang der Eskalation sehen, wird sie dazu zwingen. *Stefanie Bolzen*

Die Autorin ist Korrespondentin von „Welt“ und „Welt am Sonntag“.

## Im Osten schwindet Einfluß der Regierung aus Kiew

**UKRAINE II** Mehrere wichtige Städte werden von pro-russischen Kräften kontrolliert. Die Rechnungen des Energielieferanten Gazprom werden zum Problem

Einen Monat vor den geplanten Präsidentschaftswahlen hat die Kiewer Zentralregierung die Kontrolle über zwei Regionen im Osten des Landes verloren: In sechs Städten, darunter die Gebietshauptstädte Donezk und Lugansk, kontrollieren bewaffnete prorussische Aktivisten wichtige Verwaltungsgebäude. Versuche Kiews, die Separatisten zu vertreiben, endeten mit der Entwaffnung und dem Überlaufen der Spezialeinheiten auf die Seite der Aufständischen. Am Mittwoch erklärte das Innenministerium zwar, Spezialeinheiten hätten die Separatisten kampfflos aus Swjatoslawsk zu übernehmen. Dabei starben zwei Aufständische. Allerdings zogen sich die Regierungseinheiten später wieder zurück. Die russische Regierung reagierte demonstrativ mit Militärmärschen an der etwa 200 Kilometer entfernten Grenze. In den anderen Gebieten des russischsprachigen Südostens kontrolliert die Regierung da-

gegen die Lage: Zwar versuchten Aktivisten auch in den Großstädten Odessa und Char'kow, Gebäude zu besetzen, allerdings konnten Polizeikräfte die Besetzungen schnell beenden. Ein wichtiger Faktor ist zudem die geringe Unterstützung der Separatisten in den meisten Gebieten. Jüngste Umfragen zeigen zwar, dass die Mehrheit der Menschen im gesamten Südosten die Kiewer Regierung nicht als legitim anerkennt: Laut einer Umfrage des renommierten Kiewer Meinungsforschungsinstituts KMIS sehen mehr als 50 Prozent der Bewohner des Südostens den Interimspräsidenten als nicht legitim an. Besonders groß ist die Ablehnung mit über 70 Prozent jedoch in den Gebieten Lugansk und Donezk. Dort wünschen sich knapp ein Drittel der Menschen den Anschluss an Russland, fast 20 Prozent würden sogar den Einmarsch russischer Truppen unterstützen. In den meisten anderen Regionen liegt die Unterstützung für einen „Anschluss“ weit unter zehn Prozent. Am sichersten sitzt die Regierung derzeit in Dnepropetrowsk im Sattel: Der dortige Gouverneur und Milliardär Igor Kolomojskij gründete Mitte April zudem die Gründung einer Sondereinheit namens „Dnestr“. Sein Stellvertreter warnte die pro-russischen Separatisten vor einem „zweiten Stalingrad“, sollten sie versuchen, in der Region Gebäude zu besetzen. Auch der „Rechte Sektor“ verlegte Ende vergangener Woche sein Hauptquartier in die Industriestadt im Osten der Ukraine. Ihr Anführer Dmitri Jarosch verkündete die Gründung eines Sonderbataillons namens „Donbass“, bestehend aus 800 Kämpfern aus der Region Donezk. Die Bildung bewaffneter Bürgerwehren war durch einen Erlass des ukrainischen Innenministers Arsen Awakow vom 13. April ermöglicht worden. Laut Awakow sollen die staatlich sanktionierten Bürgerwehren landesweit bis zu 12.000 Mann stark sein. In Donezk und Lugansk unterstützen staatl. Vertreter inzwischen öffentlich die Forderungen der Besetzer. Während die Kiewer Zentralregierung bislang nur ein ukraineweites Referendum über eine Föderalisierung des Landes zulassen will, forderte der Donezker Bürgermeister Alexander Lujkantschenko in der vorigen Woche, gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen ein regionales Referendum in der Ukraine durchzuführen. Die Vertreter der „Donezker Volksrepublik“ jedoch haben ein solches Referendum schon für den 11. Mai angekündigt. Kiew und Washington einerseits und Moskau auf der anderen Seite beschuldigen sich seit dem Genfer Gipfel gegenseitig, die dort getroffenen Vereinbarungen nicht einzuhalten. Öl ins Feuer goss zuletzt der russische Außenminister Sergej Lawrow mit seiner Erklärung, Russland sehe für den Fall, dass „die legitimen Interessen von russischen Staatsbürgern direkt attackiert werden“, keinen anderen Weg als „in voller Übereinstimmung mit dem internationalen Recht“ zu antworten. Dass Lawrow dabei auf das Beispiel Südossetien verwies, das die russische Armee 2008 besetzte, wertete das ukrainische Außenministerium als „Drohung eines Einsatzes der russischen Armee als Antwort auf die legitime Durchführung von Maßnahmen im Kampf mit terroristischen und separatistischen Aktivitäten in der Ukraine“. Kiew übergab der OSZE Material, das beweisen soll, dass russische Spezialeinheiten hinter den Besetzungen stehen. Allerdings belegen die Fotos dies nicht eindeutig. Die „Time“ etwa überprüfte in der vergangenen Woche den Fall eines von Kiew als russischen Agenten präsentierten Kämpfers – und konnte keine direkten Beweise für eine Unterstützung von Seiten des russischen Staates finden.

Ungelöst ist weiterhin die Frage der russischen Gaslieferungen an die Ukraine: Seit April muss die Ukraine dem russischen Gaslieferanten Gazprom 480 Dollar pro 1.000 Kubikmeter bezahlen, dabei ist der staatliche ukrainische Gasmonopolist Naftogaz schon jetzt praktisch zahlungsunfähig: Seine Schulden gegenüber Gazprom sind auf 2,2 Milliarden Dollar gestiegen. Der ukrainische Energieminister Juri Prodan hat Gazprom nun einen Preis von 268,5 Dollar vorgeschlagen – weit unter den üblichen Importpreisen in Europa. Ein vollkommener Stopp der Gaslieferungen ist für Russland allerdings nicht denkbar: Die Ukraine ist das wichtigste Transitland für Gaslieferungen nach Europa. Die unterirdischen Gasspeicher in der Ukraine, aus denen im Winter das Gas in den Westen gepumpt wird, waren Anfang April nur mit sieben Milliarden Kubikmetern Gas gefüllt – es müssten jedoch 20 Milliarden sein. *Moritz Gathmann*



Pro-russische Separatisten demonstrieren in der Ost-Ukraine gegen EU und Nato

Die Autorin ist Korrespondentin von „Welt“ und „Welt am Sonntag“.

Der Autor berichtet als freier Journalist aus Russland und der Ukraine.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**Die Fraktionen im Europäischen Parlament**

**EVP**



**Fraktion der Europäischen Volkspartei**

Fraktionsvorsitz:  
**Joseph Daul**  
UMP/Frankreich

www.eppgroup.eu/de/home

Die EVP-Fraktion, in der sich viele pro-europäische und konservative Parteien, darunter auch die deutschen Parteien CDU und CSU, zusammengeschlossen haben, ist seit 1999 stärkste Kraft im Europäischen Parlament. Ganz oben auf ihrer Agenda steht im Wahljahr 2014 die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Euro-Zone, die Regulierung des europäischen Finanzsektors sowie der Bürokratieabbau. Die EVP setzt sich für eine nachhaltige soziale Marktwirtschaft und den gemeinsamen Binnenmarkt ein und will die EU schrittweise zu einer echten politischen Union ausbauen. Unter anderem will sie die bisher schwache Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU stärken. Sie fordert zudem eine einheitliche europäische Datenschutzverordnung, den Abschluss des umstrittenen Freihandelsabkommens mit den USA und ein gemeinsames europäisches Konzept für Immigration und Asylpolitik.

**S&D**




**Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten**

Fraktionsvorsitz:  
**Hannes Swoboda**  
SPÖ/Österreich

www.socialistsanddemocrats.eu/de

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, darunter auch die deutsche SPD, setzen sich für ein sozial gerechteres und nachhaltiges Europa ein. Die wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarktes dürfen nach Ansicht der zweitgrößten EP-Fraktion nicht wichtiger sein als grundlegende soziale Rechte. Sie fordern unter anderem ein menschenwürdiges Mindesteinkommen – mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnitts – in jedem Land, einen besseren Verbraucherschutz und eine koordinierte europäische Beschäftigungspolitik, um die hohe Arbeitslosigkeit in Europa effektiv zu bekämpfen. Außerdem will die S&D-Fraktion eine Finanztransaktionssteuer einführen, Steueroasen schließen und Banken regulieren. Die Integration legaler Einwanderer will sie fördern und ein gemeinsames europäisches Asylsystem schaffen. Außenpolitisch fordert sie eine „starke EU“, die mit einer Stimme spricht.

**ALDE**




**Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten Europas**

Fraktionsvorsitz:  
**Guy Verhofstadt**  
Open-VLD/Belgien

www.alde.eu

Die drittgrößte Fraktion im EP, der auch die FDP angehört, setzt sich für einen starken europäischen Binnenmarkt und den Schutz der Bürgerrechte und Bürgerfreiheiten ein. Der Kampf gegen den Terrorismus darf ihrer Meinung nach nicht zur Einschränkung fundamentaler Rechte führen. Die Fraktion fordert weniger staatliche Einmischung, dafür mehr Freiraum für individuelle Entscheidungen der Bürger. Den europäischen Binnenmarkt will sie vollenden und erweitern, Verbraucher sowie kleine und mittlere Unternehmen besser schützen. Die Fraktion meint, dass die EU noch mehr tun muss, um die Personen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa zu gewährleisten. Außerdem setzt sie sich für eine Stärkung des Datenschutzes, den Abschluss von Freihandelsabkommen mit wichtigen Wirtschaftsregionen wie den USA und eine Reform des EU-Finanzsystems ein. Auch soziale Rechte für illegale Einwanderer und die Bekämpfung des Klimawandels stehen auf ihrer Agenda.

**Grüne/EFA**



**Die Grünen/Europäische Freie Allianz**

Fraktionsvorsitz:  
**Rebecca Harms und Daniel Cohn-Bendit**  
(beide Bündnis 90/Die Grünen/Deutschland)

www.greens-efa.eu/de/html

In dieser Fraktion haben sich die europäischen Grünen mit kleineren europäischen Regionalparteien zusammengeschlossen, um mehr Einfluss im Europäischen Parlament zu gewinnen. Ganz oben auf ihrer Agenda steht die „Grüne Energiewende“: mehr Energieeffizienz, weniger Energieverbrauch, Umstieg auf erneuerbare Energien. Außerdem tritt sie ein für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Menschenrechte. Ihrer Ansicht nach müssen Handel, Sicherheitspolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik an ökologische, kulturelle und demokratische Rechte gebunden sein. Die Fraktion will zudem Wege legaler Zuwanderung und effizientere Prozeduren in der Asylpolitik schaffen und eine wirksame Regulierung des globalen Finanzsektors sowie transparentere Märkte durchsetzen. Wichtige Themen für die Grünen-Fraktion sind auch der Verbraucherschutz, nachhaltige Entwicklung und die Gleichstellung der Geschlechter.

**ECR**




**Europäische Konservative und Reformisten**

Fraktionsvorsitz:  
**Jan Zahradil**  
ODS/Tschechien

ecrgroup.eu

Die ECR-Fraktion ist eine der jüngsten Fraktionen im EP. Im Juni 2009 nach der letzten Europawahl gegründet, haben sich ihr viele konservative und europakritische Parteien angeschlossen, die vorher anderen Fraktionen angehört haben. Ihre größten Gründungsparteien sind die britische „Conservative Party“ von David Cameron, die tschechische „Demokratische Bürgerpartei (ODS)“ und die polnische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). Die ECR bezeichnet sich selbst als „eurorealistische“ Fraktion. Die Parteien, die sich ihr angeschlossen haben, wollen die nationalen Souveränitätsrechte bewahren und stärken. Den Lissabon-Vertrag lehnen sie ab, weil er der EU in ihren Augen zu viel politische Macht verschafft. In der gemeinsam verabschiedeten „Prager Erklärung“ fordern sie: freie Marktwirtschaft, freien Handel, mehr Transparenz und weniger Regulierung durch die EU. Außerdem wollen sie die Einwanderung nach Europa stärker kontrollieren und Asylmissbrauch bekämpfen.

**GUE/NGL**



**Vereinte Europäische Linke/Nordische grüne Linke**

Fraktionsvorsitz:  
**Gabi Zimmer**  
(Die Linke/Deutschland)

www.guengl.eu

In dieser Fraktion haben sich 18 sozialistische, kommunistische und rot-grüne Parteien Europas zusammengeschlossen, darunter auch Die Linke aus Deutschland. Die Fraktion bezeichnet sich als „konföderales Bündnis“, da die Positionen der ihr angehörenden Parteien vielfältig und oft kontrovers sind. So befürworten einige Mitglieder die europäische Integration, andere lehnen sie ab. Was sie eint, ist ihre Forderung nach einem sozial gerechten und demokratischen Europa. Die Fraktion will die Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten schützen und setzt sich für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung ein. Die EU-Politik kritisiert sie als neoliberal und zu stark fokussiert auf freie Märkte, Wachstum und Wettbewerb. Ihre zentralen Forderungen: mehr direkte Demokratie und aktive Bürgerbeteiligung in der EU, europaweite Mindestlöhne, eine Finanztransaktionssteuer und mehr Rechte für Asylsuchende.

**EFD**

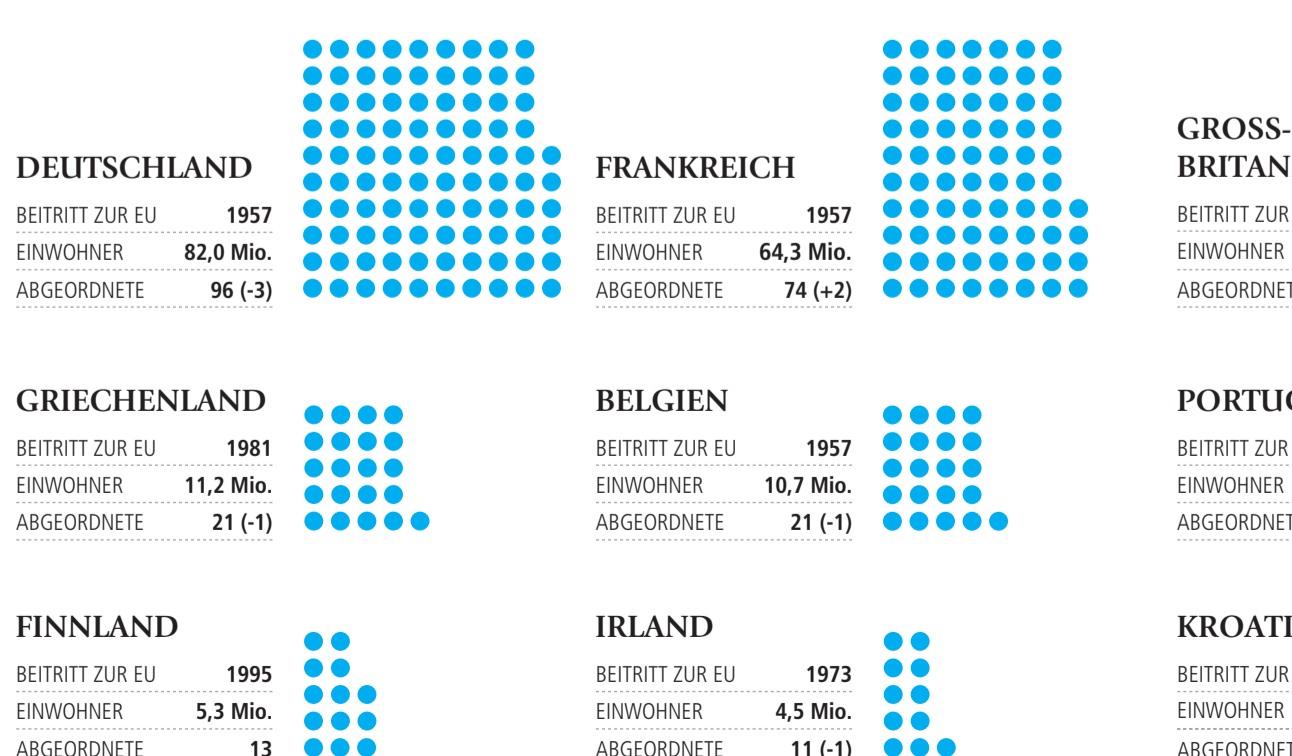


**Europa der Freiheit und der Demokratie**

Fraktionsvorsitz:  
**Nigel Farage und Francesco Speroni**  
(UKIP/Großbritannien, Lega Nord/Italien)

www.efdggroup.eu

Das Spektrum dieser nach der Europawahl 2009 gegründeten Fraktion reicht von europaskeptischen über nationalkonservative bis hin zu rechtspopulistischen Parteien. Neben der britischen „United Kingdom Party“ (UKIP) und der italienischen „Lega Nord“ gehören ihr elf weitere Parteien an. Die programmatischen Unterschiede sind sehr groß, entsprechend gering ist die Fraktionsdisziplin. Was die Parteien in der Fraktion jedoch eint, ist die Sorge um einen Verlust von Souveränität und Identität. Die meisten Mitglieder lehnen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ab. Sie wollen eine weitere europäische Integration verhindern, da sie ihrer Auffassung nach das Demokratiedefizit und die Bürokratisierung in Europa verschärft und die zentralistischen politischen Strukturen der EU verstärkt. Die Fraktion will stattdessen die staatliche Souveränität bewahren und die EU in einen rein intergouvernementalen Staatenbund umwandeln.



**Die Spitzenkandidaten**

**EVP**

**Jean-Claude Juncker**  
CSV/Luxemburg



Der ehemalige Luxemburger Premierminister und langjährige Vorsitzende der Euro-Gruppe zählt zu den erfahrensten Politikern der Europäischen Union. Der 59-Jährige, der auch den Spitznamen „Mr. Euro“ trägt, setzt sich für ein sozialeres Europa und weniger Regulierung ein. Brüssel solle sich in Zukunft nur noch um die wirklich wichtigen Dinge kümmern: „Zu viel Europa im Kleinen tötet Europa im Großen“, meint Juncker.

**S&D**

**Martin Schulz**  
SPD/Deutschland



Der 58-Jährige ist Spitzenkandidat der Europäischen Sozialdemokraten wie auch der SPD. Er sitzt seit 1998 im EP, war dort lange Fraktionsvorsitzender und ist seit Januar 2012 dessen Präsident. Schulz ist bekannt dafür, auch mal anzuecken. Er hält die EU für zu bürokratisch, zu undemokratisch und zu unsozial. Sein Motto im Wahlkampf: Reform statt Renationalisierung. Sein Ziel: „Europa vom Kopf auf die Füße stellen.“

**ALDE**

**Guy Verhofstadt**  
Open-VLD/Belgien



Die Liberalen treten mit einer Doppelspitze an. Der 60-jährige Verhofstadt, ehemals Premierminister von Belgien und heute Fraktionschef der Liberalen im EP, sieht die Zukunft der EU in einem föderalen Bundesstaat. Er meint: Die Staaten müssten ihr nationales Denken überwinden und auf die europäische Ebene verschieben. Unter anderem brauche die EU schnellstmöglich eine Bankenunion, eine Fiskalunion und eine politische Union.

**ALDE**

**Olli Rehn**  
Zentrumspartei/Finland



Der 51-jährige Finne gehört seit 2004 der EU-Kommission an, derzeit ist er Kommissar für Wirtschafts- und Währungsfragen und damit maßgeblich an der Euro-Rettung beteiligt. Rehn steht für einen klassischen liberalen Kurs, sein Europa-Konzept ist moderater als das von Verhofstadt. Er meint: Europas Probleme lassen sich nicht durch mehr Zentralisierung lösen, notwendig seien auch starke Regierungen in den Mitgliedstaaten.

**Grüne/EFA**

**Ska Keller**  
B90/Grüne/Deutschland



Die 32-jährige Brandenburgerin war die Überraschungssiegerin der grünen Urwahl im Internet. Seit 2009 sitzt sie im EP und ist dort handelspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Außerdem kümmert sie sich um Migrations- und Flüchtlingspolitik. Keller kritisiert die „Festung Europa“ und fordert ein gerechteres Europa, das Flüchtlinge schützt und sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit einsetzt.

**Grüne/EFA**

**José Bové**  
EELV/Frankreich



Der Landwirt und Umweltaktivist zählt zu den Gründungsmitgliedern der globalisierungskritischen Organisation Attac. Er ist seit 2009 Abgeordneter in Brüssel und dort Vize-Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses. Der 60-Jährige setzt sich besonders für Umwelt, nachhaltige Agrarpolitik und fairen Handel ein. 2005 wurde er zu vier Monaten Gefängnis wegen des Verwüstens von Genmais-Plantagen verurteilt.

**GUE/NGL**

**Alexis Tsipras**  
Syriza/Griechenland



Der Chef der Linkspartei Syriza, der zweitstärksten Fraktion im griechischen Parlament, fordert ein Ende der europäischen Sparpolitik. Aus Sicht des 39-jährigen sind die europäischen Hilfsprogramme für die Krisenstaaten gescheitert. Sie hätten eine „soziale Katastrophe“ hervorgebracht. Tsipras fordert einen Schuldenerlass für die Länder des Südens, flankiert von einem umfangreichen europäischen Investitionspaket.

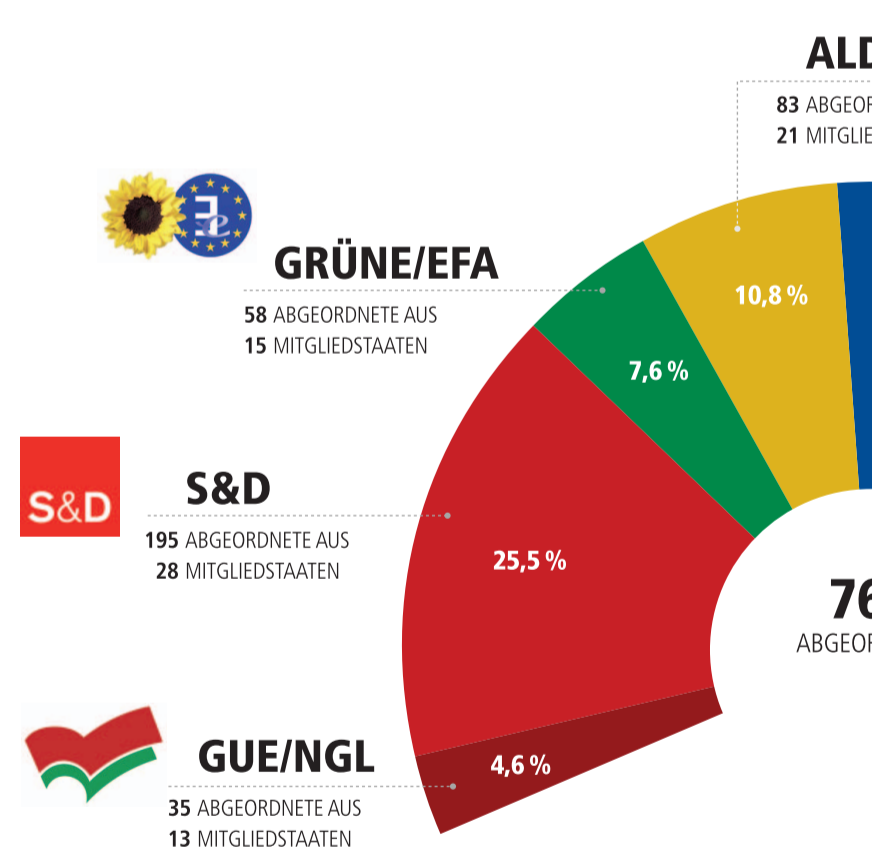
**Europawa**



**Das Europäische**

Das Europäische Parlament (EP) mit Sitz in Straßburg ist die einzige direkt gewählte Institution der Europäischen Union. Seit 1979 können alle Wahlberechtigten in den EU-Mitgliedstaaten für die Dauer von fünf Jahren frei und unmittelbar über die Zusammensetzung des EP entscheiden. Nächster Wahltermin ist vom 22. bis 25. Mai 2014. In Deutschland wird traditionell sonntags gewählt. Das EP repräsentiert mehr als 500 Millionen EU-Bürger. Die europäischen Verträge verpflichten es, in Straßburg mindestens zwölf Sitzungen jährlich abzuhalten. Sie dauern von Montag bis Donnerstag. Sechs so genannte Mini-Plenarsitzungen, die nur zwei Tage dauern, finden jährlich in Brüssel statt. Auch Ausschuss- und Fraktionsitzungen werden meist in der belgischen Hauptstadt abgehalten. Durch den 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon kann das Europäische Parlament heute in fast allen Politikbereichen mitbestimmen, das gilt für Landwirtschaft, Energie und Einwanderung ebenso wie für Justiz und Inneres, Gesundheit und Strukturfonds. Es kann gleichberechtigt mit dem Minis-

**Aktuelle Sitzverteilung im**



**Künftige Anzahl der S**

Nach dem Beitritt Kroatiens im Juni 2013 sitzen in der europäischen Volksvertretung 766 Abgeordnete aus 28 EU-Mitgliedstaaten. 99 von ihnen stammen aus Deutschland. Gemäß dem Vertrag von Lissabon wird es nach der Wahl

# Wahlen 2014

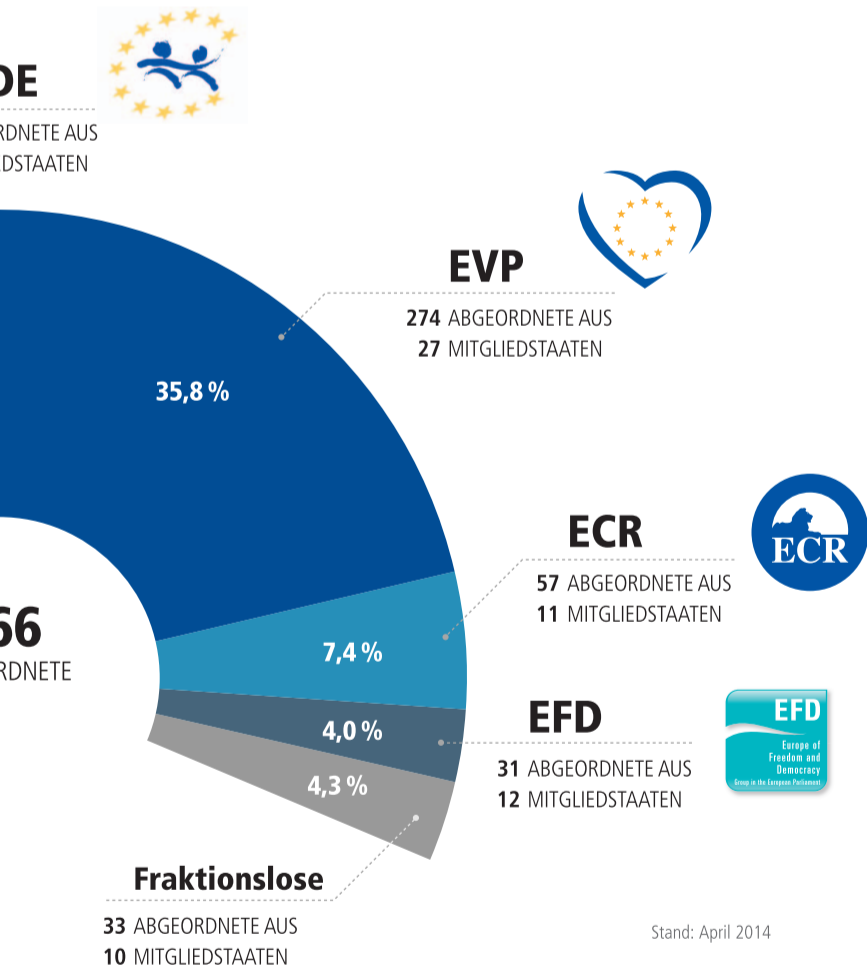


## Das Parlament

territ über den EU-Haushalt entscheiden und selbst Änderungen in den EU-Verträgen vorschlagen. Alle internationalen Abkommen, die die EU abschließt – einschließlich der Handelsabkommen – bedürfen der Zustimmung der Europaabgeordneten. Kaum Mitspracherechte haben sie in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Allerdings muss der „Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik“ – seit 2009 hat dieses Amt die Britin Catherine Ashton inne – das Parlament regelmäßig informieren. Die Stellungnahmen und Empfehlungen des Europäischen Parlaments müssen „gebührend berücksichtigt“ werden.

Der Lissabonner Vertrag regelt, dass das Ergebnis der Europawahlen im Mai erstmals auch bei der Wahl des Kommissionspräsidenten berücksichtigt werden muss. Deshalb stellen die europäischen Parteien bei dieser Europawahl EU-weite Spitzenkandidaten auf, die automatisch als Bewerber für den Posten des EU-Kommissionspräsidenten gelten.

## Die Europawahl



## Sitze pro Mitgliedsland

nur noch 751 Abgeordnete im Europäischen Parlament geben. Deutschland verliert drei Sitze, andere Länder wie Spanien, Frankreich und Schweden gewinnen Mandate hinzu (Veränderungen zu 2009 in Klammern).

Land	Beitritt zur EU	Einwohner (Mio.)	Abgeordnete	Veränderung (2009)
DEUTSCHLAND	1990	82,0	9	-3
SPANIEN	1986	45,8	54	+4
POLEN	2004	38,1	51	+1
RUMÄNIEN	2007	21,5	32	-1
NIEDERLANDE	1957	16,4	26	+1
SCHWEDEN	1995	9,2	20	+2
ÖSTERREICH	1995	8,3	18	+1
BULGARIEN	2007	7,6	17	0
DÄNEMARK	1973	5,5	13	0
SLOWAKEI	2004	5,4	13	0
SLOWENIEN	2004	2,0	8	+1
ESTLAND	2004	1,3	6	0
ZYPERN	2004	0,8	6	0
LUXEMBURG	1957	0,5	6	0
MALTA	2004	0,4	6	+1

## Wahlprogramme und Spitzenkandidaten der deutschen Parteien

### CDU



Das Europawahlprogramm der CDU trägt den Titel „Gemeinsam erfolgreich in Europa“. Ziel der Partei ist es, die wirtschaftspolitische Abstimmung der Euroländer zu verbessern, auf die Einhaltung der Schuldenbremse zu achten und die Bankenunion umzusetzen. Ausdrücklich wendet sich die CDU gegen eine „Schuldenvergemeinschaftung“, also gegen Eurobonds und Schuldentilgungsfonds. Sie will außerdem den internationalen Freihandel stärken, Überregulierung in der EU bekämpfen und die Energiewende zu einem europäischen Projekt machen. Die Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich sieht sie als besonders bedeutsam an. Darüber hinaus will sie aber auch die trilaterale Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen intensivieren (Weimarer Dreieck). Das Europäische Parlament soll gestärkt werden, indem es langfristig ein eigenes Initiativrecht erhalten soll.

#### David McAllister



Der Landesvorsitzende der niedersächsischen CDU und frühere Ministerpräsident Niedersachsens (2010 bis 2013) bekennt sich klar zur Europäischen Union und distanziert sich damit vom eher europakritischen Wahlkampf der Schwesterpartei CSU. Europa soll sich nach Ansicht des 43-Jährigen aber künftig auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Wegen seines Vaters – einem britischen Militärbeamten – hat McAllister auch einen britischen Pass.

### CSU



Die bayerische Schwesterpartei der CDU, die derzeit acht Abgeordnete im EP stellt, setzt in ihrem 12-Punkte-Plan für die Europawahl vor allem auf mehr Bürgernähe und weniger Bürokratie. Sie sieht sich als „Garant für ein starkes Bayern in Europa“ und fordert eine deutliche Verkleinerung der EU-Kommission und ein Europa, das sich nicht „in die Kleinigkeiten des Alltags einmischt“, wie CSU-Chef Horst Seehofer betont. Leitbild der CSU ist ein „Europa der Regionen“, das seine Grenzen kennt – geografisch wie politisch. So positioniert sich die CSU weiter gegen einen EU-Beitritt der Türkei, außerdem lehnt sie die Beitrittsverhandlungen mit Serbien ab. Die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens bezeichnet sie als „Fehler“. Vor der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten fordert die CSU eine mehrjährige Pause. Wie die CDU ist auch die CSU gegen eine Schuldenunion in der Eurozone.

#### Markus Ferber



Der 49-Jährige leitet seit 1999 die CSU-Europagruppe im EP, dem er seit 20 Jahren angehört. Er ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung sowie im Verkehrsausschuss. Zum Vorwurf, die CSU sei zu europakritisch, sagt er: „Wer in Brüssel etwas kritisiert, ist deshalb noch lange kein Anti-Europäer.“ Ferber steht für ein Europa, „das die deutsche Sprache achtet und sich seiner christlichen Wurzeln bewusst ist“.

### SPD



Die SPD hat das erklärte Ziel, „das Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten wieder zurückzugewinnen“. Dazu gehört nach Ansicht der Partei eine handlungsfähige Bankenunion, eine Finanztransaktionssteuer und eine bessere Regulierung des hochspekulativen Schattenbanksektors. Wie die Unionsparteien will die SPD ein Europa der Regionen. Aufgaben sollen dort angepackt werden, wo sie am besten politisch zu lösen sind – auf EU-Ebene, aber eben auch in Städten, Kommunen, Ländern oder Staaten. Die SPD fordert zudem eine Reform der EU-Institutionen: Die Kommission soll zu einer „wahren EU-Regierung“ werden, die dem Europäischen Parlament vollständig verantwortlich ist. Das EP soll mit einem Initiativrecht in der Gesetzgebung und einem vollen Budgetrecht ausgestattet werden. Außerdem auf der Agenda: ein europäischer Pakt für Mindestlöhne und ein besserer Datenschutz.

#### Martin Schulz



Der 58-Jährige Nordrhein-Westfale, der seit 1974 Mitglied der SPD ist und seit zehn Jahren im Europäischen Parlament sitzt, kandidiert für die SPD, bewirbt sich aber auch für die Europäischen Sozialdemokraten um das Amt des Kommissionspräsidenten (siehe Kasten). Für Kritik sorgt, dass er als EU-Parlamentspräsident nach den Europawahlen genau in dem Gremium sitzt, das berät, wer neuer EU-Kommissionspräsident werden wird.

### FDP



Der erste Satz im Europawahlprogramm der Liberalen ist ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union: „Europa ist ein großartiges Projekt, das für Frieden, Freiheit und Wohlstand steht“, heißt es dort. Nach Ansicht der FDP sollte Europa langfristig ein föderaler Bundesstaat auf Grundlage einer gemeinsamen Verfassung werden. Sie will die europäische Integration daher weiter vorantreiben und die Diskussion über eine europäische Verfassung wiederbeleben. Die europäischen Institutionen sollen demokratisiert und die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt werden. Darüber hinaus sollen die Deutschen künftig durch Volksabstimmungen über besonders wichtige Integrationschritte entscheiden können. Zugleich fordert die FDP mehr Eigenverantwortung für die Bürger, Kommunen und Mitgliedstaaten. Nationalen und regionalen Ebenen sollen klare Verantwortungen zugewiesen werden.

#### Alexander Lamsdorff



Der 48-Jährige Neffe des früheren Bundesministers Otto Graf Lambsdorff gehört seit 2011 dem FDP-Bundesvorstand an. Zehn Jahre lang war er Diplomat im Auswärtigen Amt, seit 2004 sitzt er im EP. Lambsdorff sieht seine Partei in einer Schlüsselrolle bei der Frage, ob die Euro-Stabilisierung „marktwirtschaftlich umgesetzt“ wird. Das „Fehlen ausgeglichener Haushalte und liberaler Wirtschaftspolitik“ sieht er als Ursache der Krise an.

### Die Linke



Über ihr Europawahlprogramm hat Die Linke wochenlang diskutiert. Die umstrittenste, vom linken Parteiflügel initiierte Passage – die EU sei eine „neoliberale, militaristische und weithin undemokratische Macht“ – kommt in dem im Februar verabschiedeten Programm nun nicht mehr vor. Einig sind sich die Linken in ihrer Forderung nach einer Neuausrichtung der EU. Unter anderem wollen sie EU-weit verbindliche Mindestlöhne, eine Mindestsicherung und eine gesetzliche Mindestrente in Höhe von 60 Prozent des jeweiligen mittleren Einkommens vor Ort einführen. Allen EU-Bürgern soll ein kostenfreies Grundkontingent an Wärme, Wasser und Energie sowie ein Telefon- und Internetzugang zustehen. Zudem fordert die Fraktion ein Ende der Sparpolitik in der Euro-Krise und eine europäische Vermögensabgabe. Private Großbanken sollen vergesellschaftet und unter öffentliche Verwaltung gestellt werden.

#### Gabi Zimmer



Trotz der Flügelkämpfe in der Partei haben die Linken die 58-Jährige Gabi Zimmer mit großer Mehrheit (76,5 Prozent) zu ihrer Spitzenkandidatin gekürt. 1981 trat die gebürtige Ostberlinerin in die SED ein, von 2000 bis 2003 war sie Vorsitzende der PDS. Seit 2004 sitzt Zimmer im EP, seit März 2012 leitet sie dort die GUE/NGL-Fraktion. Der EU wirft sie vor, ein Krisenmanagement zuzulassen der „Ärmsten der Armen“ zu betreiben.

### Bündnis 90/Die Grünen



Nachhaltiges Wirtschaften steht im Mittelpunkt der Politik der Grünen. Dazu gehört für sie ein konsequenter Klimaschutz, eine neue Agrarwirtschaft ohne industrielle Massentierhaltung und die Investition in grüne Technologien, wie Erneuerbare Energien und effiziente Gebäudetechnik. Nach Ansicht der Grünen hat das Krisenmanagement der EU die Wirtschaftskrise in den überschuldeten Ländern noch verschärft. Sie fordern „Reformen mit sozialer Balance“, unter anderem ein europäisches Investitionsprogramm, das die ökologische Modernisierung und die Energiewende vorantreibt und so neue Jobs und Zukunftsperspektiven schafft. Außerdem setzen sie sich für einen besseren Flüchtlingsschutz und mehr Demokratie in der EU ein. Sie wollen mehr Mitbestimmung für die Bürger und mehr Macht für die Parlamente, auf nationaler wie europäischer Ebene.

#### Rebecca Harms



Die 57-Jährige Anti-Atom-Aktivistin sitzt seit 2004 im EP und ist dort seit Juli 2010 Vorsitzende der Grünen-Fraktion. 1977 war Harms Mitbegründerin der Bürgerinitiative gegen das atomare Endlager Gorleben. Bis heute fordert sie einen europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie. Der Bundesregierung wirft sie vor, die Energiewende auszubremsen und zuzulassen, dass für Europa „sehr schwache Klimaziele“ verankert werden.

### AfD



Die „Alternative für Deutschland“ setzt sich für eine Europäische Union souveräner Staaten ein. Die jetzige EU betrachtet sie als zentralistisch, bürokratisch und bürgerfern. Sie betont die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für ihre jeweilige Wirtschafts- und Fiskalpolitik und lehnt jede Form der Vergemeinschaftung von Schulden ab, außerdem den dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM sowie die Bankenunion. Die AfD will jedem Land das Recht einräumen, die Eurozone zu verlassen, ohne aus der EU aussteigen zu müssen. Aus dem „Einheits-Euro“ will sie aussteigen und alternativ eine Währungsordnung schaffen, in der sich die Währungen den unterschiedlichen Ökonomien anpassen können. Außerdem fordert die AfD mehr direkte Demokratie, die Rückverlagerung von Verantwortlichkeiten an die Mitgliedsländer sowie ein Vetorecht nationaler Parlamente gegen geplante EU-Gesetze.

#### Bernd Lucke



Der 41-Jährige, der 33 Jahre lang Mitglied der CDU war, ist Professor für Makroökonomie an der Universität Hamburg und Mitbegründer der „Wahlalternative 2013“. Auf deren Basis wurde im Juni 2013 die „Alternative für Deutschland“ gegründet. Lucke wurde einer von drei Parteisprechern. Bei der Bundestagswahl 2013 kam die AfD aus dem Stand auf 4,7 Prozent. Die Einführung des Euro bezeichnet Lucke als „historischen Fehler“.

### Piratenpartei



Die Piraten, die bei den Europawahlen 2009 mit 0,9 Prozent der Stimmen den Einzug ins EP verpasst haben, nach dem Wegfall der Sperrklausel in Deutschland aber diesmal Chancen haben, setzen sich für eine Vertiefung der europäischen Integration, mehr Demokratie und Transparenz ein. Die Bürger sollen in EU-weiten Abstimmungen direkt über die europäische Gesetzgebung entscheiden und selbst Gesetze vorschlagen oder stoppen können. Das EP soll ein Initiativrecht bekommen, außerdem soll „jegliche Korrespondenz mit und Einflussnahme von Interessensverbänden und Lobbyisten auf den europäischen Gesetzgebungsprozess“ offengelegt werden müssen. Zudem fordern die Piraten eine ressourcenschonende Wirtschaftsstruktur, ein bedingungsloses Grundeinkommen in ganz Europa, einen europaweit einheitlichen Datenschutz sowie ein internationales Abkommen zur Freiheit des Internets.

#### Julia Reda



Die 28-Jährige Vorsitzende der Jugendorganisation der europäischen Piraten, „Young Pirates of Europe“, trat mit 16 Jahren der SPD bei, wechselte aber 2009 zu den Piraten. Im EP will sie sich für eine Reform des Urheberrechts und mehr Mitsprache in Europa stark machen. Außerdem kritisiert sie die „Abschottungspolitik“ der EU und fordert eine „menschliche Asylpolitik“ sowie die Abschaffung der EU-Grenzschutzagentur Frontex.

### Sperrklausel-Urteil

Im Februar hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt, dass die deutsche Drei-Prozent-Hürde bei der Europawahl verfassungswidrig ist, da sie gegen die Chancengleichheit der Parteien verstöße. Der Wegfall der Sperrklausel bedeutet, dass deutschen Parteien bei der Wahl im Mai bereits ein Stimmenanteil von ungefähr 0,9 Prozent genügt, um einen der 96 deutschen Sitze im Europäischen Parlament zu bekommen. Legt man die Ergebnisse der letzten Europawahl im Jahr 2009 beziehungsweise der jüngsten Bundestagswahl 2013 zugrunde, haben 2014 auch kleinere Parteien Chancen, ins EP einzuziehen, insbesondere die Freien Wähler, die Republikaner, die NPD, die Tierschutzpartei und die Familienpartei. Die Karlsruher Richter hatten bereits im November 2011 die bis dato geltende Fünf-Prozent-Hürde gekippt. Daraufhin hatte der Bundestag eine Drei-Prozent-Hürde beschlossen.

Grafik: Stephan Roters; Texte: Johanna Metz; Fotos: picture-alliance/dpa, Parteien; Quellen: Europäisches Parlament, Parteien

Die Hoffnungen auf mehr europäische Demokratie liegen auf den Schultern von Martin Schulz. Und von Jean-Claude Juncker. Und ein bisschen auch auf den Schultern von Guy Verhofstadt, Rebecca Harms und Gabi Zimmer. Vor allem aber darauf, dass die Spitzenkandidaten der Sozialdemokraten, der konservativen Volksparteien, der Liberalen, Grünen und Linken im Europäischen Parlament (EP) bis zu den Wahlen vom Ende Mai vielleicht doch noch Themen finden, über die sie sich wirklich streiten und die die Leute aufregen. Damit endlich Leben in den Wahlkampf einzieht und Europas Bürger das Gefühl bekommen, dass es einen Unterschied macht, wer als Nachfolger von José Manuel Barroso an die Spitze der Kommission rückt.

Es ist das erste Mal in der Geschichte der EU, dass die Bürger bei der Europawahl indirekt auch über den künftigen Kommissionspräsidenten abstimmen. Ganz sicher ist es nicht, denn noch zögern Regierungschefs in einigen Mitgliedsländern, den Anspruch der Spitzenkandidaten anzuerkennen. Bislang haben sie die Besetzung des Kommissionspräsidenten immer unter sich ausgehandelt, das EP durfte dann nicken oder ablehnen. Dabei müssen die Regierungschefs seit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages im Dezember 2009 die Mehrheitsverhältnisse im Europaparlament berücksichtigen.

Das europäische Wahlrecht insgesamt ist einer von vielen Kompromissen, die die EU so schwer verständlich machen. Dass die deutschen Wähler ihre Europaabgeordneten am Sonntag bestimmen, die Briten schon am Donnerstag, die Iren am Freitag und die Tschechen am Freitag und Samstag wählen gehen, das ist vielleicht nicht so wichtig. Aber dass in Österreich schon 16-Jährige mitstimmen dürfen, in Belgien Wahlpflicht herrscht, dass französische Kandidaten mindestens 23 Jahre alt sein müssen, italienische sogar 25, während in den meisten anderen EU-Staaten sich schon 18-Jährige zur Wahl stellen dürfen, das sind Unterschiede, die nicht mehr so leicht zu vermitteln sind.

**Hürden** Und erst die Sperrklauseln: Nachdem das Bundesverfassungsgericht nun die bisherige Mindeststimmenanteile von drei Prozent für den Einzug deutscher Parteien ins Europaparlament gekippt hat, gehört Deutschland zu den 13 Ländern ohne Sperrklauseln (siehe Beitrag rechts). In Griechenland dagegen gilt nach wie vor die Drei-Prozent-Hürde, in Österreich, Slowenien, Italien und Schweden liegt die Eintrittsschwelle ins Europaparlament bei vier Prozent, in Frankreich, Polen und Kroatien bei fünf Prozent. Bulgarien stellt mit 5,88 Prozent die höchsten Anforderungen. Die krumme Zahl kommt durch eine komplizierte mathematische Auszählmethode zustande.

Dafür dürfen bulgarische Wähler Vorzugsstimmen vergeben, so wie auch Luxemburger, Belgier, Dänen und noch ein paar andere Europäer mehr. Damit können sie Kandidaten auf den Parteilisten nach vorne schieben, dorthin, wo sie mehr Chancen auf einen Einzug ins Parlament haben – häufiger nennt man das in Deutschland. Irische Wähler können nicht nur Stimmen auf einzelne Kandidaten häufeln, sondern auch panaschieren, also Kandidaten verschiedener Parteien ankreuzen. Durch äußerst komplizierte Rechenakrobatik wird dann das Stimmenverhältnis der Parteien zueinander und die Reihenfolge der Listenplätze errechnet.

Häufeln und Panaschieren erweitern den Einfluss der Wähler auf die Zusammensetzung des Parlaments. Sie wirken sich auch auf das Selbstverständnis der Abgeordneten während der Legislaturperiode aus: Wer wiedergewählt werden will, sollte die Erwartungen seiner Wähler nicht aus den Augen verlieren. Doch nicht nur die nationalen Wahlgesetze, auch die Parteitraditionen



In 13 EU-Ländern existieren keine Sperrklauseln, in den anderen 15 liegen sie in der Regel zwischen drei und fünf Prozent.

## Ungleiche Hürden

**WAHLRECHT** Frei und direkt, aber nicht gleich – bei den Europawahlen gelten in jedem Land andere Regeln

spielen in Europa eine erhebliche Rolle. Während deutsche Parteien die Listen für die Europawahl in der Regel auf Nominierungsparteitagen zusammenstellen und es in skandinavischen Parteien oft um jeden einzelnen Listenplatz zu Kampfzwecken zwischen den Kandidaten kommt, erfahren griechische Sozialisten, spanische Konservative oder Kandidaten der Berlusconi-Partei in Italien häufig erst kurz vor den Europawahlen von ihren Parteipatroschen, ob sie einen Platz auf der Liste haben oder nicht. Gegen Ende der Legislaturperioden lässt sich in Straßburg und Brüssel häufig beobachten, welche Abgeordneten bei den Abstimmungen deshalb kaum noch an die Wähler und schon gar nicht an Europa denken, sondern nur noch an die Wünsche der Parteispitze.

Nationale Traditionen lassen sich nicht vereinheitlichen, Wahlgesetze schon. Seit 1979, seit das Europaparlament zum ersten Mal gewählt wurde, gibt es Bemühungen, die Spielregeln der Wahl europaweit zu vereinheitlichen. Und genauso alt sind die Bemühungen vieler Regierungen, genau das zu verhindern. Offiziell geht es den Verteidigern der Vielfalt stets darum, die nationalen Eigenheiten zu bewahren. Doch dahinter steht nicht selten auch die Entschlossenheit, das Europaparlament nicht zu mächtig werden zu lassen. In vielen Hauptstädten ist man nach wie vor überzeugt, das politische Gewicht im Ministerrat, also im Kreis der Regierungen, besser zur Geltung bringen zu können als im Europäischen Parlament. Trotz solcher Widerstände hat sich das Europaparlament seit 1979 mit viel Hartnäckigkeit

– und manchmal auch mit Chuzpe – seinen Platz im europäischen Machtgefüge erkämpft. Dabei half ihm, dass die Öffentlichkeit eher auf Seiten des gewählten Parlamentes stand. Die Regierungen lernten, dass man ein Parlament, das vom Volk gewählt ist, nicht einfach ignorieren kann. In Maastricht, in Amsterdam, in Lissabon – wann immer die europäischen Verträge geändert wurden, bekam das Europaparlament mehr Macht zugeordnet. Inzwischen entscheiden die Europaabgeordneten bei praktisch allen europäischen Gesetzesvorhaben mit. Europaparlament zu Ministerrat, das ist in vielen Politikbereichen wie Bundestag zu Bundesrat: Beide Kammern entscheiden gleichberechtigt und müssen sich dann einigen. Der Europa-Direktwahlakt schreibt ein einheitliches Wahlverfahren vor, in der Praxis ist

dieser Akt aber nie umgesetzt worden. Seit 2004 gilt nun immerhin, dass die Europawahl in allen Mitgliedsländern nach dem Verhältniswahlrecht abzuhalten sind. Die Ausgestaltung aber bleibt den Mitgliedsländern, teilweise sogar den Parteien selbst überlassen. Während die Sozialdemokraten ihre Kandidaten für die 96 deutschen Parlamentssitze in Straßburg und Brüssel auf einer bundesweiten Liste zur Abstimmung stellen, verteilen sich die Kandidaten der CDU und CSU auf 16 Landeslisten. Grüne, Linke, Liberale und alle kleineren Parteien tendieren ohnehin zu bundesweiten Listen, weil sie sonst zu viele Landeslisten hätten, von denen kein einziger Kandidat den Sprung nach Straßburg schaffen würde.

**Sitzverteilung** Das Verhältniswahlrecht hat den Vorteil, dass es die Verteilung der politischen Meinungen in den Mitgliedsländern besser wiedergibt als das Mehrheitswahlrecht. Und den Nachteil, dass man selbst aus den kleinsten EU-Ländern wie Malta oder Luxemburg mindestens sechs Abgeordnete ins Europaparlament schicken muss, um diese politischen Kräfteverhältnisse zur Geltung zu bringen. Strikt 1:1 umgerechnet, müsste Deutschland, das der Einwohnerzahl nach zweihundert Mal größer ist als Malta, durch zweihundert mal sechs Abgeordnete in Straßburg und Brüssel vertreten sein – macht 1.200. Hochgerechnet auf alle EU-Länder ergäbe dies zusammen ein Parlament mit 7.000 Abgeordneten – fast dreimal soviel wie Chinas Volkskongress.

Ein solches Mammutparlament will niemand, und so kam es zu einem weiteren Kompromiss. Danach stehen Malta und Luxemburg sechs Parlamentssitze zu, Deutschland aber nur 96. Europakritiker wie der Staatsrechtler Karl-Albrecht Schachtschneider und der CSU-Politiker Peter Gauweiler haben dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt. Doch die Richter wiesen die Klage zurück: Es gehe eben nicht anders, zumal Deutschland keineswegs besonders benachteiligt sei. Länder wie Lettland oder Slowenien, die fünfmal so groß sind wie Malta, haben mit acht Europaabgeordneten gerade mal zwei Sitze mehr als die Kleinsten.

Doch in Straßburg und Brüssel hat man dieser Tage ohnehin ganz andere Sorgen. Die Wahlbeteiligung bei Europawahlen ist seit 1979 von 62 auf 43 Prozent gesunken, und das dürfte nicht an der Verzerrung bei der Sitzverteilung liegen. Vielmehr fehlt dem Europaparlament die klassische Auseinandersetzung von Regierungsparteien und Opposition. Genau deshalb setzen viele Abgeordnete ihre Hoffnung nun auf den Wettbewerb der Spitzenkandidaten um den Kommissionsvorsitz. Umso mehr ärgert es sie, dass einige Regierungschefs die Bedeutung des Wahlausganges für wichtige Besetzungen in der Europäischen Union schon wieder herunterspielen.

Dabei geht es eigentlich nur um den Posten des Kommissionspräsidenten. Ein Jean-Claude Juncker wird keine christdemokratische Europäische Kommission zusammenstellen und ein Martin Schulz keine sozialdemokratische. Es sind die nationalen Regierungen, die die übrigen 27 Kommissare bestimmen und nach Brüssel entsenden. Das Europaparlament hat lediglich das Recht, nach Anhörungen einzelne Kandidaten abzulehnen. Trotzdem: Sollte aus den Europawahlen 2014 ein eindeutiger Wahlsieger hervorgehen, dann wird es schwierig für die Regierungschefs, den Spitzenkandidaten einfach abzulehnen. Was dann kommt? Eine neue Machtprobe zwischen den Europaabgeordneten und den nationalen Regierungen und damit einer jener Machtkämpfe, mit denen sich das Europäische Parlament seit 35 Jahren langsam aber sicher an die demokratische Normalität heranarbeitet.

Alois Berger

Der Autor ist langjähriger EU-Korrespondent unter anderem für den „Deutschlandfunk“.

## Vorteil für die Kleinen

Stärkung oder Schwächung der Demokratie? Als das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Ende Februar 2014 die Drei-Prozent-Hürde bei den Europawahlen in Deutschland für verfassungswidrig erklärte, konnten die Reaktionen nicht unterschiedlicher ausfallen. Kleinere Parteien rechnen sich seither realistische Chancen auf einen Einzug ins Europaparlament aus, die größeren Parteien warnen hingegen vor einer drohenden Zersplitterung in der EU-Vollvertretung. Die „Alternative für Deutschland“, die neben einer Reihe anderer Parteien wie Freie Wähler, Piraten und NPD gegen die Hürde geklagt hatten, sprach von einem „guten Signal für die Demokratie in Europa“. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) bedauerte die Entscheidung: „Jetzt kommt es darauf an, dass wir für die Europawahl im Mai so mobilisieren, dass möglichst keine extremistischen Parteien ins



Andreas Voßkuhle

Europaparlament einziehen.“ Bundespräsident Norbert Lammert (CDU) nannte das Urteil „rechtlich umstritten, politisch nicht hilfreich“. Bereits im November 2011 hatten die Karlsruhe Richter die damals noch bestehende Fünf-Prozent-Hürde bei den Europawahlen in Deutschland gekippt. Begründung: Die Sperrklausel verstöße gegen die Grundsätze der Wahrgleichheit und der Chancengleichheit der politischen Parteien. Ein Eingriff in diese Grundsätze bedürfe eines „zwingenden Grundes“ – etwa die Gefahr der Beeinträchtigung der Funktionsweise des Europäischen Parlaments.

**Funktionsfähigkeit** Mit dem neuen Urteil zur Drei-Prozent-Hürde, die der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen im Juni 2013 beschlossen hatte, knüpft das Gericht an diese Argumentation an. „Alle Wähler sollen mit der Stimme, die sie abgeben, den gleichen Einfluss auf das Wahlgesetz haben“, heißt es im Urteil. Im Mittelpunkt stand erneut die Frage nach der Funktionsfähigkeit des Parlaments. Union, SPD, FDP und Grüne hatten die Drei-Prozent-Hürde unter anderem damit begründet, dass mit Aufstellung von europäischen Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten sich die Arbeit des Europäischen Parlaments politisieren werde und sich ein Antagonismus zwischen einer festen Mehrheit und einer festen Minderheit herausbilden könnte. „Bei einer starken Zersplitterung der Zusammensetzung des EP steigt auch das Risiko einer anhaltenden Blockade der parlamentarischen Willensbildung“, argumentierten die Bundestagsabgeordneten. Dagegen führten die Richter in Karlsruhe unter anderem ins Feld, dass das EP im Unterschied zum Bundestag nach wie vor keine Regierung wähle, die auf die fortlaufende Unterstützung einer Mehrheit angewiesen wäre. Eine solche Entwicklung stecke im EP noch in den Anfängen, argumentierte Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle.

Das Urteil war im Zweiten Senat offenbar nicht unumstritten und erfolgte knapp – mit fünf zu drei Richterstimmen. In einem Sondervotum argumentierte der Richter und frühere CDU-Ministerpräsident des Saarlandes, Peter Müller, dass es Aufgabe des Gerichts sei, die Prognose-Entscheidungen des Gesetzgebers zur künftigen Funktionsfähigkeit des EP zu kontrollieren, nicht aber „seine eigene Prognose an die Stelle derjenigen des Gesetzgebers zu setzen“.

ah

Anzeige

## DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253



Direkt zum E-Paper

## Roderich Egeler: Es wird sehr viel bunter

**BUNDESWAHLEITER** Die fehlende Sperrklausel eröffnet auch kleineren Parteien die Möglichkeit auf einen Parlamentsitz

Herr Egeler, als Bundeswahlleiter sind Sie auch verantwortlich für die Durchführung der Europawahlen in Deutschland. Ist alles klar für den 25. Mai?

Wir sind gerüstet. Immerhin beschäftigen wir uns seit fast einem Jahr mit den Europawahlen. Vieles muss aufeinander abgestimmt werden. Aber ich bin sicher: Am 25. Mai wird das Europaparlament gewählt.

Wie viele Parteien treten in Deutschland an?

23 Parteien und sonstige politische Vereinigungen mit Bundeslisten, und zwei Parteien haben Landeslisten.

Wovon hängt denn eigentlich ab, ob eine Partei zugelassen wird oder nicht?

Vor allem muss eine Partei zum Ausdruck bringen, dass sie zur politischen Meinungsbildung beitragen will. Und sie muss bereit sein, sich in der parlamentarischen Arbeit zu engagieren. Darüber hinaus müssen die Parteien und politischen Vereinigungen noch an-

dere Voraussetzungen erfüllen, insbesondere eine bestimmte Anzahl von sogenannten Unterstützungsunterschriften beibringen.

Zusammen mit den Europawahlen gibt es in nicht wenigen deutschen Kommunen auch Kommunalwahlen oder Bürgerentscheide. Erwärmt daraus eine zusätzliche Fehlerquelle in den Wahllokalen?

Ich denke, die jeweiligen Vorstände in den Wahllokalen haben das im Griff. Letztlich geht es darum, darauf zu achten, dass Wahlscheine für unterschiedliche Wahlen in die richtigen Urnen gesteckt werden. Das ist ja nichts Neues, da Wahlen in einem föderalen System aus guten Gründen häufig kombiniert werden.

Also ist es auch kein Problem, wenn 16- bis 18-Jährige kommunal wählen dürfen, bei der Europawahl aber nicht?

Es gibt vor Ort getrennte Wählerverzeichnisse für die Kommunal- und die Europawahlen. Gegebenenfalls muss noch genauer auf die Ausweise geschaut werden. Insofern ist das eine größere Herausforderung. Trotzdem bin ich sicher, dass das in den allermeisten Fällen komplikationslos funktioniert. Und zweifellos bringt die Bündelung von Wahlen einen Vorteil für die Wahlbeteiligung. Die hat sich bei der Europawahl in Deutschland



Roderich Egeler (63) ist Präsident des Statistischen Bundesamtes und Bundeswahlleiter.

auf rund 43 Prozent eingepegelt. Und ich hoffe, dass diesmal die erstmals stattgefundenen Personifizierung von Parteiprogrammen über europaweite Spitzenkandidaten einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung haben wird. Das könnte dazu beitragen, die Bedeutung Europas weiter hervorzuheben.

Was ändert sich an Ihrer Arbeit mit dem Aus der Sperrklausel, die das Bundesverfassungsgericht verworfen hat?

Für die Organisation der Wahl ändert sich gar nichts. Allerdings ändert sich absehbar das Ergebnis: Es wird sehr viel bunter, weil auch kleinere politische Parteien und Vereinigungen einen Parlamentsitz gewinnen können.

Das Europäische Parlament wird teils sehr verschiedenen nationalen Wahlrechten gewählt. Wer rechnet eigentlich am Ende das Ergebnis aus?

So schwierig ist das nicht. Am Ende setzt sich das Ergebnis aus der Summe der Einzelergebnisse in den 28 Mitgliedstaaten zusammen. Steht das deutsche Ergebnis fest, melden wir die Abgeordneten, die bei uns gewählt wurden. Die anderen Nationen machen das auch. Und so entsteht dann die personelle Zusammensetzung für das neue Parlament.

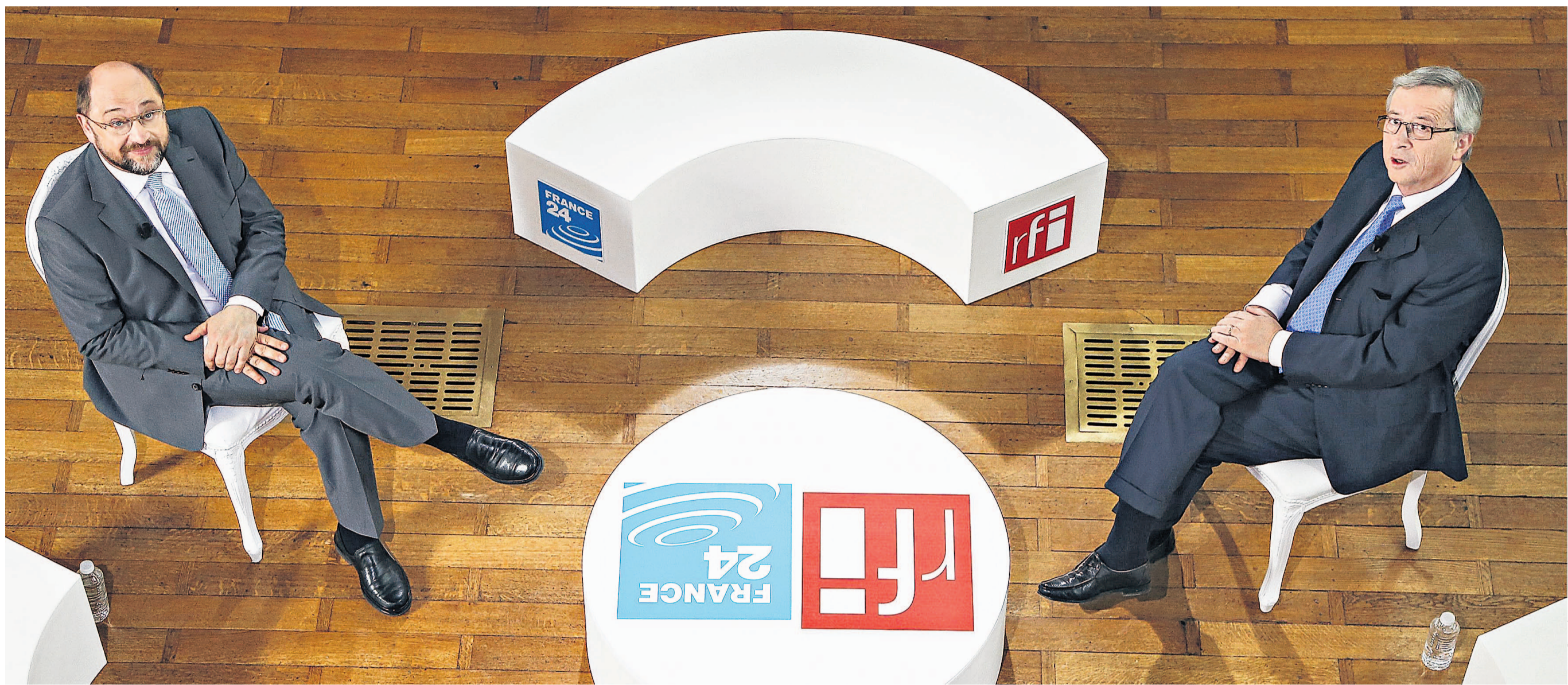
Was macht Ihnen mit Blick auf den Wahlsonntag die größten Sorgen?

Da bin ich sorgenfrei. Wir sind so aufgestellt, dass alles funktionieren wird. Es gibt keinen Grund, nicht optimistisch zu sein. Unser Qualitätsmaßstab ist: Wann können wir in der Wahlnacht das Ergebnis präsentieren? Ich hoffe, irgendwann zwischen 0 und 3 Uhr. Gelingt das, bin ich zufrieden.

Das Gespräch führten Jörg Biallas und Alexander Heinrich.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Die Spitzenkandidaten im TV-Duell des französischen Fernsehens: der Sozialdemokrat Martin Schulz (links) und der Konservative Jean-Claude Juncker

# Auf Weltreise durch Europa

**WAHLKAMPF 2014** Die Kandidaten tun sich mit einheitlichen Botschaften für den ganzen Kontinent schwer

Die Premiere fiel ein wenig mau aus. Artig saßen die beiden aussichtsreichsten Spitzenkandidaten der Europawahl, der Konservative Jean-Claude Juncker (59) und der Sozialdemokrat Martin Schulz (58), auf ihren Stühlen und beantworteten die Fragen der Moderatorinnen pflichtbewusst. Eine echte Debatte oder gar Streit kam nicht zustande. Stattdessen gaben die politischen Kontrahenten einander Recht. Auf die Unterschiede zwischen den Kandidaten angesprochen, konnte Schulz keinen einzigen benennen. Nur Zuschauer mit einem ausgeprägten Interesse an Europa dürften Anfang April die 50minütige Debatte im französischen Sender France24 bis zum Ende verfolgt haben. Das in der Brüsseler Bibliothèque Solvay aufgenommene Gespräch, einem Ort an dem sich sonst Lobbyisten auf Empfangen drängen, war die erste von mindestens sieben Fernseh-Debatten, die im Vorfeld der Europawahl Ende Mai stattfinden. Ein direktes Aufeinandertreffen der politischen Konkurrenten ist ein Novum in der EU-Geschichte, in der Europawahlen bisher eine rein nationale Angelegenheit waren. Der im Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon hat die Modalitäten nun verändert. Erstmals soll der nächste EU-Kommissionspräsident „im Lichte“ des Wahlergebnisses bestimmt werden, weshalb die Parteien europäische Spitzenkandidaten aufgestellt haben.

Die Personalisierung des Europawahlkampfes ist der Versuch, die Abstimmung spannender zu machen. Die unterschiedlichen Charaktere sollen den Europäern verdeutlichen, wofür die Parteien stehen. Der zähe Start der Kontrahenten Schulz und Juncker zeigt allerdings, wie weit der Weg zu einem echten europäischen Wahlkampf noch ist. Dabei haben die Parteien eine durchaus illustre Runde zu ihren Topleuten erkoren: Mit dem Luxemburger Juncker und dem früheren belgischen Premier Guy Verhofstadt (61), der für die Liberalen antritt, gehen zwei ehemalige Regierungschefs in Rennen. Martin Schulz bringt seine langjährige Erfahrung aus dem Europaparlament mit, wo er die Fraktion der Sozialisten leitete, ehe er zum Präsidenten aufstieg. Die 32-jährige Europa-Abgeordnete Ska Keller aus Brandenburg präsentiert sich als frisches Gesicht der Grünen an der Seite des französischen Aktivisten José Bové (60). Und die Linke hat Alexis Tsipras (39) als Frontfigur gewählt, der in Griechenland als Parteichef der Syriza sein Talent als Populist unter Beweis gestellt hat. (siehe auch Seiten 4 und 5)

**Ein offenes Geheimnis** Etwas Etikettenschwindel ist bei diesem Wahlkampf freilich im Spiel, kann ein deutscher Wähler weder für Juncker noch für Verhofstadt oder Tsipras

direkt stimmen. Und in Brüssel ist es ein offenes Geheimnis, dass der Wahlsieger wohl nicht Kommissionspräsident wird, auch wenn Juncker und Schulz dies beschwören. Zwei Tage nachdem die Wahllokale schließen, treffen sich in Brüssel die Staats- und Regierungschef, um ihre Personalentscheidung zu treffen. Weder Juncker noch Schulz dürften das entsprechende Profil haben, um dort auf allgemeine Zustimmung zu stoßen. Unterdessen überlegen die Parteien, wieviel Europa sie dem Wähler zumuten wollen. So plakatiert die CDU in Deutschland groß Kanzlerin Angela Merkel, die nicht nur beliebter ist als Spitzenkandidat Juncker, sondern schlicht bekannter. Die Grünen haben bei ihrer Kandidatenkür, nach US-Vorbild „Primaries“ getauft, gemerkt, wie schwer es ist, Menschen für die EU zu begeistern. Nur 22.000 Europäer gaben online ihre Stimme ab, obwohl das Votum noch nicht einmal die Parteimitgliedschaft voraussetzte.

**Die Personalisierung ist der Versuch, die Abstimmung spannender zu machen.**

Fritz Kuhn, grüner Oberbürgermeister von Stuttgart, nannte die Entscheidung schlicht einen „Witz“. Trotz aller Widrigkeiten mühen sich die europäischen Parteien in Brüssel, einen einheitlichen Wahlkampf für ihre Kandidaten auf die Beine zu stellen. Die konservative Europäische Volkspartei, bisher stärkste Kraft im EU-Parlament, hat Juncker in ihrer Zen-

trale in Brüssel nach US-Vorbild einen „war room“ eingerichtet, in dem Informationen zusammenlaufen und junge Freiwillige soziale Medien mit ihren Botschaften bestücken. Wie US-Präsidentenskandidaten tourt Juncker in einem Bus, der sein Konterfei trägt, durch die Lande. Allerdings hat er schon eingestanden, dass der Marketing-Gag nicht für den gesamten Wahlkampf taugt. Nach Finnland und Lettland ist er kürzlich mit dem Flugzeug gereist. Der Aachener Martin Schulz hat sich mit Matthias Machnig einen erfahrenen Wahlkampfmanager geholt, der 1998 Gerhard Schröder mit seiner „Kampa“ zum Sprung ins Bundeskanzleramt verhalf. Zehn Millionen Euro stehen den Sozialdemokraten für den Europawahlkampf zur Verfügung. Wie Juncker tourt auch Schulz von Land zu Land. Dabei hat Machnig Italien als strategisch besonders wichtig identifiziert, erfreut sich Schulz doch dort großer Bekanntheit, seit der frühere Ministerpräsident Silvio Berlusconi ihn in einer Parlamentsdebatte mit einem Nazi-Vergleich überzog. Aber auch die anderen Parteien schicken ihre Spitzenkandidaten kreuz und quer durch Europa. Der Liberale Verhofstadt sprach in Polen und Österreich, der Linke Tsipras hat in Rom Sirtaki getanzt. Doch häufige Ortswechsel machen noch keine europäische Kampagne. Allein die Sprachen stellen die Bewerber vor eine große Herausforderung, obwohl sie alle mehrere Idiome beherrschen. Dass die Fernsehdebatte zwischen Juncker und Schulz so hölzern ausfiel, lag

auch daran, dass keiner von beiden in einer Muttersprache kommunizierte. Juncker fehlte der Wortwitz, den er sonst pflegt. Schulz ließ seinen üblichen Kampfgeist vermissen. Der Grieche Tsipras umschiffte die Schwierigkeit, indem er sich Dolmetschen lässt wie jüngst in Italien. Aber so recht springt der Funke auf Wahlkampfveranstaltungen nicht über, wenn Zuhörer ihre Botschaft immer erst mit Zeitverzögerung erhalten. **Schwere Themenfindung** Noch schwerer tun sich die Kandidaten mit einheitlichen Botschaften in einem Europa, in dem die Befindlichkeiten der Bürger so sehr variieren wie die Arbeitslosenquoten. Juncker will die Menschen mit dem Slogan „Erfahrung, Solidarität, Zukunft“ ansprechen. Schulz wirbt für ein „gerechteres Europa“. Darunter werden sich Wähler etwas anderes vorstellen, je nachdem ob sie in Griechenland oder Deutschland leben. Juncker und Schulz versprechen beide ein Europa, das sich um die wichtigen Dinge kümmert, aber nicht in den Alltag der Menschen hineinregiert. Damit könnten sie schon eher punkten. Aber es stellt sich die Frage, warum sie die Regulierungswut Brüssels bisher nicht gebändigt haben, obwohl sie beide seit Jahren an Schlüsselstellen in der EU tätig sind. Und allein wegen ihres Alters stehen sie nur schwer für einen Neuanfang in Europa. Den kleineren Parteien fällt es oft wesentlich leichter, Themen für sich zu besetzen. So gehen die Grünen mit einem Nein zum geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen

(T-TIP) in den Wahlkampf. Sie argumentieren, dass T-TIP den hohen europäischen Verbraucher- und Umweltschutz aushöhlen und die Rechte von Arbeitnehmern gefährden würde. All diese Punkte sind geeignet, den Wahlkampf zu emotionalisieren – was bei Europawahlkämpfen eher selten der Fall ist. Die Linke sieht sich als Kämpfer gegen die Austeritätspolitik. Tsipras pflegt dieselbe Rhetorik, derer er sich seit zwei Jahren erfolgreich in Griechenland bedient. „Angela Merkel zittert im Angesicht unseres Wahlsiegs“, behauptete er kürzlich in Italien. Tsipras verkürzt und verdreht. Aber seine schematische Darstellung einer Bundesregierung, die anderen Staaten einen unerbittlichen Sparkurs aufzwingt, kommt nicht nur in seiner Heimat an. In Italien haben Intellektuelle eine Liste „Ein anderes Europa mit Tsipras“ gegründet, die in den Meinungsfragen auf den vierten Platz kommt. Während sich Konservative und Sozialdemokraten ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefern, ist jetzt schon absehbar, dass die euroskeptischen Kräfte zu den Wahlgewinnern zählen werden, deren Themen sichtbar ziehen. Wie sehr sich Menschen mit Spitzenkandidaten für Europa begeistern lassen, wird sich am Schluss an der Wahlbeteiligung ablesen lassen. Die ist seit 1979 stetig gesunken und lag in Deutschland 2009 bei 43 Prozent – und damit genau im EU-Durchschnitt. *Silke Wettach*

Die Autorin ist EU-Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

## Künftig mit eigenem europäischen Rechtstatus

**PARTEIENFAMILIEN** Ihre Aufgabe ist die Bildung eines europäischen Bewusstseins. Ein neues Statut soll dabei helfen

Zum achten Mal seit 1979 sind die Bürger der EU-Staaten vom 22. Mai bis 25. Mai zur Direktwahl des Europäischen Parlaments aufgerufen. Erstmals treten Parteienfamilien mit eigenen Spitzenkandidaten an. Der luxemburger Christdemokrat Jean-Claude Juncker und der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz haben dabei nicht nur den Anspruch, sondern auch gewisse Chancen, künftig die Europäische Kommission zu führen. Dafür müssen natürlich die über das Vorschlagsrecht verfügenden 28 Staats- und Regierungschefs mitspielen. Mit der Zuspitzung auf die Alternative „Juncker oder Schulz“ ist nicht nur die Hoffnung verbunden, dass die Wahlen Ende Mai weniger als früher in den Ruch einer innenpolitisch motivierten „Denkzettelwahl“ gelangen. Auch für die europäischen Parteien bietet sich dadurch die Gelegenheit, ihr Profil zu schärfen. Dies gilt nicht nur für die christlich-demokratische Europäische Volkspartei (EVP) und die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE), sondern auch für die anderen, kleineren Parteien.

**13 europäische Parteienfamilien** Insgesamt gibt es 13 europäische Parteienfamilien, die offiziell gemäß den Vorgaben der EU-Verträge als „politische Parteien auf europäischer Ebene“ anerkannt worden sind und im Jahr 2012 insgesamt 31 Millionen Euro aus dem

EU-Haushalt erhalten haben. Darunter sind neben „Dinosauriern“ der Parteienlandschaft wie die 1981 gegründete regionalistische Europäische Freie Allianz (EFA), die Allianz der Liberalen und Demokraten (ALDE), die Europäische Grüne Partei (EGP) oder die Europäische Linke. Hinzu kommen neuere Gründungen wie die euroskeptische Allianz der Europäischen Konservativen (AECR) oder die 2010 entstandene rechtspopulistische Europäische Allianz für Freiheit (EAF). Sie stellt derzeit fünf von 766 Europaabgeordneten, könnte aber, vor allem mit Hilfe der Wähler des französischen Front National im Mai deutlich erstarben – und damit mehr Gelder aus Brüssel bekommen. Die Geschichte der europäischen Parteien reicht weiter als die erste Direktwahl zum Parlament im Jahr 1979 zurück. Die EVP wurde 1976 gegründet. Auch im damals noch indirekt gewählten Parlament gab es durch die Gemeinschaft finanzierte Fraktionen. In einem schleichenden Prozess kam es dazu, dass die europäischen Parteien zunehmend indirekt über die ihnen nahestehenden Fraktionen finanziert wurden. Das änderte sich, als 1992 den Parteien in den EU-Verträgen die Rolle zugesprochen wurde, „ein europäisches Bewusstsein herauszubilden“. Erst mit dem Amsterdamer Vertrag von 1997 wurde auch die rechtliche Möglichkeit zur Finanzierung der Parteien aus dem EU-Haushalt eröffnet.

In der Praxis können Parteien seit 2004 eine Finanzhilfe beantragen. Dieser sogenannte Betriebskostenzuschuss kann sich auf bis zu 85 Prozent der Ausgaben belaufen. Die Mittel dienen zur Finanzierung von Sitzungen und Konferenzen, Veröffentlichungen, Studien und Werbung, aber auch von Verwaltungsaufwendungen, Personal- und Reisekosten. Die Gelder dürfen jedoch nicht zur Finanzierung einzelstaatlicher, sondern nur für europäische Wahlkampagnen genutzt werden. Ausgeschlossen sind Quersubventionen für Mitgliedsparteien.

**Neue Regeln im Statut** Rechtzeitig zum Abschluss der Wahlperiode hat das Parlament kurz vor Ostern eine mit den EU-Regierungen ausgehandelte Neuregelung zum Statut der europäischen Parteien gebilligt. Während diese bisher aus praktischen Gründen meist nach belgischem Vereinsrecht eingetragen waren, können sie künftig einen eigenen europäischen Rechtstatus erhalten. Verschärft und klarer gefasst sind die Auflagen zur Achtung der in Artikel 2 des EU-Vertrags enthaltenen Grundwerte. Über die Anerkennung der Parteien und ihrer Stiftungen wird ein neues, unabhängiges Gremium entscheiden. Entfallen wird die Verpflichtung, künftig jährlich ein Arbeitsprogramm vorzulegen. Die für die entsprechende Änderung der Haushaltsordnung zuständige Europaabge-

ordnete Inge Gräßle zeigte sich zufrieden mit der von 2017 an gültigen Neuregelung. „Die neuen Rechtsgrundlagen werden es den europäischen politischen Parteien ermöglichen, auf wirksame Weise die ihnen in den Verträgen zugewiesene Rolle zu erfüllen: Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins und Ausdruck des Willens der Bürgerinnen und Bürger“, sagt die CDU-Politikerin, die seit 2004 dem Europaparlament angehört. Der SPD-Abgeordnete Jo Leinen glaubt, dass europäische Parteien zu grenzüberschreitenden Diskussionen und damit zur Ausbildung einer europäischen Öffentlichkeit beitragen könnten. Für den Ex-Vorsitzenden des Verfassungsausschusses des Parlaments liegt es in der Logik der Entwicklung, einen Teil der Abgeordneten über transnationale Listen wählen zu lassen. „Das wäre dann wirklich der Durchbruch zu europäischen Wahlkampagnen mit europäischen Persönlichkeiten und Programmen“, sagte Leinen. *Michael Stabenow*

Der Autor ist Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Brüssel.



Anzeige

### Neues Grundgesetz im digitalen Zeitalter?

**Schutzpflichten und Drittwirkung im Internet**

Das Grundgesetz im digitalen Zeitalter Mit einem Geleitwort von Roman Herzog

Von Utz Schliesky, Christian Hoffmann, Anika D. Luch, Sönke E. Schulz und Kim Corinna Borchers

2014, 184 S., brosch., 48,- € ISBN 978-3-8487-1307-3

(DIVSI-Perspektiven, Bd. 1) [www.nomos-shop.de/22579](http://www.nomos-shop.de/22579)

Leseprobe

Der erste Band der Reihe analysiert anlässlich der Ausspähaktivitäten der NSA und des problematischen Umgangs privater Internet-Dienste mit den personenbezogenen Daten der Nutzer, inwiefern eine Fortentwicklung der Grundrechtsfunktionen sinnvoll ist und ob es weitere Reaktionsmöglichkeiten des Staates gibt, um seinem verfassungsrechtlichen Schutzauftrag nachzukommen.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37. Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de) Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

**Nomos**

# Quadratur eines Kreises

**VERTRAG VON LISSABON I** Obwohl nur Ersatz für die gescheiterte Verfassung, hat der spätere »Reformvertrag« die EU positiv beflügelt. Der Offenbarungseid steht nach der Europawahl an, wenn der nächste Kommissionspräsident bestimmt wird

Als die 105 Mitglieder des europäischen Verfassungskonvents am 28. Februar 2002 im Brüsseler Schloss Laeken zusammentrafen, um über ein neues Regelwerk für die EU zu beraten, war das Ziel klar definiert: Ein Gesetzestext von der schlichten Eleganz einer dorischen Säulenordnung, der als Grundlage für den Weiterbau des Hauses Europa dienen würde. Der ehemalige französische Staatschef Valéry Giscard d'Estaing, der als graue Eminenz der Europapolitik dem Konvent vorstand, gab die Parole aus, der Verfassungstext müsse für jeden Schüler verständlich sein. Doch das Produkt der einundhalb Jahre dauernden schöpferischen Arbeit wurde diesem Anspruch alles andere als gerecht, der große Wurf verkam zum kleinsten gemeinsamen Nenner: Ein gut 300 Seiten umfassendes Wortgut mit 35 Zusatzprotokollen, das 2005 bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden mit Bomben und Granaten durchfiel. Fast schien es, als sei der hehre Wunsch nach einem legislativen Befreiungsschlag an der realpolitischen Wirklichkeit zerschellt.

Zu diesem Malheur beigetragen hat der Umstand, dass es nicht ein einziges Europa gibt, sondern gleich drei: ein „Europa der Staaten“, ein „Europa der Ämter“ und ein „Europa der Bürger“, um eine Definition des niederländischen Philosophen Luuk Van Middelaar zu gebrauchen. Die Verfasserung war ein Versuch, dieses Kräftefeld neu zu zeichnen, die komplexen Verhältnisse zwischen nationalen Regierungskanzleien (also dem Rat), Brüsseler Institutionen (der EU-Kommission) und dem europäischen Wähler (dem Europaparlament) zu vereinfachen und zu Gunsten des Letzteren auszutarieren. Dass dieses löbliche Wagnis ausgerechnet am Souverän gescheitert ist, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Doch die EU wäre nicht die EU, hätte sie nicht einen Plan B in der Hinterhand. Dieser trug die prosaische Bezeichnung „Reformvertrag von Lissabon“, wurde am 13. Dezember 2007 in der portugiesischen Hauptstadt unterzeichnet und trat am 1. Dezember 2009 in Kraft. Anders als die EU-Verfassung machte der Lissabon-Vertrag nicht Tabula rasa, sondern war als Ergänzung zu den bestehenden europäischen Pakten konzipiert – unter bewusstem Verzicht auf alle Attribute eines eigenständigen europäischen „Staatslichkeit“, die der Verfassungsentwurf beinhaltete. Inhaltlich standen sich Verfassung und Vertrag allerdings nahe. Der europäische Normalbetrieb seit 2009 basiert folglich zu einem nicht unbedeutlichen Teil auf Ideen des Konvents.

**Erstes Resümee** Vom 22. bis 25. Mai bietet sich die Gelegenheit, ein erstes Resümee über diesen Normalbetrieb zu ziehen, denn die bevorstehende Europawahl ist das erste Votum, das seit der Installation des Betriebssystems von Lissabon abgehalten wird. Zu einem definitiven Schluss zu kommen, ist nicht einfach, denn wie es der Zufall so wollte, fiel das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags mit dem Startschuss für die Eurokrise zusammen – die EU war die letzten Jahre zu sehr mit Schadensbegrenzung bemüht, um sich große Gedanken über vertragliche Feinmechanik zu machen. Nichtsdestotrotz kann man allen Ablenkungen zum Trotz behaupten, dass der Lissabon-Vertrag die Union in jenen drei Bereichen, die den Ecken des Van Middelaar'schen Dreiecks entsprechen, zum Besseren verändert hat.

Bereich Nummer eins ist das Europaparlament, das durch Lissabon eine massive Aufwertung erfahren hat und nun gleichberechtigt mit dem Gremium der EU-Mitglieder über Gesetzesinitiativen befinden darf. Dieser Machtzuwachs versteckt sich hinter dem Fachterminus „ordentliches Gesetzgebungsverfahren“ und bedeutet, dass die Europaabgeordneten einen von der EU-Kommission vorgelegten Rechtsakt (die Brüsseler Behörde hat als Hüterin der Verträge das alleinige Initiativrecht) zurück an den Start schicken können, wenn ihnen sein Inhalt nicht passt. Mittlerweile umfasst der Geltungsbereich unter anderem das Budget der EU, Umwelt und Verkehr, Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie Justiz und Inneres – und wo die Parlamentarier Mitspracherecht haben, machen sie davon immer öfter Gebrauch. Ein Erweckungserlebnis war in dieser Hinsicht das Gerangel um Acta 2012. Das internationale Urheberrechtsabkommen wurde vom Europaparlament wegen Defiziten beim Datenschutz abgeschmettert. Ähnliches geschah vor wenigen Wochen mit dem Telekom-Liberalisierungspaket, das neben der (im Parlament unumstrittenen) Abschaffung der Roaminggebühren im EU-Ausland auch einen Passus enthielt, mit dem sich die Gleichbehandlung von Daten im Internet (die sogenannte Netzneutralität) aushebeln ließe – dieser Aspekt fiel im Plenum durch. Und



Der Lissabon-Vertrag – oben rechts die Feiern am 1. Dezember 2009 am Belém-Turm in Portugals Hauptstadt – verändert das EU-Institutionengefüge. Das Europaparlament bekommt mehr Einfluss – und macht davon Gebrauch, wie beim Votum gegen den Acta-Vertrag 2012 (links). Der Europäische Rat hat nun auch einen Präsidenten – derzeit Herman Van Rompuy.



auch beim Swift-Abkommen mit den Vereinigten Staaten, das den Zugriff der US-Behörden auf europäische Bankdaten regelt, ließen die Abgeordneten ihre Muskeln spielen. Apropos USA: Die US-Konzerne haben als Erste erkannt, dass immer weniger Wege am EU-Parlament vorbeiführen, und haben im Laufe der vergangenen Jahre ihre Lobbyingarbeit in Brüssel intensiviert.

Die zweite Veränderung betrifft die zwischenstaatliche Sphäre. Zum einen wurde im Rat der Europäischen Union – die Formation der Fachminister – das Prinzip der qualifizierten Mehrheit etabliert, dem zufolge es im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren einer doppelten Mehrheit bedarf: 55 Prozent der EU-Mitglieder, die 65 Prozent der EU-Bürger repräsentieren, müssen mit Ja stimmen, damit eine Verordnung oder Richtlinie in Kraft tritt. Hier steht die Probe aus, denn die neue Abstimmungsmodalität wird erst ab 2017 uneingeschränkt zum Einsatz kommen. Und noch eine Neuerung für das Europa der Staaten brachte der Lissabon-Vertrag: Der Europäische Rat, also die Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs der Union, umgangssprachlich „EU-Gipfel“ genannt, wurde vertraglich verankert und mit einem Präsidenten ausgestattet. Denn so erstaunlich es heute klingen mag: In den ursprünglichen Bauplänen der europäischen Vereinigung waren EU-Gipfel nicht vorgesehen. Sie entstanden erst Ende der 1960er Jahre in einer inter-

gouvernementalen Grauzone und haben sich seither zu einem Gremium entwickelt, das in der Europapolitik die strategischen Weichen stellt und in Krisenfällen rasch Entscheidungen trifft, wie zuletzt bei der Krim-Krise. Dieser wichtigen Aufgabe trägt der Lissabon-Vertrag erstmals Rechnung.

**Ashtons Profilierung** Und auch das Europa der Ämter funktioniert seit Lissabon anders: Hier ist die augenscheinlichste Neuerung die Einführung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes samt dem Posten des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik (vulgo „EU-Außenminister“), der seit Dezember 2009 von Catherine Ashton bekleidet wird. Anfangs als Fliegengewicht verspottet, ist es der Britin nach und nach gelungen, sich in ihrer Funktion zu profilieren. 2013 konnte Ashton gleich zwei Erfolge verzeichnen: Unter ihrer Ägide einigten sich im April Serben und Kosovaren über den Status der serbischen Volksgruppe im Nordkosovo – ein historisches Abkommen, für das Belgrad mit dem EU-Beitrittskandidatenstatus belohnt wurde. Und im November fädelt Ashton einen Kompromiss im Atomstreit zwischen dem Iran und der internationalen Gemeinschaft ein. Dem Vernehmen nach agierte die Hohe Vertreterin so geschickt, dass der iranische Außenminister Mohammad Javad Zarif am Ende nur noch mit ihr verhandeln wollte. Wer auch immer Ashton nach dem Ende ihrer Amtszeit im Herbst 2014 nachfolgen wird, wird eine Institution übernehmen, deren Aktionsradius weiter ist als ursprünglich gedacht.

Ist also der Vertrag von Lissabon ein uneingeschränkter Erfolg? Ganz so einfach ist es

nicht, denn gerade in der Außenpolitik wurden der EU die Grenzen des Machbaren zuletzt schmerzhaft vor die Augen geführt: Als der ukrainische Staatschef Viktor Janukowitsch im Februar auf Demonstranten schießen ließ, war es nicht Ashton, die dem Blutvergießen am Kiewer Maidan ein Ende bereitere, sondern die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens. Es zeigt sich also, dass die EU nur dort erfolgreich agieren kann, wo sie als unbeteiligter „ehrlicher Makler“ auftritt. Sobald aber vitale Interessen eines EU-Mitglieds berührt sind, muss Ashton auf den Beifahrersitz wechseln.

**Sondergipfel** Der eigentliche Offenbarungseid steht allerdings für den 27. Mai an: Für diesen Tag, nur 48 Stunden nach der Europawahl, hat der Brüsseler Ratspräsident Herman Van Rompuy einen Sondergipfel angesetzt, bei dem über das Wahlergebnis beraten werden soll. Und dann dürfte es sich zeigen, wie ernst es die Staats- und Regierungschefs mit Lissabon meinen. Denn gemäß dem Vertrag muss der neue Präsident der EU-Kommission vom Rat „im Lichte“ des Wahlergebnisses bestimmt und anschließend vom Europaparlament abgesegnet werden. Jean-Claude Juncker und Martin Schulz, die Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei und der Allianz der Sozialisten und Demokraten, beanspruchen für den Fall des Wahlsiegs den Chefposten für sich. Je eindeutiger dieses Votum ausfällt, desto schwerer wird es dem Rat fallen, dieses zu ignorieren. *Michael Laczynski*

Der Autor ist politischer Korrespondent der Wiener Tageszeitung „Die Presse“ in Brüssel.

In der Außenpolitik wurden der EU die Grenzen des Machbaren zuletzt schmerzlich aufgezeigt.

## Doppelte Mehrheiten, der Rats-Präsident und eine Außenministerin

**VERTRAG VON LISSABON II** In der EU hat sich seit 2009 viel geändert. Weitreichende Reformen sollen der größeren Union mehr Handlungsfähigkeit geben

Mit dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon wurde die EU nach jahrelanger Debatte institutionell reformiert. Er ersetzt die geplante EU-Verfassung, die nach Plebisziten in Frankreich und den Niederlanden gescheitert war und soll die Handlungsfähigkeit der inzwischen auf 28 Mitglieder angewachsenen Union sicherstellen. Zuvor wurde die nach der Wende in Osteuropa erweiterte EU durch die Verträge von Amsterdam (1999) und Nizza (2003) modernisiert. Der Lissabon-Vertrag will die EU demokratischer, transparenter und effizienter machen. Wichtige Neuerungen sind:

Die **Grundrechtecharta** von 2000 ist zwar weiter kein Bestandteil des EU-Vertrags, durch einen Verweis aber dennoch verbindlich. Mit Lissabon bekennt sich die EU zu wesentlichen Grundrechten westlicher Demokratien wie Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit oder Achtung der Menschenrechte. Großbritannien, Polen

und Tschechien sind durch Zusatzprotokolle von den Bindungen der Charta befreit.

Das **Europäische Parlament** bekommt mehr Einfluss, indem es stärker an den Rechtsakten beteiligt wird, auch auf den wichtigen Feldern der Innen- und Rechtspolitik sowie dem EU-Haushalt. Dies war bislang den EU-Regierungen vorbehalten. Allerdings haben die EU-Abgeordneten weiter kein Initiativrecht bei der Gesetzgebung. Dies bleibt der Kommission vorbehalten. Das EU-Parlament wird mit der Wahl 2014 von 785 auf 750 Sitze verkleinert. Deutschland als größtes EU-Land verliert drei Sitze und hat künftig 96 EU-Parlamentsmandate.

Auch die **nationalen Parlamente** erhalten mehr Einfluss. Sie werden früher über die Vorschläge der Europäischen Kommission informiert. Spricht sich mehr als die Hälfte der nationalen Parlamente der EU-Länder gegen einen Rechtsakt der Kommission aus, muss diese ihren Vorschlag überprüfen.

Entscheidungen im Rat der Europäischen Union werden von 2014 an mit **doppelter Mehrheit** getroffen. Jede Entscheidung bedarf

damit der Zustimmung einer 55-prozentigen Mehrheit der EU-Staaten, die zugleich mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren müssen. Dieses neue Verfahren war lange heftig umstritten, vor allem von Polen. Deutschland hat nach dem neuen Vertrag

17,2 Prozent der Stimmrechte, Polen zum Beispiel 8,0 Prozent. Bisher hatte Berlin 8,4 Prozent der EU-Stimmen, Warschau 7,8 Prozent – obwohl Deutschland mehr als doppelt so viele Einwohner hat. Damit ist das bisherige System der Stimmengewichtung im Rat nur nach den Einwohnerzahlen abgeschafft. Allerdings kann jedes Ratsmitglied bis 2017 verlangen, dass die alten Regeln

weiter angewendet werden. Die Zahl der Politikbereiche, in denen die Rats-Mitglieder **Mehrheitsentscheidungen** treffen können und nicht mehr einstimmig entscheiden müssen, wird deutlich ausgeweitet. Dies gilt jetzt für die Mehrheit der Fälle, auch die oft umkämpften Bereiche Inneres und Justiz. In Feldern wie Steuern, soziale Sicherheit, Außenpolitik oder EU-Etat gilt aber weiterhin die Einstimmigkeit im Rat. Im Mi-

nisterrat sind die Sitzungen – wie im Europaparlament – öffentlich, wenn über Rechtsakte beraten oder abgestimmt wird.

Erstmals wird ein **Europäisches Bürgerbegehren** eingeführt. Eine Million Menschen aus verschiedenen Mitgliedsstaaten können künftig die EU-Kommission in Brüssel zwingen, sich mit einem Thema zu befassen und gegebenenfalls einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten.

Es gibt eine **deutlichere Abgrenzung** bei der Verteilung der Zuständigkeiten bei der Gesetzgebung in der Europäischen Union. Es wird nun zwischen „ausschließlicher“, „geteilter“ und „unterstützender“ Gesetzgebungskompetenz der Union unterschieden. Ausschließlich zuständig ist die EU in folgenden Bereichen: Wettbewerb im Binnenmarkt, Zoll, Währungspolitik in der Euro-Zone, Naturschutz in den Meeren und gemeinsame Handelspolitik. Die Europäische Union darf unabhängig über internationale Verträge verhandeln, wenn es um ihre eigenen Zuständigkeiten geht oder die Mitgliedsstaaten sie damit beauftragen. Mit dem Lissabon-Vertrag wird die EU erstmals zur eigenen Rechtspersönlichkeit.

Der schon immer geltende **Subsidiaritätsgrundsatz** wird klarer geregelt: Die EU soll erst dann tätig werden, wenn andere Ebenen



Hohe EU-Vertreterin Catherine Ashton

wie Nationalstaat, Bundesland oder Region dies nicht ebensogut regeln können. Dafür werden Überprüfungsmechanismen eingeführt und die nationalen Parlamente stärker einbezogen. Wenn sie den Europäischen Rat oder das EU-Parlament nicht überzeugen

können, eine europäische Gesetzgebung aufzuhalten, steht ihnen der Weg zum Europäischen Gerichtshof offen.

Der **Europäische Rat** der Staats- und Regierungschefs wird von einem **Präsidenten** geführt, dessen Amtszeit zweieinhalb Jahre beträgt und der einmal wiedergewählt werden darf. Er koordiniert die Arbeit der Mitgliedsstaaten und vertritt die EU nach außen. Erster Präsident des Europäischen Rats wurde der Belgier Herman Van Rompuy. Vorher wechselte der Ratsvorsitz halbjährlich zwischen den europäischen Regierungschefs.

Die EU hat durch Lissabon nun de facto einen **Außenminister**, der **Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik** heißt. Er führt den Vorsitz im Außenministerrat, fungiert als EU-Außenkommissar und ist zugleich Vizepräsident der Kommission. Er verfügt auch über einen eigenen Europäischen Auswärtigen Dienst. Erste „Hohe Vertreterin“ der EU ist die Britin Catherine Ashton. In den übrigen Fachminister-Räten der EU-Staaten gilt weiter das halbjährliche Rotationsprinzip. Mit einer **Austrittsklausel** wird erstmals die Möglichkeit des Austritts eines Staates aus der Union geregelt. Die EU muss dann ein Abkommen mit dem betreffenden Staat aushandeln, das die künftigen Beziehungen mit Brüssel regelt. *Hans Krump*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







Normalerweise ist es die Troika, die bei ihren regelmäßigen Besuchen in den Krisenländern der Euro-Zone die Fragen stellt. Doch jetzt ist es umgekehrt: Rechtzeitig vor der Europawahl ist es das EU-Parlament, das zur Anhörung bittet. In einer groß angelegten Untersuchung unter der Federführung des österreichischen Abgeordneten und Parlamentsvizepräsidenten Othmar Karas (ÖVP) hinterfragt es die Rolle der Troika bei den Hilfsprogrammen für Griechenland, Irland, Zypern und Portugal. Der Elan der Parlamentarier kommt nicht von ungefähr, denn das Europäische Parlament will schlicht und einfach mehr Macht und vor allem mehr Mitsprache bei den milliardenschweren Rettungspaketen haben. Bis heute hat das Europaparlament in allen Fragen der Hilfsprogramme für Krisenländer keinerlei Mitspracherecht. Es kann den einzelnen EU-Staaten bestenfalls Vorschläge unterbreiten.

»Unklares Mandat« Besonders im Fokus steht dabei die Arbeit der im Herbst 2010 geschaffenen Troika, der Vertreter der Europäischen Zentralbank (EZB), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission angehören. Sie sei weder transparent noch demokratisch legitimiert, werfen die EU-Parlamentarier in einem zwischenzeitlich vorliegenden Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Währung der Troika vor. Zudem sei ihr Mandat „unklar“, es mangle der Troika an Transparenz. Das Ziel der EU-Parlamentarier quer durch alle Fraktionen ist dabei eine größere demokratische Legitimation für Entscheidungen über Hilfen und Sparanforderungen an die Empfänger. Im Augenblick sei es, sagt Othmar Karas, so, dass die Troika nur die drei Institutionen repräsentiert, aus denen sie besteht, und die Regierungen der Mitgliedstaaten der Euro-Zone. Das Europaparlament hingegen habe nichts zu sagen, obwohl es sonst zu allen Fragen gehört werde. Doch nur, wenn das Europaparlament bei finanziellen Hilfsprogrammen mitentscheiden könne, sei die demokratische Legitimität der Arbeit der Troika wirklich gegeben.

Aus diesem Grund haben die Parlamentarier eine Liste mit 29 Fragen an eine Reihe von prominenten Empfängern versandt, darunter EZB-Chef Mario Draghi, IWF-Chefin Christine Lagarde, Euro-Gruppenchef Jeroen Dijsselbloem und EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso. Antworten will das Parlament dabei unter anderem auf die Frage haben, wie die Programme gestaltet wurden. Etwa, nach welchen Kriterien die Reformprioritäten gesetzt und die Schuldenfähigkeit prognostiziert wurden. Darunter auch die Frage: „Sind Sie der Meinung, dass alle Konsolidierungsmaßnahmen/Strukturreformen gleichmäßig aufgeteilt wurden unter den Bürgern und zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor?“ Aber auch, welchen Spielraum die Länder bei der Umsetzung der Maßnahmen hatten. Gefragt wird zudem nach dem Zusammenspiel der Institutionen. Etwa, in welchem Umfang die Euro-Gruppe an der Ausgestaltung der Programme beteiligt war und wie der Entscheidungsprozess abgelaufen ist. Wer übernimmt die endgültige Entscheidung über konkrete Maßnahmen, die von den Mitgliedsstaaten getroffen werden? Wie schlägt die Troika konkrete Maßnahmen vor? Was die demokratische Legitimierung angeht, will das Parlament wissen, wie oft die Vertreter der Troika vor den nationalen Parlamenten gehört wurden.

Ähnliche Fragen, allerdings in der Summe nur neun, gehen im Rahmen der Untersuchung auch an die betroffenen Mitgliedsstaaten: Was war die Rolle der nationalen Parlamente bei der Verhandlung? Wie hat die Regierung dem Parlament den Text präsentiert? Wie hat das Parlament die endgültige Vereinbarung verabschiedet? Haben die Sozialpartner sich an der Diskussion über die Absichtserklärung beteiligt? Besonders

# Rettungsschirm soll Troika ersetzen

**EURO-ZONE** EU-Parlament will mehr Mitsprache bei Hilfen für Krisenländer



Die Vertreter der Troika – das Bild unten zeigt einen Besuch 2013 in Lissabon – erfahren bei ihren Reisen in die krisengeschüttelten Euro-Länder oft viel Kritik. In Zyperns Hauptstadt Nikosia protestierten im vergangenen Jahr Bürger mit einem Plakat „Troika druckt Euros und kauft Nationen“.

stört die EU-Parlamentarier dabei, dass die Rettungsaktionen über den Rettungsschirm ESF und die Arbeit der Troika bislang nur durch zwischenstaatliche Verträge legitimiert sind. „Die Troika ist eine Notkonstruktion, die nicht auf dem Boden des Gemeinschaftsrechts steht“, sagt Parlamentsvize Karas. Besonders verbittert viele EU-Abgeordnete, dass die Programme für Griechenland und Portugal „eine Reihe detaillierter Sparvorschriften“ beinhaltet, die „nicht an die EU-Grundrechtscharta ge-

bunden“ seien – ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Autoren sogar Grundrechte in Gefahr sehen, besonders bei den Kürzungen im Gesundheits- und Sozialsystem der betroffenen Länder. „Ich bin zum Schluss gekommen, dass die Troika zerlegt werden muss“, meint deshalb auch ganz klar der Berichterstatter im Wirtschaftsausschuss des EU-Parlaments, der Sozialist Hoang-Ngoc. Er hofft, dass die Untersuchung helfen wird, denjenigen Antworten zu geben, deren Leben von den Entscheidungen der

Troika beeinflusst wurden. „Fast vier Jahre sind vergangen, seit die Troika in Griechenland ihre Arbeit aufnahm. Es ist Zeit, auf transparente und demokratische Weise zu bewerten, ob das die beste Lösung war“.

Doch mehr Mitsprache des EU-Parlaments – zur Zeit haben hier die Empfängerländer von Hilfgeldern eine klare Mehrheit – bedeutet auch gleichzeitig weniger Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente vor allem in den Geberländern. Ihr Einfluss, al-

len voran Deutschlands, würde deutlich beschnitten. Dabei findet eine Kontrolle der Hilfsprogramme durch Abgeordnete auch heute schon statt – allerdings nur auf nationalstaatlicher Ebene in den einzelnen Mitgliedsstaaten, die die Milliarden für die Hilfsprogramme aufbringen müssen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) braucht so für jede Entscheidung über Hilfsmaßnahmen einen vorherigen Beschluss des Deutschen Bundestages, der die Budgethoheit hat.

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) sieht deshalb auch bei der Euro-Rettung „kein demokratisches Defizit“. Er argumentierte im Januar auf einer Konferenz in Brüssel, dass die Eurorettung im EU-Vertragwerk bisher nicht vorgesehen gewesen sei, deshalb hätten sich die Euro-Staaten auf ein neues Verfahren geeinigt. Und das wurde von den nationalen Parlamenten gebilligt – inklusive der Beteiligung des IWF. Auch in den Krisenstaaten hätten die Abgeordneten den Sparplänen und Auflagen in jedem einzelnen Fall zugestimmt. Zudem treffe die Troika selbst keinerlei Entscheidungen, sondern unterbreite lediglich Empfehlungen, die von zweifellos demokratisch legitimierten Regierungen und Parlamenten beschlossen werden. Man dürfe deshalb, sagt Lammert, die Fragen von Wirkung und Akzeptanz der Hilfsprogramme, die die Programmländer auch zu unpopulären Maßnahmen zwingen, nicht mit deren demokratischer Legitimation verwechseln.

„Den Eindruck zu erwecken, die Troika sei an der wirtschaftlichen Lage oder der Arbeitslosigkeit schuld, ist deshalb auch irrsinnig und verantwortungslos“, meint Herbert Reul, Chef der Unionsabgeordneten im Parlament. An seiner Seite weiß er dabei die Fraktionskollegen aus den Niederlanden, aus Osteuropa, dem Baltikum und Skandinavien – die Koalition der Stabilität.

Othmar Karas hält dem entgegen: „Es reicht nicht aus, zu sagen, nationale Parlamente sind demokratisch legitimiert und wir brauchen deshalb das Europaparlament nicht. Das würde bedeuten, dass wir die Uhren in Europa um Jahrzehnte zurückstellen.“ Die Einbindung der Bevölkerung und die öffentliche Akzeptanz der Maßnahmen wäre zudem bei einer Kontrolle durch das EU-Parlament sehr viel größer, meint der EU-Parlamentsvizepräsident nicht ganz uneigennützig. Sein Kollege Sven Giegold von den Grünen in Brüssel ergänzt: „Der ESF wird durch 18 nationale Parlamente kontrolliert. Das führt zu Ineffizienzen. Wenn Sie einen europäischen Fonds so kontrollieren lassen, kommen Entscheidungen nicht in der notwendigen Geschwindigkeit. Aus meiner Sicht müssen deshalb die Hilfsprogramme unter die Kontrolle des Europäischen Parlaments, zumal der Ministerrat die akute Finanzierung der Krisenbewältigung mehrheitlich der EZB überlassen hat. Der Haken dabei: Die EZB ist noch weniger demokratisch legitimiert.“

**Nachfolgemodell** Wie also soll es weitergehen? In jedem Fall müsse über ein Nachfolgemodell der Troika nachgedacht werden, betont Othmar Karas. Denkbar sei, dass der Euro-Rettungsfonds ESF in Zukunft die Troika ersetzen könnte. Dazu müsste der ESF von einer zwischenstaatlichen Organisation zu einer EU-Einrichtung und zu einem „Europäischen Währungsfonds auf dem Boden des EU-Gemeinschaftsrechts“ umfunktioniert werden. Darüber entschieden wird aber erst nach der Wahl. So wie über die Frage, ob sich auch die Zusammensetzung der bisherigen Troika ändern sollte. Denn auch hier beansprucht Europa mehr Mitsprache – vor allem gegenüber der EZB. Im Berichtsentwurf kritisieren die Parlamentarier, die Rolle der EZB innerhalb der Troika sei „nicht ausreichend definiert“. Weil sich ihr Mandat auf Geld- und Kreditpolitik beschränkt, erfolge ihre Beteiligung an haushalts- oder fiskalpolitischen Fragen auf „unsicherer rechtlicher Grundlage“. Auf Nachfrage des Parlaments konnte die EZB zudem nicht eindeutig erklären, wie es überhaupt zur Beteiligung an der Troika kam.

Vom IWF will sich Europa freischwimmen. Mittlerweile sei die Beteiligung des IWF an den Hilfen in den EU-Krisenländern von mehr als 30 auf zehn Prozent geschrumpft. „Wenn aber das meiste Geld aus Europa kommt, muss auch Europa das Sagen haben“, betont Karas. Und Europa, das ist für den österreichischen Delegierten vor allem eins: sein Parlament. *Christoph Birnbauer* ■

Der Autor ist freier Journalist und Autor in Bonn.

## Gläubiger und Aktionäre sollen bluten

**BANKENUNION** Kreditinstitute müssen gemeinsamen Abwicklungsfonds mit einer Einlage von 55 Milliarden Euro aufbauen. Dafür haben die Geldhäuser acht Jahre Zeit

Die Zahl ist gigantisch: Seit der Bankenkrise 2007 mussten marode Banken in der Eurozone mit mehr als 1,6 Billionen Euro gestützt werden, um einem vollkommenen Zusammenbruch unseres Finanzsystems zu verhindern. Mit der Bankenunion, die das Europaparlament noch vor der Europawahl verabschiedet will, soll in Zukunft verhindert werden, dass der Steuerzahler weiter dafür in Haftung genommen wird. Stattdessen soll die Finanzbranche nun selbst ausreichend Vorsorge leisten und gegebenenfalls abgewickelt werden dürfen. Doch auch bei der Bankenunion herrschte hinter den Kulissen alles andere als Einigkeit bei allen Beteiligten.

Daran können auch die vielen großen Lobspäche nichts ändern. „Die Europäische Bankenunion ist das größte europäische Projekt seit Einführung des Euro“, erklärte

etwa Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nach den Verhandlungen. „Dass wir innerhalb von einem Jahr in den zentralen Punkten zu einem Ergebnis gekommen sind, ist ein großer Fortschritt für Europa“, freute er sich. Und auch EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso war am Ende zufrieden. „Die politische Vereinbarung zur Bankenunion wird das Vertrauen und die Stabilität in den Finanzmärkten stärken und die Kreditvergabe an die Realwirtschaft wiederherstellen. Wir haben versprochen, dies vor den Europawahlen zu tun. Ich bin sehr erfreut, dass wir dieses Versprechen erfüllt haben.“

Da lagen zum Schluss nächtelange Verhandlungen hinter allen Beteiligten. In ihnen wurde beschlossen, dass der Steuerzahler künftig bei Bankenpleiten weniger zur Kasse gebeten werden soll. Stattdessen sollen Aktionäre, Gläubiger und große Sparer mehr bluten. Dazu wurden die Modalitäten einer gemeinsamen Aufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank geklärt, mit der die Finanzbranche besser vor Krisen geschützt werden soll. Als weiteres Element soll ein gemeinsamer Abwick-



Die Europäische Zentralbank soll große Banken in Europa überwachen.

lungsfonds mit einer Einlage von 55 Milliarden Euro nun bereits in acht, statt wie lange geplant, in zehn Jahren von den Banken aufgebaut werden. Das gilt sowohl für die Einzahlung als auch für die Vergemein-

schaftung der Gelder, denn zuerst zahlen die Banken ihre Abgaben noch in nationale „Kammern“ des Fonds ein. Wie genau die Gebühren von den Geldhäusern dabei ausgestaltet werden, muss jedoch noch von der

EU-Kommission und den EU-Finanzministern ausgehandelt werden.

Streit hatte es lange Zeit auch darüber gegeben, wer am Ende die Entscheidung treffen soll, dass eine Bank die Pforten schließen muss. Dem nun gefundenen Kompromiss zufolge soll ein solcher Prozess in erster Linie von der EZB-Aufsicht angestoßen werden. Anschließend befasst sich das Steuerungsgremium des Fonds, das sogenannte Board, mit dem Fall. Die EU-Kommission kann das Votum des Boards billigen oder zurückweisen.

**Kompromiss** Doch was nach außen hin als vorbildliche Einigung daher kommt, könnte sich auch nach Zustimmung durch das Europäische Parlament Mitte April schon bald als typisch europäische Kompromisslösung herausstellen, die nur bedingt tauglich ist, um die unheilige Allianz zwischen Bankensektor und Nationalstaaten aufzubrechen. Denn das größte Hindernis für eine funktionierende Bankenunion ist auch weiterhin die Politik, da nicht die EU-Kommission oder die EZB das letzte Wort bei der Abwicklung maroder Geldinstitute haben,

sondern weiterhin die einzelnen Nationalstaaten. Die Regierungen der Krisenländern hoffen dabei auf schnelle Hilfe aus dem Abwicklungsfonds, die Geberländer sorgen sich davor, allzu schnell in Haftung etwa für marode spanische Banken genommen zu werden. Kritiker bemängeln auch, dass der Abwicklungsfonds viel zu klein geraten sei. 55 Milliarden Euro könnten ausreichen, um eine einzelne Bank oder ein paar kleinere Institute zu retten. Im Falle einer wirklichen Krise dürfte der Topf allerdings schnell aufgebraucht sein. Deshalb soll er auch kapitalmarktfähig werden, das heißt, er kann sich gegebenenfalls verschulden. Vielleicht bekommt er auch noch eine eigene Banklizenz und damit die Eintrittskarte, um sich bei der EZB frisches Geld zu besorgen. Dann könnte der Abwicklungsfonds Anleihen ausgeben, um Geld am Kapitalmarkt aufzunehmen. Ein neuer Schuldenkreislauf entstünde. Ob also die Bankenunion wirklich der größte Erfolg Europas seit Einführung des Euro ist, kann erst die nächste Bankenkrise zeigen. Teuer, wenn nicht für den Steuerzahler, dann für den Bankkunden, wird die neue Union in jedem Fall. *cb* ■



# Visionen für ein einiges Europa

**AUSBLICK** Die Europapolitiker stehen vor großen Aufgaben in Wirtschaftsfragen sowie der Innen- und Außenpolitik



Die Energiepolitik bleibt ein wichtiges Dauerthema in der Europäischen Union.

**WIRTSCHAFT UND ENERGIE** Als die EU-Kommission im Februar 2010 antrat, hatten Präsident José Manuel Barroso und seine 26 Kommissare kaum damit gerechnet, dass sich die Eurokrise zu einem derart dominanten Thema entwickeln würde. Das Beispiel zeigt: Der Ablauf einer Amtszeit im Brüsseler Berlaymont ist schwer vorherzusagen. Einige Themen, die in den nächsten fünf Jahren eine wichtige Rolle in Brüssel spielen werden, lassen sich allerdings schon voraussagen.

**Euro-Zone** Auch wenn in der Eurokrise das Schlimmste überwunden scheint, wird sich die nächste Kommission weiter damit beschäftigen müssen. Griechenland hat im vergangenen Jahr erstmals einen Haushaltsüberschuss (vor Zinszahlung) erzielt, aber es ist nicht abzusehen, wie das Land wieder auf eigene Beine kommt. Tourismus und Landwirtschaft reichen nicht für mittelfristiges Wachstum aus. Bei Zypern stehen die Chancen besser. Portugal könnte sogar den Ausstieg aus dem Hilfsprogramm schaffen, ehe die neue Kommission antritt.

Im nächsten Jahr muss sich erweisen, wie gut die Bankenunion funktioniert, ein Megaprojekt, mit dem die Barroso-Kommission auf die Verwerfungen im Finanzsektor reagiert hat. In diesem Herbst finden die Bilanzprüfung und der Stress-Test statt, ehe die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt die Aufsicht über die rund 130 größten Banken Europas übernimmt. Damit soll gewährleistet werden, dass Banken einer einheitlich strengen Kontrolle unterliegen und Schief lagen rechtzeitig erkannt werden. Eine Bankenkrise, die den Staat in Mittelschuldenshaft zieht wie in Spanien, soll sich nicht wiederholen.

Grundsätzlich wird sich auch die Frage stellen, inwieweit die Euro-Zone politisch näher zusammen rücken muss. Bisher besteht eine Asymmetrie: Die Geldpolitik ist gemeinschaftlich, in der Wirtschaftspolitik verfügen die Einzelstaaten noch über große Freiheit. Eine neue Architektur der Euro-Zone steht auf der Agenda. Bisherige Vorstöße waren wenig überzeugend. So stieß die von Barroso und EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy im Herbst 2012 vorgelegte Blaupause in Berlin auf wenig Gegenliebe. Vor allem zu viel Umverteilung von Geldmitteln in Form eines neuen Krisenfonds kam nicht gut an. Umgekehrt fand Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wenig Unterstützung für Reformverträge, mit denen sich Länder zum Umbau ihrer Wirtschaften verpflichten müssten. Nach der Europawahl wird sicher wieder eine Debatte in Gang kommen, ob die EU-Verträge zu ändern sind. In Berlin plädiert Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) für bessere Institutionen in der Euro-Zone. „Die Einrichtung eines Euro-Zonenparlaments ist für uns genauso denkbar wie ein hauptamtlicher Eurogruppenchef“, sagt Schäuble.

**Wachstum** Das Thema Wachstum wird ebenfalls auf der Agenda stehen. Die EU-

Kommission schätzt, dass die Wirtschaftsleistung der 28 Mitgliedsländer in den Jahren 2014 bis 2020 nur um 1,6 Prozent wachsen wird, verglichen mit 2,3 Prozent in den Vorkrisenjahren zwischen 2001 und 2007. Die EU-Wachstumsstrategie 2020 zeigt bisher genauso wenig Wirkung wie das Vorgängerprogramm, die Lissabon-Strategie. Die aktuelle Kommission sprach gerne von Industriepolitik, kann auf diesem Gebiet jedoch wenig vorweisen.

**Versorgungssicherheit** Der Nachfolger von Energiekommissar Günther Oettinger wird sich dem Energiebinnenmarkt widmen müssen. Eigentlich sollte ein einheitlicher Markt für Gas und Strom bis Ende 2014 existieren. Experten sind sich einig, dass dieses Ziel nicht erreicht wird, weil die Staaten beim Thema Energie verstärkt national agieren. Die Krim-Krise, die das Thema Versorgungssicherheit wieder weit oben auf die Tagesordnung gedrängt hat, könnte dies jedoch ändern. Bessere Verbindungen innerhalb der EU würden helfen, die Abhängigkeit von Russland zu mindern. Die Suche nach alternativen Energielieferanten wird intensiver werden.

Bei der Förderung erneuerbarer Energien hat die EU-Kommission mit ihren Leitlinien Anfang April die Richtung vorgegeben. Mittelfristig wäre allerdings ein deutlich stärker abgestimmtes Vorgehen der Mitgliedsstaaten wünschenswert. Oettinger träumt von einem europäischen EEG, also einheitlichen Regeln für die Förderung erneuerbarer Energien. In den Mitgliedsstaaten hält sich die Begeisterung für ein solches Vorgehen allerdings in Grenzen.

Die kommende Kommission wird auch dafür sorgen müssen, dass die Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Position für die Klimapolitik im Zeitraum von 2020 bis 2030 finden. Oettinger und Klimakommissarin Connie Hedegaard haben einen Vorschlag dazu vorgelegt, doch von einem Konsens sind die Mitgliedsstaaten weit entfernt. Beim jüngsten EU-Gipfel beschäftigten sich die Staats- und Regierungschefs nur am Rande damit, weil die Diskussionen über Sanktionen gegen Russland großen Raum einnahmen.

Der Nachfolger von EU-Handelskommissar Karel De Gucht wird die Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen (T-TIP) mit den USA fortführen müssen. De Gucht hatte 2015 als Zieldatum genannt, doch die Bundesregierung rechnet bis dahin nicht mit einem Abschluss. Die Zivilgesellschaft auf beiden Seiten des Atlantik steht dem Vorhaben skeptisch gegenüber und behauptet, dass T-TIP den Verbraucherschutz beeinträchtigen würde. Auch wenn es dafür keine konkreten Hinweise gibt, haben die Freihandelskritiker die Stimmung zu ihren Gunsten beeinflusst. Einfach wird die Amtsführung für die nächste Kommission nicht. *Silke Wettach*

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel. ■

**INNERES UND JUSTIZ** Umsetzen lautet das Schlüsselwort für die europäische Innen- und Justizpolitik der nächsten Jahre. Diese Linie zeichnet sich schon vor der Europawahl Ende Mai ab. So meint etwa der Europaabgeordnete Manfred Weber (CSU), es mache keinen Sinn, „Recht zu setzen und dieses Recht dann im Vollzug nicht ernst zu nehmen“. Auch die Innenminister der 28 Mitgliedsländer fordern, Europa müsse sich jetzt erst einmal auf die Umsetzung des Beschlusses konzentrieren. Bei einem Treffen Anfang des Jahres stimmten die Minister dem Vernehmen nach weitgehend darin überein, dass neue Gesetze nur ausnahmsweise auf die Tagesordnung kommen sollen. Unter Brüsseler Diplomaten gibt es dafür auch schon eine Formel: less legislation, more consolidation. Wohin die Reise genau geht, darüber werden die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel im Juni entscheiden. Dort wollen sie eine Nachfolge für das 2009 beschlossene und im Herbst auslaufende „Stockholm-Programm“ beschließen. Die Erfahrungen mit dem Programm, das die Arbeit an der Innen- und Justizpolitik über fünf Jahre strukturiert hatte, sind aus Sicht der Mitgliedsländer so ermutigend, dass sie ein „Post-Stockholm-Programm“ (PSP) ins Auge gefasst haben. Darin geht es darum, die Freizügigkeit zu sichern und gegen Missbrauch zu schützen sowie um die bessere Sicherung der Außengrenzen, um eine effektivere polizeiliche Zusammenarbeit, aber auch um eine Annäherung beim Strafrecht, Zivilrecht und Verbraucherschutz.

**Asylbewerber** Das Wesentliche wird aber das Asylrecht sein. Die Standards des neuen Asylrechts und die Wirklichkeit klaffen oft weit auseinander. Besondere Sorgen macht die Unterbringung der Asylsuchenden. Einige EU-Länder haben die Abschiebung von Asylbewerbern etwa nach Griechenland gestoppt, wo diese zum ersten Mal EU-Boden betreten hatten und eigentlich ihren Antrag stellen müssten. Der Grund: menschenwürdige Unterkünfte und zweifelhafte Asylverfahren. Genau besehen gibt es in fast allen EU-Ländern Probleme, etwa mit überlangen Verfahren, der Versorgung und den Rechten der Bewerber oder mit Abschiebungen. Das neue Europaparlament wird sich mit der Kommission sehr intensiv der Aufsicht über die Realisierung des europäischen Asylrechts und der Reform des grenzenlosen Schengen-Raumes widmen müssen. Bis die Standards für eine humane Aufnahme der Flüchtlinge sowie eine effektive und zeitlich zumutbare Bearbeitung ihrer Asylanträge überall gleich sind, werden vermutlich noch einige Jahre ins Land gehen. Wirtschaftlich schwache Staaten wie Griechenland werden das auch nur mit finanzieller Hilfe ihrer EU-Partner schaffen.

**Datenschutz** Ein weiteres großes Thema wird die Europäische Union auf jeden Fall beschäftigen: Wie können die Folgen der ra-

santen Entwicklung der Informationstechnologie für den Datenschutz, die innere Sicherheit sowie für den Schutz der Verbraucher und der Wirtschaft auf europäischer Ebene bewältigt werden? Der Europaabgeordnete Jan Philipp Albrecht (Grüne) steht mit seiner Forderung an die EU nicht allein da, sich auf „möglichst einheitliche Grundrechts- und Verfahrensstandards zu einigen“. Die Chance für einen durchschlagenden gemeinsamen europäischen Datenschutz wird in EU-Kreisen allerdings eher skeptisch bewertet. Immerhin sind einige der Mitgliedsländer indirekt und mindestens eines – Großbritannien – sogar direkt an den Datenabschöpfaktionen der US-Geheimdienste (NSA-Affäre) beteiligt und dürften auch in Zukunft auf möglichst viele Daten zugreifen wollen.

Im Prinzip sind zwar alle Mitgliedstaaten für eine Anpassung des europäischen Datenschutzrechts an die durch Cloud Computing, Social Networks und Fortentwicklungen des Internets veränderten Bedingungen. Aber die bereits vorliegende neue Datenschutzrichtlinie der EU stößt bei den Innenministern auf Bedenken. Sie mahnen, über den Datenschutz die Gefahrenabwehr nicht zu vergessen. Im Europaparlament hat das Thema bereits eine erhebliche Dynamik entwickelt. Im März zeichneten die Abgeordneten die Dimensionen des Problems auf und legten damit zugleich den Rahmen fest, in dem sich die Debatte bewegen wird: Die massenhafte Überwachung durch Geheimdienste stelle eine „schwerwiegende Herausforderung an die europäischen Grundsätze von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten“ dar.

**Einwanderung** Eine weitere Großdebatte steht der EU mit dem Thema Einwanderung ins Haus. Die EU-Kommission plädiert in ihrem Anfang März beschlossenen PSP-Papier für eine gezielte europäische Einwanderungspolitik. Europa müsse „Menschen mit den richtigen beruflichen Fähigkeiten anziehen“. Auch die auf europäische Innenpolitik spezialisierte Abgeordnete Birgit Sippel (SPD) fordert, dass sich die Politik der Zuwanderung nicht mehr allein auf die Bewältigung und Abwehr der unerwünschten Migration aus Afrika und dem vorderen Orient konzentrieren dürfe. Vielmehr müsse ein positives Konzept entwickelt werden. Das überalternde Europa habe „schließlich einen tatsächlichen Bedarf an Zuwanderung“, sagt Sippel. Entwickelt sich Europa also zu einem Einwanderungskontinent? Die Mitgliedstaaten scheinen da sehr zurückhaltend. In Brüssel wiesen die Innenminister vorsichtshalber schon einmal auf die nationale Zuständigkeit für die Arbeitsmärkte und auf die jeweiligen sicherheitspolitischen Interessen hin. Zuwanderung ist in vielen EU-Ländern ein schwieriges Thema. In Brüssel wird es darum wohl nur vorichtig angegangen werden. *Martin Winter*

Der Autor ist freier Journalist in Brüssel. ■

## Auf EU-Ebene hat die Debatte über Datenschutz erhebliche Dynamik entwickelt.



Europa muss Antworten finden auf drängende Fragen zum Datenschutz.



Die EU ist umgeben von Konfliktzonen und braucht eine Sicherheitsstrategie.

**AUBENPOLITIK UND SICHERHEIT** Wie eng holen wir die Türkei an die EU heran, wie behaupten wir uns mit Europas Klimaschutzziele? Stabilisieren wir eher die Krisenschaubühnen im Osten Europas oder die im Mittelmeerraum? Finden wir zu einer EU-Flüchtlingspolitik und wie kontern wir vor dem notorischen Menschenrechtsverletzer? Neben laufenden Arbeiten an Assoziierungs- und Handelsabkommen sind das große außen- und sicherheitspolitische Fragen, zu denen die EU in den nächsten Jahren eine Position erarbeiten könnte. Was der Europäische Auswärtige Dienst aber für den Junigipfel 2015 auf die Prioritätenliste setzen wird, und ob die Mitgliedstaaten Beschlüsse folgen lassen, hängt von deren politischen Willen ab.

Streit ist dabei programmiert. Denn Interessen gibt es mindestens so viele wie EU-Länder, und jedes hat sein Vetorecht. „Schon der angestoßene Dialog, um eine gemeinsame Strategie zu entwerfen, ist ein wichtiger Anfang. Er bedeutet nichts weniger, als sich mit der Zukunft Europas auseinanderzusetzen“, sagt Jan Techau, Direktor des Europa-Zentrums der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Bisher tendierte aber jede Regierung dazu, ihre eigene Politik zu verfolgen. Das zeigte zuletzt der Dezembergipfel. Die vom Parlament geforderten Entscheidungen zur Außen- und Sicherheitspolitik der EU blieben aus. „Was die Staats- und Regierungschefs als Ergebnis abliefern, war nicht weltbewegend“, findet Christian Mölling von der Stiftung Wissenschaft und Politik: „Mehr Gemeinschaft in der Verteidigungspolitik war nicht das Thema.“

**Viele Konflikte** Gleich vor Europas Haustür jedoch hat nun Russland mit der Annexion der Krim gegen Völkerrecht verstossen. „Das sollte die Mitgliedstaaten aufgerüttelt haben. Es zeigt, dass eine schwere Bedrohung unseres Friedens möglich ist und bedarf einer entsprechenden Antwort“, erklärt Steven Blockmans vom Brüsseler Zentrum für Europäische Studien. „Die Krise der Ukraine ist die erste echte Bewährungsprobe der EU-Außenpolitik“, stellt auch Techau fest. Sollten ihre Bemühungen am Ende doch scheitern, habe die EU immerhin eines gezeigt: Es ist nicht unmöglich, eine Strategie einhellig mit 28 Ländern zu verfolgen. Dass die EU im Block mehr politisches Gewicht hat als einzelne Staaten, beweisen die Atomgespräche mit dem Iran. Seit Jahren rufen Europaparlament und Think Tanks nach einer gemeinsamen Strategie für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik. „Doch die Wähler üben deswegen noch keinen Druck auf ihre Regierungen aus“, betont Techau. Obwohl blockierte Seewege – etwa für deutsche Im- und Exporte – fatale wirtschaftliche Folgen hätten, samt steigender Arbeitslosenzahlen in Deutschland. Laut Techau sind die Europäer derzeit „wirtschaftlich abhängig von einer Stabilität in fernen Weltgegenden, die sie selbst nicht garantieren können. Sie verlassen sich darauf,

dass die USA das für sie erledigen.“ Experten sehen aber Indizien für eine strategische Umorientierung der Amerikaner nach Asien. Dann wäre es an Europa, sich selbst um seine sicherheitspolitisch wackeligen Nachbarn zu kümmern. Trotz zehn Jahren Nachbarschaftspolitik ist die EU umgeben von einem Halbkreis aus Krisenherden: die Ukraine, der Kosovo, Syrien, Ägypten, der Libanon, Libyen und dahinter die Sahelzone. Es wird Zeit für eine Antwort darauf: „Das sehen die Amerikaner als Aufgabe Europas“, meint Techau: „Außenpolitik bedeutet, woanders für Frieden zu sorgen, nicht bloß Entwicklungsgelder nach Afrika zu senden.“

**Militär koordinieren** Doch bei der Außen- und Sicherheitspolitik ist es ähnlich wie bei Finanzen und Steuern: Kein Land lässt sich dabei gerne hineinreden. Es gehört zum Kernbereich dessen, was staatliche Souveränität ausmacht. So sprachen sich die Verteidigungsministerien bislang nicht europaweit ab, was sie abschaffen, um zu sparen. Kooperationssteams bilden nur Franzosen und Briten, Belgien mit den Niederländern sowie die Skandinavier unter sich. Laut einer Studie des Europaparlaments verursacht die unkoordinierte Verteidigungspolitik unnötige Doppelungen. Die EU-Länder gaben

2012 laut Europäischer Verteidigungsagentur insgesamt 190 Milliarden Euro für Verteidigung aus, mehr als die Hälfte davon für Personal. Der Studie zufolge könnten davon bis zu 130 Milliarden Euro jährlich gespart werden.

Geld, das an anderer Stelle Lücken in der Ausrüstung füllen könnte, die sich bei Einsätzen wie in Libyen oder Mali offenbaren: Dort mussten die Amerikaner mit Technik auskommen. So können britische Flugzeuge nicht von französischen Flugzeugträgern starten, und französische Flugzeuge können nicht an deutschen Luftbetankungssystemen andocken. Drohnen leiste Europa von den USA und Israel. Immerhin haben die Staats- und Regierungschefs die Absicht erklärt, mögliche Kooperationen und gemeinsame Standards prüfen zu lassen. Brüssel will Europas Rüstungsindustrie stärken sowie Forschung und Entwicklung von militärisch und zivil einsetzbarer Technik vorantreiben. US-Präsident Barack Obama forderte erst wieder bei seinem Brüssel-Besuch, die Europäer sollten sich bei der Rüstung mehr auf eigene Beine stellen. „Eine Teilantwort, wie sich Europa künftig sicherheits- und militärpolitisch aufstellen will, wird der Nato-Gipfel im Herbst geben“, sagt Mölling: „Der nächste Teil kommt dann beim EU-Gipfel im Juni 2015.“ *Patricia Dudeck*

Die Autorin ist freie Journalistin in Brüssel. ■

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# Vollwertige Volksvertreter

**PARLAMENT I** Die Kompetenzen der Abgeordneten sind gewachsen. Von der Bedeutung ihrer Arbeit sind die meisten überzeugt

Eine lange robuste Holztafel steht mitten im Raum, bunte Stühle, kleine Tische an den Wänden, das Personal trägt Rasta, hinter der Bar stehen Pastis, Aperol, Sherry. Es ist Montagabend, Sven Giegold, Europaabgeordneter der Grünen, hat die „Epicerie“ im Zentrum von Straßburg als Treffpunkt vorgeschlagen. „Ein Geheimtipp. Hier war ich früher schon mit meiner Frau, da waren wir allein unter Franzosen und unerkannt“, erzählt er. Noch heute sei das in einer Seitenstraße versteckte gelegene Lokal eine Oase, in die er zwischen Parlamentsitzungen gehe, um abzuschalten. Ein paar Schritte weiter nur herrscht eine andere Welt. Ein modernes Restaurant, ein kurzes Hineinhören in die Geräusche an den Tischen. Die Gäste sprechen mit verschiedenen Akzenten Englisch, so hören sich diese Einheimischen an und auch keine Touristen. Sondern Politiker. Es ist Sitzungswoche des Europäischen Parlaments (EP): Ausnahmezustand in Straßburg.

**Der Präsident der nächsten EU-Kommission braucht eine Mehrheit der Abgeordneten.**

Zwölf Mal im Jahr müssen die europäischen Volksvertreter in der schönen französischen Stadt tagen, das schreiben die EU-Verträge vor. (siehe Beitrag unten) Straßburg hat sich darauf eingerichtet, zeitweise Parlamentsstadt zu sein. In der Sitzungswoche sind alle Restaurants geöffnet und die Hotelzimmer dreimal so teuer wie sonst. Montag ist Anreisetag, am Abend tagen die ersten Arbeitsgruppen. Die Woche im April ist in diesem Jahr nicht irgendeine Sitzungswoche, sondern die letzte der Legislaturperiode. Am Donnerstagabend werden die Abgeordneten abfahren, etwa ein Drittel der derzeit 766 Volksvertreter wird nicht zurück kommen. Das jedenfalls besagt die Erfahrung, seit 1979 die Unions-Bürger erstmals ein Europäisches Parlament direkt wählen.

nehmen, das Eindämmen von Spekulationen mit Nahrungsmitteln, einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone, einen sicheren Internet-Zugang für Whistleblower und vieles mehr. „Ehrlich, keiner blickt diese Woche komplett durch“, sagt Giegold am Montagabend, bevor der Abstimmungs-Marathon beginnt. Weil das Hand-heben seine Zeit dauert, hat das Hohe Haus zusätzliche Sessions angesetzt.

Giegold ist seit 2009 dabei, in seiner ersten Legislaturperiode hat er sich als Finanzexperte fraktionsübergreifend Anerkennung verschafft. Am Dienstag der letzten Sitzungswoche werden auch Dossiers abgeschlossen, die Giegold im Parlament als Berichterstatter mit betreut hat. Die Vereinbarungen zur Bankenunion etwa, dem Vorzeigeprojekt der Europäischen Union. Eine zentrale Aufsicht über die Banken der Euro-Zone soll es bald geben, marode Banken künftig nach zentralen Regeln geschlossen – und dabei entstehenden Kosten mit dem Geld der Anteilseigner und Gläubiger beglichen werden. Die Bankenunion ist das aktuelle Prestigeprojekt der Euro-Länder; erstmals seit der Einführung des Euro haben die Europäer wieder nationale Kompetenzen an europäische Institutionen übertragen, konkret an die Europäische Zentralbank.

Und das Europaparlament hat mitentschieden. Seit der Lissabon-Vertrag gilt, sind seine Zuständigkeiten gewachsen. Der Haushalt der Europäischen Union muss die Volksvertretung passieren, die Bankgesetze bedürfen teilweise der Zustimmung. Die Europaparlamentarier haben Datenschutzgesetze gekippt und Verbraucherschutzgesetze durchgesetzt. Und der Präsident der nächsten EU-Kommission braucht eine Mehrheit der Abgeordneten, um das Amt antreten zu können.

Die meisten der 766 Parlamentarier sind überzeugt, dass ihre Arbeit wichtig ist, dass sie vollwertige Volksvertreter sind. Auch wenn es nur nationale Wähler gibt. Auch wenn sie kein Initiativrecht haben wie nationale Parlamente. Außerhalb von Straßburg und Brüssel sehen das einige anders. Zuletzt hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verfügt, das Europaparlament brauche angesichts faktischer Bedeutungslosigkeit keine Sperrklausel für Parteien bei der Europawahl. Jeder soll einzeln und reden können, die Funktionsfähigkeit des Parlaments sei nicht dadurch gefährdet, dass Mehrheitsbildung angesichts vieler kleiner Splitterparteien schwieriger bis unmöglich wird. Es gehen ohnehin durchschnittlich nur 43 Prozent der wahlberechtigten Bürger tatsächlich wählen.



Mit einem wahren Abstimmungs-Marathon haben Europas Volksvertreter die Legislaturperiode vor Ostern in ihrer letzten Sitzungswoche beendet.

Für das Desinteresse hat Herman Van Rompuy, seit Ende 2009 erster Präsident des Europäischen Rates, also der Runde der 28 Staats- und Regierungschefs, eine einfache Erklärung. Die Bürger wüssten, wo die wirkliche Macht in Europa liege, nämlich bei den Chefs. Weshalb sie sich nicht so sehr für das Parlament interessierten. „Skandalös“ sei diese Einschätzung, sagt Hannes Swoboda, Österreicher und Fraktionschef der Sozialisten und Sozialdemokraten. Das Parlament sei das einzige direkt gewählte EU-Organ, mithin die Basis europäischer Demokratie. Giegold verweist auf das neu geschaffene Recht auf ein Girokonto für jedermann: „Zwar hat das EU-Parlament kein Initiativrecht, aber es ist befugt, die Europäische Kommission aufzufordern, bestimmte Ge-

setzsvorschläge vorzulegen. Und genau so ist auch das Recht auf ein Girokonto entstanden“, sagt er.

**751 Abgeordnete** Nach den Wahlen wird das Europaparlament nicht nur etwa ein Drittel neue Abgeordnete haben, es wird auch schrumpfen auf insgesamt 751 Mitglieder. Wie viele Fraktionen es geben wird, bleibt abzuwarten. Bisher fanden sich die Volksvertreter in sieben Fraktionen zusammen, hinzu kamen zahlreiche Fraktionslose. Die größten Fraktionen waren die europäischen christsozialen Volksparteien (mit CDU und CSU), die Allianz der Sozialisten und Sozialdemokraten, die Liberalen und die Grünen. Jüngsten Kalkulationen der Meinungsforscher könnten auch EU-Skeptiker und Nationalisten auf

Fraktionsstärke kommen, bis zu 145 Sitze werden ihnen zugeschrieben. Und auch am linken Rand wird es interessant: bis zu 200 Sitze winken den Linken nach bisherigen Umfragen. Das bedeutet auch: Die gemäßigte Mitte schrumpft. Die beiden großen Fraktionen werden für stabile Mehrheiten eine große Koalition bilden müssen. In einer Frage existiert eine stabile Mehrheit schon vor den Wahlen. Die Abgeordneten pochen vom konservativen französischen Spitzenkandidaten für Paris, Alain Lamassoure, über Giegold und den SPD-Spitzenkandidaten Martin Schulz bis zu dem FDP-Spitzenkandidaten Alexander Graf Lambsdorff und dem CSU-Parlamentarier Manfred Weber geschlossen auf das Recht, das der Lissabon-Vertrag ihnen zuschreibt. Sie wollen

mitbestimmen, wer Chef der nächsten Kommission wird, und keinem Kandidaten zustimmen, den der Europäische Rat bei einem Abendessen am 27. Mai ausklügelte. Geht es nach dem Parlament, wird der Spitzenkandidat der siegreichen Parteiinfamilie vom Europäischen Rat als Kandidat für den Chefessell der Kommission vorgeschlagen. Das Parlament muss ihm mit Mehrheit zustimmen. „Alles andere wäre Betrug am Wähler“, sagt Lamassoure am Mittwochmorgen in seinem Büro. Giegold fährt am Donnerstag zu seiner Familie, Ostern feiern. Danach wird er um jede Stimme kämpfen.

Cerstin Gammelin

Die Autorin ist EU-Korrespondentin der „Süddeutschen Zeitung“.

## Das andere Rotationsprinzip

**PARLAMENT II** Das Pendeln zwischen Brüssel und Straßburg stört viele – und geht wohl weiter

Das Café Oberweis steht in keinem EU-Vertrag. Und doch ist es eine kleine europäische Institution. Einmal im Monat wird das kleine Café im Luxemburger Bahnhof von Mitarbeitern des Europäischen Parlaments überrannt. Dann bleiben zehn Minuten auf der Zugfahrt von Brüssel nach Straßburg, um sich mit Kaffee und Brötchen einzudecken. Der Zug mit den Mitarbeitern reist nämlich ohne Bistrowagen. Es ist mitunter beschwerlich in Europa.

Einmal im Monat setzt sich Europa in Bewegung. Dann werden die Unterlagen in Brüssel in koffergroße Kisten gepackt und per Lastwagen nach Straßburg gekarrt. Das Europaparlament hat nämlich gleich zwei Tagungsorte: Brüssel und Straßburg (streng genommen mit Luxemburg sogar drei). Aber nur die Plenarsitzungen in Straßburg sind seit 1992 vertraglich verankert. Zwölf Mal im Jahr muss das Parlament im Elsass tagen. Rotationsprinzip einmal anders.

**Vertraglich verankert** Elmar Brok (CDU) kennt das. Er sitzt seit 1980 im Europaparlament. Und Brok hat etwas zu bekennen. „Ehrlich gesagt, war ich an der ganzen Regelung beteiligt“, gesteht der Christdemokrat. 1992 war das auf dem Gipfel in Edinburgh. Vieles war zu regeln im neuen Europa und Brok einer der Unterhändler des Parlaments. Es ging um mehr Rechte für das Europäische Parlament. Frankreich mochte das nur mittragen, wenn der Tagungsort Straßburg festgeschrieben wird. „Die Machtfrage war uns damals wichtiger als die Sitzfrage“, sagt Brok. Also wurde Straßburg als Tagungsort vertraglich verankert. Eine Änderung ist nur mit einstimmigem Votum

der EU-Staaten zu erreichen. Frankreich aber bleibt hart. Auch gegen wachsenden Widerstand im Parlament. Längst macht sich dort eine Bewegung „Single Seat“ parteiübergreifend für einen einzigen Parlamentsort stark. Und im vergangenen November stimmten die Europaabgeordneten quer durch alle Fraktionen für eine Initiative, die EU-Verträge zugunsten eines Tagungsorts zu ändern. „Es gehört zum Selbstorganisationsrecht eines jeden Parlaments, dass es selbst entscheiden kann, wann, wo und wozu es tagt“, sagt der Europaabgeordnete Gerald Häfner (Grüne). Er ist Berichterstatter des Parlaments und nennt auch Fakten: „Aufgrund der zusätzlichen Kompetenzen, die das Europäische Parlament 2009 mit dem Lissabon-Vertrag erhalten hat, hat sich zum Beispiel die Zahl der Treffen und gemeinsamen Sitzungen mit der Kommission und dem Rat von 16.000 in 2009 auf über 40.000 im Jahr 2013 erhöht.“ Die Sitzfrage bleibt im Parlamentsbeschluss zwar offen. Aber doch wissen alle, dass nur

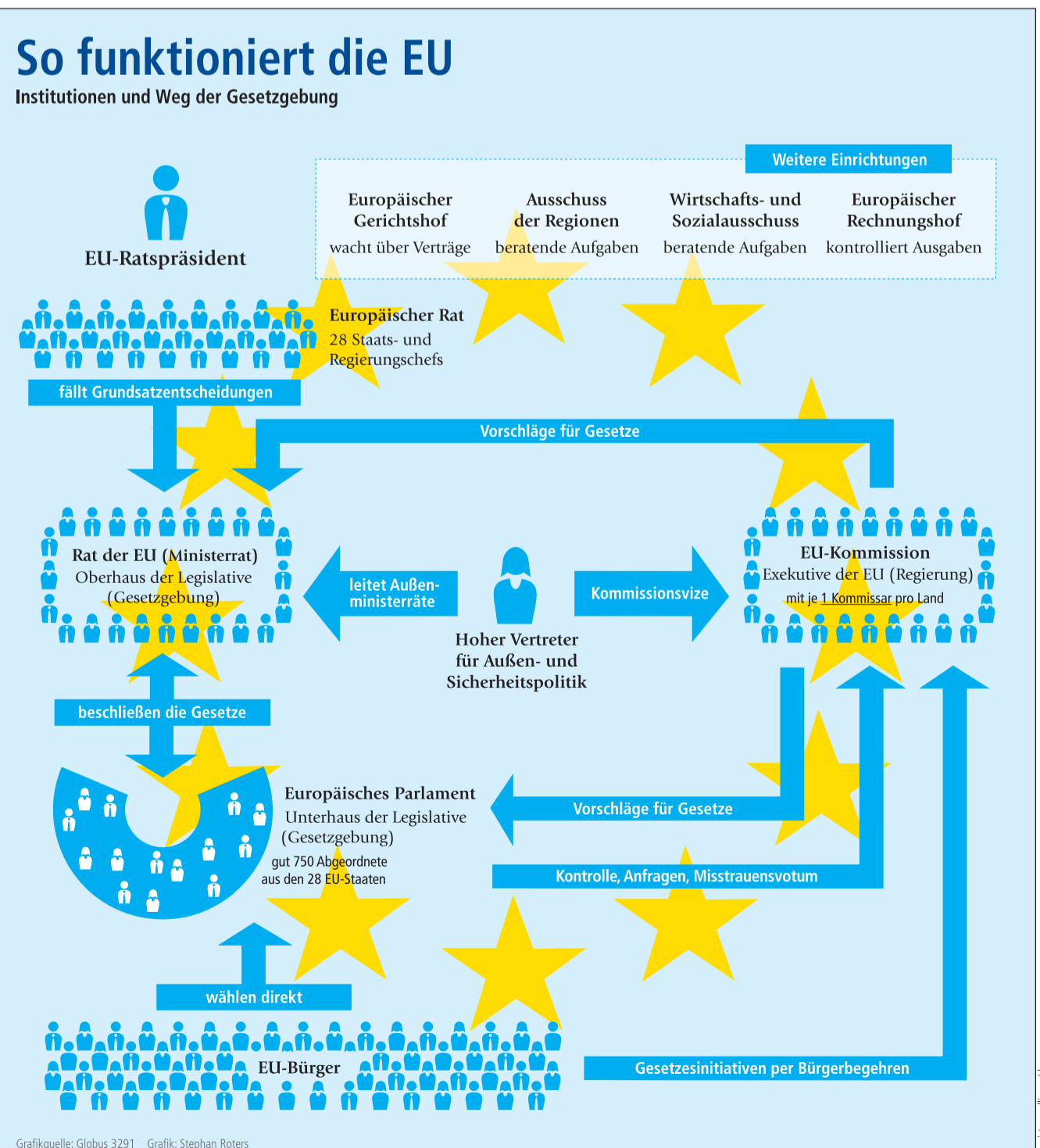


Das Europäische Parlament in Brüssel

Brüssel Sinn macht. Für Straßburg wird eine Kompensation erwogen, etwa eine Europäische Akademie. Die Argumente für einen einzigen Parlamentsort sind vielfältig. „Der Reisezirkus kostet die europäischen Steuerzahlerinnen jährlich Hunderte von Millionen Euro, von den Kosten für die Umwelt ganz zu schweigen“, sagt die Europaabgeordnete Martina Michels (Linke). Auf 150 Millionen Euro bis 200 Millionen Euro werden die Kosten für das Rotieren beziffert. Selbst der Klimaeffekt ist berechnet. Rund 20.000 Tonnen Kohlendioxid werden durch das Hin und Her in die Luft gepustet. „Der Wanderzirkus ist ein ökonomischer und ökologischer Wahnsinn. Deshalb gehört er endlich abgeschafft“, fordert die Europaabgeordnete Nadja Hirsch (FDP). Vor zwei Jahren probierten es die Parlamentarier mit einem Trick. Sie haben zwei Sitzungswochen in eine gepackt. Frankreichs Regierung klagte vor dem Europäischen Gerichtshof und bekam Recht. Die Doppelwochen war ein einmaliger Versuch. „Das Parlament ist die einzige EU-Institution auf französischem Boden“, sagt die französische Sozialdemokratin Catherine Trautmann. Die Europaabgeordnete war mal Bürgermeisterin von Straßburg. Und sie macht eine ganz eigene Rechnung auf. Damals, beim Ringen um die Europäische Zentralbank (EZB), habe auch Straßburg Interesse gezeigt. Es sei beim Parlament geblieben. Trautmann: „Wir können über Verträge reden. Aber dann auch über die EZB.“ Sie sagt das sehr ruhig, aber sehr bestimmt. Und die Tatsache, dass Trautmann nach der Europawahl als Fraktionschefin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament gehandelt wird, verleiht ihrer Position zusätzliches Gewicht. Das Parlament wird wohl weiter wandern.

Peter Riesbeck

Der Autor ist Brüssel-Korrespondent der „Berliner Zeitung“.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



© picture-alliance

# Lateiner und Germanen

**DEBATTE** In der Eurokrise ist ein alter Mentalitätsstreit zwischen Nord und Süd aufgebrochen – hilfreich ist ein Blick nach Osten

Im vergangenen Jahr hat das britische Magazin „The Economist“ die Illustration des deutschen Bundesadlers auf das Titelblatt gehoben, der das Gesicht abwehrend hinter der Schwinge verbirgt: Deutschland, so die These, sei ein Hegemon wider Willen. Ökonomisch stehe das Land in Europa an der Spitze. Es habe aber damit, mehr politische Führung anzunehmen. Kurz zuvor sorgte ein Aufsatz des italienischen Philosophen Giorgio Agamben in der Zeitung „Repubblica“ und der französischen Zeitung „Libération“ mit einer ganz anderen Zeitdiagnose für Aufmerksamkeit: Das protestantische Deutschland zwingt in der Finanzkrise dem übrigen Europa und insbesondere dem Süden seine Mentalität auf. Es ergebe keinen Sinn zu verlangen, „dass ein Grieche oder ein Italiener wie ein Deutscher lebt“. Und selbst wenn das möglich wäre, würde dies zum Verschwinden eines Kulturguts führen, „das vor allem in der Lebensform liegt“, argumentierte Agamben. Europa habe seine „reellen Bindungen durch Kultur, Sprache, Lebensweise und Religion“ aufgegeben und sich der homogenisierenden Macht der Ökonomie ausgeliefert.

»Empire latin« Agamben bezieht sich in seinem Aufsatz auf ein Memorandum, das der russisch-französische Philosoph Alexandre Kojève im August 1945 Charles de Gaulle, damals Chef der Provisorischen Regierung Frankreichs, vorlegte und das auf die Schaffung eines „Empire latin“ abhob. Das Zeitalter der Nationalstaaten geht aus Kojèves Sicht zwar zu Ende. Es gelte aber einem absehbar politisch und wirtschaftlich wiedererstarkendem Deutschland mit seiner puritanischen anglo-amerikanischen Mentalität ein „lateinisches Reich“ entgegenzusetzen, bestehend aus Frankreich, Italien, Spanien und zusammengehalten von einer einheitsstiftenden „lateinischen Mentalität“ und Lebenskunst, das „dolce far niente“, die Kunst zu sein. Agambens Ausführungen sorgte für teils heftigen Widerspruch nicht nur in den deutschen Feuilletons. Sie passten offenbar zu gut zu einer gängigen, die Euro-Krise begleitenden Zeitkritik: Meint mancher Südeuropäer in der EU-Sparpolitik den Angriff eines diffus aufgefassten „deutschen Modells“ auf die eigene Lebensart zu sehen, will man nördlich der Alpen nicht „Zahlmeister“ eines ebenso diffus aufgefassten mediterranen „Savoir-vivre“ sein. Der Ökonom Max A. Höfer machte in einem Aufsatz für den „Spiegel“ Agambens Kritik konkret, indem er den Verlust der Siesta beklagte, die die spanische Regierung auf Druck der EU-Troika abgeschafft habe. Höfer mochte darin „protestantische Ethik“ am Werk sehen, die gegen südliche Lebensart zu Felde ziehe – und, mehr noch, eine Politik, hinter der ein „deutscher Hegemon“ mit vermeintlich „unhinterfragbaren ökonomischen



Als Antwort auf die Eurokrise dürften wechselseitige Beschwörungen eines „deutschen“ oder „lateinischen Europas“ kaum reichen. Die deutsche Bundeskanzlerin bei einem Besuch im Varusschlacht-Museum bei Osnabrück

mischen Wahrheiten“ für mehr Arbeitsdisziplin sorgen wolle. Die Historiker Martin Baumeister und Roberto Sala erinnern in einer Erwiderung an die Geschichte der südlichen Länder, ihre Prägung durch argarische Ökonomie und Militärdiktaturen: „Mit monolithischen Kulturkonstrukten und abgestandener Völkerpsychologie“ sei die wirtschaftliche Schiefelage in Europa nicht erklärbar. „Im Übrigen glaubt in der Wissenschaft kaum jemand mehr monokausal an die protestantischen Wurzeln des Kapitalismus.“ Genau darauf spielte auch der spanische Schriftsteller Javier Cercas an, indem er die naheliegende Frage stellte, wieso zum Beispiel die in ihren Ländern wirtschaftlich erfolgreichen Basken und Lombarden in einem „lateinischen Reich“ dann nicht auch beschließen sollten, „dass sie keine Lust haben, wie die Spanier und Italiener zu leben und ihre kulturellen Eigenheiten aufzugeben“. Cercas ging aber noch weiter, indem er auf die Gefahr stereotyper Zuschreibungen hinwies: Der Vor-

schlag einer europäischen Neuordnung entlang der Mentalitäten blende den „Erzfeind“ Europas aus: den Nationalismus. Bemerkenswert ist, dass die Debatte einen großen Bogen um eine andere Teil Europas machte. Das Beispiel einer ganzen Reihe osteuropäischer Länder, deren EU-Beitritt sich in diesen Tagen übrigens zum zehnten Mal jährte, könnte zumindest aufzeigen, dass das Modell der Strukturreformen Europa nicht zwingend spalten muss. Im Gegenteil: Der mit vielen Verwerfungen und Härten erkauften – Reformkurs hat diesen Ländern erst den Weg in die EU eröffnet.

**Erfolgsgeschichte** Von einer „paradoxen Wiederbelebung“ der „Lateinischen Option“ in der Europäischen Schuldenkrise spricht deshalb der Soziologe Wolf Lepenies. In einem Vortrag anlässlich der Eröffnung des Alexander-Brückner-Zentrums für Polenstudien an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg lenkte er 2012 den Blick auf die politische und wirtschaftliche Er-

folgsgeschichte des Nachbarlandes. Der neue Nord-Süd-Konflikt, der an die Stelle der alten Ost-West-Spannungen getreten sei, werde nur an der Oberfläche von der Währungskrise ausgelöst: „Ursache ist vielmehr

eine Vertrauenskrise zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten.“ Statt einen längst überwunden geglaubten Kulturkampf zwischen Nord und Süd aufzuwärmen, gelte es, für die Bereitschaft zur europäischen Zusammenar-

beit in „variablen Geometrien“ zu werben. Ein Modell hatte Lepenies auch parat: die Zusammenarbeit Frankreichs, Polens und Deutschlands im Rahmen des Weimarer Dreiecks. Alexander Heinrich

Anzeige

## »Der Frieden ist nicht selbstverständlich«

**INTERVIEW** Hans-Gert Pöttering über das von ihm initiierte »Haus der Europäischen Geschichte«

**Herr Pöttering, Sie haben in Ihrer Antrittsrede als Präsident des Europaparlaments 2007 den Anstoß für ein »Haus der Europäischen Geschichte« gegeben. Was ist an der europäischen Einigung so historisch, dass ihr ein eigenes Haus gewidmet werden soll?** Der Schwerpunkt der Ausstellung soll die Darstellung der Geschichte des 20. Jahrhunderts sein, vor allem die Antwort, die wir in Europa auf die Tragödien der beiden Weltkriege und der totalitären Systeme gefunden haben. Diese Antwort ist die europäische Versöhnung, die Zusammenarbeit und der Wille zur Einigung. Mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum Ende des Zweiten Weltkrieges verblasst die Erkenntnis für die Notwendigkeit, sich für den Frieden zwischen den Völkern Europas zu engagieren. Dass der Frieden keineswegs selbstverständlich ist, zeigt der Konflikt in und um die Ukraine. Es können auch heute noch Situationen in Europa entstehen, in denen die Dämonen der Vergangenheit wieder auftauchen.



Hans-Gert Pöttering

**Kann es denn eine gemeinsame Erzählung europäischer Vergangenheit geben?** Natürlich gibt es immer Betrachtungsweisen, die sich von einer Nation zur anderen unterscheiden. Aber die europäische Einigung als Antwort auf die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ist doch eine historische Tatsache. Wir leben heute – zumindest im Rahmen der Europäischen Union – in einer der glücklichsten Phasen der Geschichte Europas. Und den Weg dorthin haben wir vor allem deswegen geschafft, weil wir eine Wertegemeinschaft sind. Das eint uns und macht eine gemeinsame Erzählung möglich. Das »Haus der Europäischen Geschichte« wird sich aber nicht nur um die Vergangenheit kümmern, sondern es soll auch Wissenschaftler zusammenführen, um über zukünftige Fragen in Europa zu diskutieren.

**Wann wird das Haus eröffnet?** Die Eröffnung ist für Ende 2015 geplant. Ursprünglich sollte es bereits in diesem Jahr er-

öffnet werden, hundert Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges. Das gesamte Haus, das Eastman-Gebäude in Brüssel, wird renoviert und neu gestaltet. Dafür musste ein Architektenwettbewerb europaweit ausgeschrieben werden. Es gab nun kleinere Verzögerungen, aber das ist am Ende nicht so dramatisch.

**Das Europaparlament ist seit 1979 immer einflussreicher geworden – und zugleich ist die Wahlbeteiligung gesunken. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?**

Das zeigt, dass wir eine große Aufgabe darin sehen müssen, die Bedeutung des Europäischen Parlaments noch stärker zu vermitteln. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Parlament in seinem Urteil zur Drei-Prozent-Hürde bedauerlicherweise nicht die Qualität zugemessen, die ihm zukommt. Es wählt den Kommissionspräsidenten, es beruft die Kommissare, es entscheidet über Beitritte, über den Haushalt, über die Finanzperspektiven. Es ist heute gemeinsam mit den Regierungen der EU-Mitgliedsländer der Gesetzgeber. Das

Europäische Parlament hat sich zu einer starken und einflussreichen Institution entwickelt. Dass Bundesverfassungsgericht geht schlichtweg von falschen Tatsachen aus.

**Sie gehören seit 1979 dem Europäischen Parlament an. Was wäre Ihr Rat an junge Kolleginnen und Kollegen, die Ende Mai erstmals gewählt werden?**

Mit den Bürgerinnen und Bürgern, von denen sie gewählt werden, in engem Kontakt zu bleiben und weiter für die Vorzüge der europäischen Einigung zu werben. Europäische Union bedeutet: Gemeinsame Werte, das friedliche Lösen von Konflikten, ein gemeinsamer Binnenmarkt mit freiem Austausch von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital, eine gemeinsame Währung und Umweltschutz. Das ist ohne Beispiel in der Welt. Dies müssen wir den Menschen noch besser vermitteln. Auch dass die EU eine Solidargemeinschaft ist. So müssen wir helfen, die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas zu bekämpfen. Jede zukünftige Generation wird im Hinblick auf die europäische Einigung neue Herausforderungen haben. Wir haben viel erreicht bisher, aber Europa ist nie am Ziel.

Das Interview führte Alexander Heinrich.

Hans-Gert Pöttering (CDU) ist seit 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments und war 2007 bis 2009 dessen Präsident. Bei der Europawahl im Mai tritt der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung nicht mehr an. Soeben ist seine Autobiographie erschienen mit dem Titel: „Wir sind zu unserem Glück vereint. Mein europäischer Weg“.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# Stimmen an den Rändern

**KRITIKER** EU-skeptische Parteien könnten bei den Europawahlen 2014 so stark wie nie zuvor abschneiden. Ihren Einfluss dürften sie aber weniger im EU-Parlament, sondern vor allem über die nationale Politik in den Mitgliedstaaten entfalten

Abkehr von Europa: Der Ukip-Vorsitzende Nigel Farage, hier auf einer Wahlkampfveranstaltung in Sheffield, fordert den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union.

Sprachlich ist der Slogan ein wenig holprig, doch die Botschaft kommt klar rüber. „Mehr für Bürger. Weniger Brüssel“, fordert die Alternative für Deutschland (AfD) auf ihren Wahlplakaten. Auch wenn ungewiss bleibt, wovon die Bürger mehr bekommen sollen, so gibt die AfD deutlich zu verstehen, dass sie den Einfluss der Europäischen Union zurückdrängen will. In ihrem Programm für die Europawahl beklagt die AfD die Auswüchse der EU in Form von „Zentralismus, Bürokratie und Dirigismus“.

Bei den Wählern kommen solche Schlagworte offenbar gut an. Die Forschungsgruppe Wahlen sieht die AfD in ihrer Umfrage von Anfang April bei sechs Prozent und somit deutlich vor der FDP, die bei drei Prozent liegt. Mit der AfD wird wahrscheinlich eine offen euroskeptische Kraft aus Deutschland in das Europaparlament einziehen – und dort auf ähnlich gesinnte Gruppierungen treffen. Meinungsforscher sagen den Europaskeptikern am rechten und linken Rand des Parteispektrums den größten Erfolg in der Geschichte des Europäischen Parlaments voraus. Bis zu einem Drittel der 751 Sitze könnten an Parteien gehen, die der EU kritisch bis ablehnend gegenüber stehen. „Das ergäbe eine völlig neue Dynamik im EU-Parlament – mit sehr negativen Folgen“, warnte schon im vergangenen Oktober der damalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta.

In manchen Ländern könnten die Anti-Establishment Parteien sogar stärkste Kraft werden. In den Niederlanden liegt die Partij voor de Vrijheid von Geert Wilders mit 17,2 Prozent an erster Stelle in den Umfragen. In Griechenland führt die linksgerichtete Syriza von Alexis Tsipras mit 19 Prozent mit einem – allerdings schrumpfenden – Abstand vor der konservativen Regierungspartei Nea Dimokratia. In Frankreich liegt der rechte Front National mit 21 Prozent nur ein Prozent hinter der konservativen UMP. In Großbritannien ist die United Kingdom Independence Party (Ukip) mit immer noch über 26 Prozent auf den zweiten Platz abgerückt, nachdem sie lange Zeit in den Meinungsumfragen den ersten Platz einnahm. In Italien behauptet sich Movimento Cinque Stelle (M5S), die Bewegung des Komikers Beppe Grillo, mit über 20 Prozent der Stimmen als drittstärkste Kraft – trotz interner Streitereien. Hinzu kommt in Italien eine neue linke Protestbewegung, die Tsipras als Spitzenkandidaten der Europäischen Linken unterstützt. „Das andere Europa mit Tsipras“ kommt in Umfragen auf über fünf Prozent und liegt damit direkt hinter M5S.

**Finanzkrise** Es ist kein Zufall, dass die Protester in der ersten Europawahl nach dem Ausbruch von Finanz- und Eurokrise so erstarben. In den Krisenländern sind die Arbeitslosenquoten in den vergangenen Jahren in die Höhe geschossen, weite Schichten der Bevölkerung haben die Auswirkungen

des Wachstumseinbruchs zu spüren bekommen. Auch wenn die Verantwortung für falsche Wirtschaftspolitik und mangelnde Bankenaufsicht zumeist bei den nationalen Regierungen lag, wächst schnell der Verdacht, dass Europa in seiner gegenwärtigen Verfassung nicht funktioniert. Andersherum finden die Protestparteien weiter im Norden Zulauf mit der Argumentation, Europa lege den wohlhabenden Ländern eine zu starke Last auf. In den Niederlanden plädiert PVV-Chef Wilders offen für den Austritt seines Landes aus der EU und behauptet, die niederländische Wirtschaftsleistung würde da-



Marine Le Pen (Front National)

durch bis zum Jahr 2035 um bis zu 13 Prozent höher ausfallen. Der niederländische Finanzminister und Eurogruppenvorsitzende Jeroen Dijsselbloem bestreitet dies, aber der konkrete Gegenbeweis ist schwer zu erbringen.

Doch was bedeutet es ganz praktisch, wenn die Skeptiker in Scharen ins Europäische Parlament einziehen werden? Die Antwort ist komplex. Einerseits wird es auch künftig keine antieuropäische Mehrheit im Parlament geben, die die Arbeit im Parlament blockieren kann. Andererseits sind erhebliche Rückkoppelungseffekte über die nationale Politik zu erwarten.

**Arbeit im Parlament** Viele Beobachter weisen darauf hin, dass die bisher im EU-Parlament vertretenen Euroskeptiker im Politikalltag kaum eine Rolle spielen. Vor allem wenn sie keiner Fraktion angehören, bleiben sie bei der Arbeit an konkreten Gesetzesvorschlägen außen vor. Um Einfluss im Parlament zu entfalten, müssen Gruppierungen einer Fraktion angehören. Diese können sie jedoch erst bilden, wenn sie 25 Abgeordnete aus sieben Mitgliedsländern umfassen. In Brüssel geht niemand davon aus, dass eine neue euroskeptische Fraktion entstehen wird. Selbst wenn es wider erwarten dazu kommen sollte, ist es unwahrscheinlich, dass sie eine einheitliche Linie verfolgen wird. Die konservativen Euroskeptiker, die bisher in der Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformisten“

zusammenarbeiten, weisen eine ebenso geringe Fraktionsdisziplin auf wie die Rechts-Außen-Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“.

In der abgelaufenen Legislaturperiode sind Euroskeptiker so gut wie nie als Berichtsersteller in Erscheinung getreten, die federführend einen Gesetzesvorschlag betreuen. Stattdessen haben sie versucht, sich mit Plenarreden und parlamentarischen Anfragen in Szene zu setzen. Allerdings gelang auch das nur beschränkt. Wer weiß schon, dass Marine Le Pen (Front National) bereits seit zehn Jahren Europaabgeordnete ist? In Brüssel gehen viele davon aus, dass das Parlament in seiner neuen Besetzung noch stärker zu einer großen Koalition zwischen Konservativen und Sozialdemokraten neigen wird, als das bisher der Fall war. In der jüngsten Legislaturperiode stimmten die beiden größten Fraktionen in 70 Prozent aller Entscheidungen gemeinsam ab, rechnen Daniela Kietz und Nicolai von Ondarza in einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik vor. Konservative und Sozialdemokraten werden pragmatisch genug sein, um ihre Zusammenarbeit auszubauen.

**Nationale Politik** Die Protestparteien werden jedoch über einen Umweg erheblichen Macht entfalten: Indem sie die nationale Politik beeinflussen. Bisher war das schon in Großbritannien zu beobachten, wo Premier David Cameron angetrieben von Ukip auf einen unverhohlenen Anti-Europa-Kurs ein-

geschwenkt ist und ein Referendum über den Verbleib des Landes in der EU versprochen hat. In den Niederlanden hat die Koalitionsregierung sehr viel geschmeidiger auf die PVV reagiert und eine Debatte über die Kompetenzen der EU angestoßen. Ohne den Impuls von außen hätte sie dies aber wohl kaum gemacht.

Schon jetzt ist abzusehen, dass eine Partei wie die AfD mehr Aufmerksamkeit der Medien erhalten wird, wenn sie in Brüssel und Straßburg vertreten ist. Dies ermöglicht es der Truppe von Parteichef Bernd Lucke auch Themen zu spielen, die mit der EU nicht direkt im Zusammenhang stehen. So fordert die AfD in ihrem Europa-Programm die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Darüber kann die EU-Kommission zwar in ihrer Eigenschaft als Wettbewerbschützer entscheiden, das EU-Parlament ist mit dem Thema jedoch nicht befasst.

Die beiden Spitzenkandidaten der größten Fraktionen im Europaparlament, der konservative Jean-Claude Juncker und Sozialdemokrat Martin Schulz, haben derweil die Europakritik aufgegriffen und betonten unablässig, Europa dürfe sich nicht mehr in alles einmischen. „Europa muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden“, sagt Schulz. Doch ob sich das durchsetzen lassen wird, müssen Politiker aller Couleur noch erst beweisen.

Silke Wettsch

Die Autorin ist EU-Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

Anzeige

**DAS WILL ICH LESEN!**

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253  
parlament@fs-medien.de  
www.das-parlament.de



## Alte und neue Ressentiments auf der Insel

**GROSSBRITANNIEN** Die Einwanderungsdebatte und die Forderungen nach einem EU-Austritt bestimmen den Europawahlkampf

Die Einwanderung aus ärmeren EU-Ländern dominiert seit Monaten die Debatte über Großbritanniens Verhältnis zu Brüssel. Wochenlange Angstparolen der Boulevardpresse vor einer Flut arbeitswilliger Bulgaren und Rumänen brachten der EU-feindlichen United Kingdom Independence Party (Ukip) ein neues Umfrage-Hoch ein. Dementsprechend nervös reagierten die großen britischen Parteien, als das Statistikamt ONS eine hochbrisante Tabelle ankündigte: Erstmals seit der vollen Freizügigkeit wollen die Wissenschaftler Zahlen über die Einwanderung aus Europas Südosten bekanntgeben. Die Veröffentlichung ist ausgerechnet für den 22. Mai und damit den Wahltag geplant – wie üblich bestimmen die Briten ihre Abgeordneten fürs neue Europaparlament bereits am Donnerstag.

Egal, ob die streng neutrale Behörde an dem Termin festhält oder nicht – im Vorfeld des Umengangs gibt es zu europäischen Fragen kaum ein anderes Thema als die Immigration vom Kontinent. „Ukip hat schon gewonnen“, konstatiert die rechte intellektuellen-Postille „Spectator“. Weder die Parteien der

konservativ-liberalen Koalition noch die Labour-Opposition wissen eine Antwort auf die polemischen Parolen der EU-Hasser. Es findet sich auch kein anderes zündendes Thema, mit dem sich der Wahlkampf betreiben ließe.

Vier Wochen vor der Entscheidung über die Zusammensetzung des Hohen Hauses in Straßburg, spielen andere europapolitische Themen keine Rolle. Die Zukunft der Eurozone? Interessiert die Briten nicht, solange ihr Finanzzentrum, die City of London, nicht beeinträchtigt ist. Europas Antwort auf Russlands Ukraine-Politik? Da versteckt sich London hinter Washington. Spitzenkandidaten der Parteien für die EU-Kommission? Keine Ahnung.

**Ständiger Kampf** Wie gehabt senden die Briten zwei gleichermaßen unerfreuliche Nachrichten an den Kontinent. Zum einen nehmen sie das Straßburger Parlament bis heute nicht wirklich ernst. Und die wenigen, die zur Wahl gingen (2009: 34,7 Prozent), schickten stets eine Mehrheit aus EU-Skeptikern und ausgewachten EU-Feinden über den Kanal. Europapolitik wird nicht als notwendige Kooperation, sondern als immerwährender Kampf interpretiert. Tief verwurzelt in der britischen Psyche ist zudem das Gefühl, dass Isolation nicht immer falsch sein muss: Schließlich stand das damalige Empire im Juni 1940 auch allein der

siegreichen Blitzkrieg-Maschine der Nazis gegenüber. Das färbe bis heute auf die Einstellung zu Europa ab, glaubt der Politik-Professor Patrick Dunleavy von der London School of Economics (LSE). Die große Mehrheit der Bevölkerung denke nicht viel über die EU nach: „Aber sie ist instinktiv dagegen.“

**Trommelfeuer der Medien** Würde also bei einer Volksabstimmung eine Mehrheit den EU-Austritt befürworten? Nichts wünschen sich die „Populär-Nationalisten“ (Selbstbeschreibung) von Ukip sehlicher, dabei unterstützt vom Trommelfeuer vieler Medien, allen voran die „Daily Mail“ (Auflage: mehr als zwei Millionen) sowie die Blätter des US-Bürgers Rupert Murdoch („The Times“, „The Sun“). In der konservativen Partei von Premier David Cameron stellen harte EU-Skeptiker die klare Mehrheit, ein Viertel der Fraktion will raus aus dem Brüsseler Club, Befürworter melden sich kaum zu Wort. Selbst bei Labour gibt es eingeschworene Austrittsbefürworter wie die deutschstämmige Abgeordnete Gisela Stuart. Nur die Liberaldemokraten unter Vizepremier Nick Clegg halten unverdrossen die EU-freundliche Fahne hoch, allerdings mit Umfrage-Ergebnissen, die auf ein verheerendes Abschneiden bei der Wahl hindeuten.

Um der Ukip sowie den EU-Feinden in seiner eigenen Fraktion das Wasser abzugra-



Premierminister David Cameron

ben, hatte Premier Cameron vor Jahresfrist eine Volksabstimmung versprochen: 2017 sollen die Briten abstimmen. Liberale und Labour halten den willkürlichen Termin für unnötig: Sie verweisen darauf, dass jede tiefgreifende Veränderung im europäischen Machtgefüge schon nach derzeitiger Gesetzeslage ein Referendum zur Folge hätte. Wie Cameron will auch Oppositionsführer Edward Miliband Reformen in der EU anregen: „Europa muss bessere Ergebnisse für Britannien erzielen.“

Zu Ukip's Wahlkampfauftakt präsentierte Parteichef Nigel Farage eine millionenteure Posterkampagne. Eines zeigt einen bettelnden Bauarbeiter, daneben die Schlagzeile: „Die Folge der EU-Politik – uneingeschränkte billige Arbeitskräfte kommen britische Arbeiter teuer zu stehen“. Ein anderer Slogan kreischt: „26 Millionen Europäer sind arbeitslos. Und wessen Job wollen sie haben?“ Daneben deutet eine Hand mit ausgestrecktem Zeigefinger auf den Betrachter. Prompt geriet Farage in Erklärungsnot, weil er seine deutsche Frau als Sekretärin beschäftigt. „Gibt es keine Britin, die diesen Job machen könnte?“, fragte ihn der BBC-Chefreporter vor laufender Kamera. Merkwürdig ist außerdem, dass ausgerechnet Firmen der Baubranche über eklatanten Mangel an britischen Facharbeitern klagen.

Solche Fakten fechten weder den Ukip-Vorsitzenden an, noch – so scheint es – die Wähler. Immerhin sehen die Umfragen Labour (32 Prozent) noch vor Ukip (26), die Konservativen kommen an dritter Stelle (23). Weil anders als bei Unterhauswahlen diesmal das Verhältniswahlrecht gilt und bei der zu erwartenden niedrigen Wahlbeteiligung nur die Überzeugten an die Urnen kommen, könnte Ukip aber noch vorbeiziehen.

Sebastian Berger

Der Autor arbeitet als freier Korrespondent in Großbritannien.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





## »Unser Land braucht echte Vorbilder«

Die Päpste Johannes XXIII. und Johannes Paul II. sind in Rom heiliggesprochen worden. Zur Amtszeit Johannes Paul II. ein Gespräch mit Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU), offizieller Vertreter des Bundestags bei den Feierlichkeiten.



Papst Franziskus empfing im Februar Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU, links) in Rom.

### Herr Singhammer, warum ist Papst Johannes Paul II. ein Heiliger?

Neben der kirchenrechtlichen Begründung der Kanonisation, die bestimmte Voraussetzungen vorgibt, einen Menschen heilig zu sprechen, gibt es meiner Meinung nach eine weitere Dimension, die Papst Johannes Paul II. zum Heiligen macht. Er war in herausragender, einzigartiger Weise mit seinem Herzen den Menschen zugewandt. Papst Johannes Paul II. hat ein Attentat schwerverletzt überlebt und dem Attentäter verziehen. Auch in hohem Alter und von schweren Krankheiten gezeichnet, hat er die Öffentlichkeit nicht gescheut. Damit hat er seine menschliche Seite betont, seine körperliche Schwäche offenbart und vielen Menschen Mut gemacht. All das und noch viel mehr machen ihn zu einem großen Vorbild. Seine Wirkung gerade auf junge Menschen ist legendär.

### War Johannes Paul II. ein besonders politischer Papst?

Johannes Paul II. war ein Papst mit enormer politischer Wirkung. Er hatte den Mut und die Kraft, während des Kalten Krieges klar Stellung zu beziehen. Er hat die deutsche Einheit vorbereitet. Zur Demokratisierung des ehemaligen Ostblocks, insbesondere seines Heimatlandes Polen, hat er maßgeblich beigetragen. Er hat sich bereits als Kardinal intensiv um die deutsch-polnische Aussöhnung bemüht. Während seines Pontifikats war er ein unermüdlicher Verteidiger des Friedens. Bei einem Besuch des Kardinal-Höfner-Kreises 1995 gab er uns Folgendes mit auf den Weg: „Ihre Verfassungstradition von 1919 und die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg spricht gegen ein Verständnis von religiös-weltanschaulicher Neutralität im Sinne einer negativen Distanzierung des Staates vom Religiösen beziehungsweise von Religionsgemeinschaften“, und weiter: „Der Zusammenbruch totalitärer Systeme in Europa erfordert eine gründliche Erneuerung der politischen Handlungsweisen. Ihnen kommt es in Ihrer Stellung zu, zu helfen, dass Europa seine Wurzeln wiederfindet und nach dem Maßstab seiner Ideale und seines Edelmut seine Zukunft aufbaut.“ Das spiegelt sein Politik- und Werteverständnis vortrefflich wider.

### Was bedeutet es eigentlich, wenn eine Persönlichkeit heiliggesprochen wird?

Nach dem liturgischen Verständnis ist ein Heiliger ein Mensch, zu dem man beten und den man um Fürsprache bei Gott bitten kann. Den Menschen fällt es oft leichter, einen anderen Menschen um Rat oder um Hilfe zu fragen. Sie finden Trost darin, einen Fürsprecher bei Gott zu haben, den sie selbst gekannt haben, den sie verehren und der ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit besitzt. Deswegen ist die Kanonisation kein Anachronismus, sondern Ausdruck lebendigen Glaubens. Johannes Paul II. hat dies selbst in seiner persönlichen Glaubenspraxis praktiziert. Er war ein großer Marienverehrer.

### Kann eine solche Heiligsprechung auch über die Kirche hinaus Signale in eine mehr oder minder säkularisierte Gesellschaft senden, wie sie in Deutschland vielerorts zu finden ist?

Ich bin mir sicher, dass unser Land mehr denn je echte Vorbilder braucht. Menschen, die uneigennützig und mutig für ethische Werte stehen. Werte, die jenseits materieller Güterwerte stehen. Diese ethischen Werte bilden das Fundament jeder Gesellschaft, auch der säkularen.

Das Gespräch führte Helmut Stoltenberg.



## ORTSTERMIN: JUNGE EUROPÄISCHE BEWEGUNG AUF WERBETOUR



Die Teilnehmer der Diskussionsveranstaltung „EUre Debatte“ neben Mitgliedern der europäischen Jugendbewegung „Junge Europäische Bewegung“ (JEB)

## »Mehr Einfluss auf unser Leben als wir glauben«

Lohnt es sich, an der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai teilzunehmen? Auf diese Frage eine Antwort zu geben, das ist das Ziel der Diskussionsveranstaltung „EUre Debatte“ der Jungen Europäischen Bewegung (JEB). Die JEB ist der Berlin-Brandenburger Landesverband der deutschen Sektion der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF), einer europaweiten, überparteilichen Jugendbewegung. Die wurde 1949 gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, für ein geeintes, demokratisches und solidarisches Europa zu werben. Mittlerweile engagieren sich über 20.000 Ehrenamtliche in 30 Ländern für die JEF. „Wir wollen über die EU und deren Arbeit informieren und für die Idee eines vereinten Europas begeistern“, erklärt Barbora Budinska von der JEB. Der Schwerpunkt liegt dabei in der europapolitischen Bildungsarbeit und deshalb organisieren die einzelnen Sektionen und Landesverbände Seminare, Workshops oder Podiumsdiskussionen. Eine davon ist „EUre Debatte“, die regelmäßig an Schulen stattfindet. In Kooperation mit dem Informationsbüro „Europe Direct Potsdam“ zum Beispiel am Lise-Meitner-Gymnasium in Falkensee. Die Schüler des Politik-Grund-

kurses der 12. Klasse der Schule sollen eine Antwort darauf finden, ob es sich lohnt, an der Europawahl teilzunehmen. Die Frage hat für die Schüler ganz praktische Auswirkungen, der Großteil von ihnen kann am 25. Mai zum ersten Mal wählen. Zunächst bekommen die Jugendlichen noch einmal die Aufgaben und Zusammensetzung des Europäischen Parlamentes erklärt, um eventuell fehlendes Hintergrundwissen auszugleichen. Dann werden Argumente für oder gegen die Stimmabgabe bei der Europawahl gesammelt. In einer abschließenden Diskussion werden beide Standpunkte miteinander verglichen. Das Ergebnis ist für die Jugendlichen allerdings eindeutig. „Warum nicht wählen gehen? Die Frage stellt sich mir gar nicht“, sagt der 18-jährige Markus Kollberg. Sein Klassenkamerad Felix Hilsky sieht das ähnlich: „Es war schwer, Argumente zu finden, warum ich nicht wählen gehen sollte, ganz im Gegenteil.“ Auch Jonas Ambs, der ebenfalls an der Diskussion teilnimmt, wird seine Stimme abgeben. Allerdings gibt er zu, dass die Europawahl wenig Beachtung findet. „Auch wenn ich politisch nicht uninteressiert bin, hatte ich die Europawahl bisher

nicht auf dem Schirm“, sagt er. Damit sich das ändert, organisieren die Aktivisten der JEB solche Informationsveranstaltungen. Das Interesse dazu sei groß, allerdings fehlte oftmals Detailswissen. An ganz handfesten Beispielen erklären die Jungen Europäer deshalb, warum das Europaparlament wichtig ist. „Das EP hat zum Beispiel beschlossen, dass ab 2015 die Roaming-Gebühren für Telefonate innerhalb Europas wegfallen“, sagt Clara Salarich. „Insgesamt hat das EP mehr Einfluss auf unser Leben als wir glauben, gerade weil es in den vergangenen Jahren immer mehr Kompetenzen dazu bekommen hat.“ Die Aktionen der JEB sind dabei nicht nur auf die Europawahlen konzentriert. Eine der größten Aktionen der JEB ist beispielsweise die jährliche Simulation des Europäischen Parlamentes (SIMEP). Dazu werden Jugendliche aus ganz Deutschland nach Berlin eingeladen und simulieren an zwei Wochenenden die Arbeit der europäischen Volksvertretung. Barbora Budinska ist es allerdings wichtig zu betonen: „Wir sind kein EU-Jubelverein. Wir weisen auch auf Defizite hin, wollen aber trotzdem deutlich machen, warum es sich lohnt, am Projekt EU teilzuhaben.“ *Julian Burgert*

### LESERPOST

#### Zur Ausgabe 15 vom 7.4.2014, „Reformen und kein Ende“ auf Seite 3:

Ich lese „Das Parlament“ sehr aufmerksam und weiß Ihre Zeitung zu schätzen. Wenn ich mich jetzt einmal direkt äußere, dann aufgrund Ihres Beitrags zur Rentenpolitik der Bundesrepublik. Die Autorin verdient wegen ihres knapp gehaltenen, nichtsdestotrotz aber sehr informativen, präzisen Beitrags uneingeschränktes Lob.

Jörg Roesler, per E-Mail

#### Zur Ausgabe 15 vom 7.4.2014, „Seniorenteller ist angerichtet“ auf Seite 1:

Es ist nicht seriös zu schreiben „Seniorenteller ist angerichtet“, damit stellen Sie das Thema in einen verächtlich machenden Zusammenhang.

Inge Albrecht-Winterhoff, per E-Mail

#### Zur Ausgabe 15 vom 7.4.2014, „Die Dämonen sind noch nicht gebannt“ auf Seite 9:

Im Bundestag wurden große Worte gefunden, wenn heute „alles Mögliche“ zu tun ist, um solch einen Völkermord – wie vor 20 Jahren an den Tutsis in Ruanda – zu verhindern. Nur merklich wirksamere Instrumente zur Bekämpfung von Men-

schensrechtsverletzungen sind bisher nicht auszumachen und die weltweiten Konflikte sind zahlreicher geworden. Ein Genozid würde heute wahrscheinlich nicht anders verlaufen als 1994 in Ruanda. Die Welt und mit ihr die UN-Truppen würden sich nach aller Möglichkeit auf das „Peace-Keeping“ beschränken. Waren die westlichen Geheimdienste in Ruanda mit ihrer Aufgabe überfordert und hat die französische Regierung nicht seit Anfang der 1990er Jahre sogar die Hutu Führung militärisch unterstützt? Frankreich war dadurch auch in die politische und gesellschaftliche Entwicklung Ruandas involviert. Und wieso wird nicht das Versagen des Verantwortlichen für die UN-Friedensmission in Ruanda angesprochen? Kofi Annan, der spätere UN-Generalsekretär und Friedensnobelpreisträger, scheute sich damals, den Weg für einen militärischen Einsatz freizumachen. Ebenso der damals amtierende UN-Generalsekretär Boutros-Ghali. In Ruanda hat die UN eklatant versagt, da sie nicht instande war, die Menschenrechte zu schützen und den Völkermord zu verhindern.

Hans-Dieter Seul, Berlin

#### Zur Ausgabe 15 vom 7.4.2014, „Brüssel knöpft sich den Meisterbrief vor“ auf Seite 12:

Die Behauptung, dass der Dreh- und Angelpunkt der Dualen Ausbildung der Meister-

brief sei, ist nicht zutreffend. Dual ausgebildet wird bei uns von Industrie, Handel, Landwirtschaft, den freien Berufen, in der Verwaltung – und dort überall ohne Meisterzwang. Lediglich im Handwerk braucht man – um einen Betrieb führen zu dürfen – meist einen Meistertitel. Die Ausbildung im Handwerk kann seit 2009 aber auch ohne einen Meistertitel vorgenommen werden. Damals verfügte der Gesetzgeber, dass auch hier eine erfolgreich absolvierte Ausbilderprüfung genügt, ein Handwerksmeistertitel ist nicht mehr notwendig – auch wenn das einzelne Handwerkskammern anders sehen.

Der Mittelstandsbeauftragte der Grünen Thomas Gambke spricht einen wichtigen Punkt an, wenn er sagt, dass es „durch die Meisterpflicht zu einer Diskriminierung inländischer Handwerker“ komme. Wer als Unternehmer hierzulande eine Leistung erbringt, die laut Handwerkskammern nur meisterpflichtig auszuführen ist, der bekommt derzeit immer noch Ärger, während Mitbewerber aus den Niederlanden oder Polen bei uns unbehelligt ihrer Arbeit nachgehen dürfen.

Oliver Steinkamp, per E-Mail

#### Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 12. Mai.

### SEITENBLICKE



### BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 5.-9.5.2014  
Erneuerbare-Energien-Gesetz (Do),  
10 Jahre EU-Osterweiterung (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

### PERSONALIA

#### >Max Amling Bundestagsabgeordneter 1972-1990, SPD

Am 28. April vollendet Max Amling sein 80. Lebensjahr. Der Installateur trat 1952 der SPD bei, stand viele Jahre an der Spitze des Ortsvereins Augsburg und war von 1966 bis 1972 Mitglied des Augsburger Stadtrats. Von 1970 bis 1982 amtierte er als DGB-Vorsitzender im Kreis Augsburg. Im Bundestag arbeitete Amling im Ausschuss für Jugend, Familie und Gesundheit, im Sportausschuss sowie im Verkehrsausschuss mit.

#### >Günter Verheugen Bundestagsabgeordneter 1983-1999, SPD

Am 28. April wird Günter Verheugen 70 Jahre alt. Der Politikwissenschaftler und Journalist trat 1960 der FDP bei und stand von 1964 bis 1968 an der Spitze der Jungdemokraten in Nordrhein-Westfalen. 1977/78 amtierte er als Bundesgeschäftsführer seiner Partei und wurde 1978 zum Generalsekretär gewählt. Nach dem Koalitionswechsel der FDP im Oktober 1982 und der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler trat Verheugen der SPD bei. Er war Vorsitzender des Unterbezirks Kulmbach und Mitglied des Präsidiums seiner Partei in Bayern. Von 1993 bis 1995 übte er das Amt des SPD-Bundesgeschäftsführers aus. 1998/99 amtierte Verheugen als Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen. Im September 1999 übernahm er das Amt des EU-Kommissars für Erweiterung und neue Nachbarschaft und war von 2004 bis 2010 Kommissar für Industrie und Unternehmen sowie Vizepräsident der EU-Kommission. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion von 1994 bis 1997 arbeitete im Bundestag von 1983 bis 1998 im Auswärtigen Ausschuss mit.

#### >Rita Fromm Bundestagsabgeordnete 1980-1983, FDP

Am 1. Mai wird Rita Fromm 70 Jahre alt. Die Industriekauffrau aus Karlsruhe wurde 1977 Mitglied der FDP und gehört seit 1989 dem Gemeinderat der Stadt Karlsruhe an. Im Bundestag arbeitete Fromm im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen mit.

#### >Rudolf Meinel Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU

Rudolf Meinel begeht am 2. Mai seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur aus Chemnitz trat 1952 der CDU in der DDR bei und gehörte von 1990 bis 1994 dem Stadtparlament in Chemnitz an. Meinel, Direktkandidat des Wahlkreises Chemnitz I, engagierte sich im Bundestag in beiden Wahlperioden im Verkehrsausschuss.

#### >Gernot Erler Bundestagsabgeordneter seit 1987, SPD

Gernot Erler wird am 3. Mai 70 Jahre alt. Der Verlagsleiter aus Freiburg trat 1970 der SPD bei, war von 1977 bis 1987 Kreisvorsitzender und gehörte von 1983 bis 1997 dem Landesvorstand sowie von 1985 bis 1997 dem Präsidium der SPD Baden-Württemberg an. Von 2005 bis 2009 amtierte er als Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen. Erler, von 1998 bis 2005 und von 2009 bis 2013 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion mit der Zuständigkeit für Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik, ist auch als Autor zahlreicher Veröffentlichungen auf diesem Gebiet hervorgetreten. Gegenwärtig ist er Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

#### >Günter Topmann Bundestagsabgeordneter 1976-1983, SPD

Am 7. Mai begeht Günter Topmann seinen 80. Geburtstag. Der Polizeibeamte aus Altena trat 1961 in die SPD ein und stand von 1978 bis 1990 an der Spitze des Unterbezirks Märkischer Kreis. Von 1970 bis 1999 amtierte er als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde. Von 1975 bis 1977 und von 1999 bis 2004 war Topmann Kreistagsmitglied. Im Bundestag engagierte er sich in beiden Wahlperioden im Verkehrsausschuss. Von 1984 bis 1994 war er auch Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der WEU und gehörte von 1984 bis 1994 dem Europäischen Parlament an.

#### >Hubert Weber Bundestagsabgeordneter 1969-1980, SPD

Hubert Weber wird am 10. Mai 85 Jahre alt. Der promovierte Jurist aus Köln war von 1960 bis 1969 Richter beim Verfassungsgerichtshof von Nordrhein-Westfalen. Von 1956 bis 1960 gehörte er dem Rat der Stadt Köln an und war Vorstandsmitglied der dortigen SPD. Der Direktkandidat des Wahlkreises Köln III engagierte sich in allen drei Wahlperioden im Finanzausschuss.

#### >Helga Schmedt Bundestagsabgeordnete 1980-1983, 1983-1987, SPD

Am 10. Mai vollendet Helga Schmedt ihr 85. Lebensjahr. Die Verwaltungsangestellte aus Lengerich im Kreis Steinfurt/Westfalen trat 1972 der SPD bei. 1977 wurde sie in den SPD-Landesvorstand Nordrhein-Westfalens gewählt. Schmedt, 1983 für den Abgeordneten Manfred Lahnstein nachgerückt, arbeitete zuletzt im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit. *bmh*